DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

266 23. JAHRGANG November 2006 4,50 €

AUS DEM INHALT:

AKTION 3.WELT SAAR

Die »Aktion 3.Welt Saar« zählt zu den Protagonisten einer multikulturellen Gesellschaft. Unser Autor gibt in seinem Beitrag einige Hinweise auf die Geschichte seiner Organisation, reflektiert diesbezüglich auch Selbstkritisches und thematisiert die Ambivalenz der Forderung nach einer multikulturellen Gesellschaft, ihr emanzipatorisches wie antiemanzipatorisches Potential. Seite 3

FESTUNG EUROPA

Das Ende der öffentlichen »multikulturellen Debatte« Westeuropas lässt sich in etwa mit dem »Fall der Mauer« datieren. Das »Zusammenwachsen« Europas schien auf der Hand zu liegen. Eine Neuordnung der Welt braucht ein neues Vokabular. Das Buch »Gestürmte Festung Europa. Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto« von Corinna Milborne liest sich wie eine Enzyklopädie dieses Vokabulars. Seite 4

AUSREISEZENTRUM

Niemand hat die Absicht, ein Ausreisezentrum zu errichten... So verkündete es der Rot-Rote Berliner Senat noch in der Koalitionsvereinbarung. Faktisch jedoch wird still und heimlich die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Berlin in der Motardstr. 101a durch ein Ausreisezentrum ergänzt. Dahin werden Menschen wegen § 1a Asylbewerberleistungsgesetz eingewiesen. Seite 6

DIE PILLENDREHER VON DHAKA

Viele der dringend in der Welt benötigten Arzneimittel sind patentgeschützt. Patente sichern Firmen ein exklusives Vermarktungsrecht und ermöglichen es, Preise zu diktieren. Skandalöse Zustände, angesichts der Tatsache, dass z.B. 95% der HIV/AIDS-infizierten Menschen in Afrika leben. Thomas Seibert berichtet über ein genossenschaftlich organisiertes Gesundheitsunternehmen in Bangladesh, das (noch) preiswerte Arzneimittel produziert. Seite 12

GENOSSENSCHAFTLICH WOHNEN

Der Freiburger Gemeinderat beschloss in seiner Sitzung vom 18. Juli 2006 den Verkauf der Freiburger Stadtbau (FSB). Genossenschaftliche Modelle sollen bevorzugt werden. Entsprechend wurde am 2. August 2006 den Verantwortlichen der Stadt, u.a. dem ersten Finanzbürgermeister Otto Neideck, ein Modell zur Übernahme der städtischen Wohnungsgesellschaft vorgestellt. Initiatoren sind der vbw Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen und Vertreter namhafter Wohnungsbaugenossenschaften einschließlich des Freiburger Bauvereins. Der überwiegende Teil der rund 7.900 Wohnungen soll in eine neu zu gründende Genossenschaft eingebracht werden. Seite 13

www.contraste.org

WIRTSCHAFTLICHE SELBSTHILFE VON UNTEN

Solidarische Existenzsicherung

Vom 24. bis 26. November findet an der TU Berlin der Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« statt. Nachdem es viele Jahre still geworden war um alternative Formen von Ökonomie, scheint das Thema jetzt wieder aktuell zu werden.

Catadores-Kooperative »Cooperlimpa«, Diadema, Brasilien Foto: Elisabeth Voß

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Immer mehr Menschen sind nicht in der Lage, ihren Bedarf durch Einkäufe am Markt zu decken – ihnen fehlt das dafür nötige Geld. Sie sind zum Beispiel darauf angewiesen, gebrauchte Dinge zu kaufen, holen sich Lebensmittel an Ausgabestellen von Kirchen oder sozialen Einrichtungen und nutzen Angebote der Umsonstökonomie. Wer keine Wohnung mehr hat, schläft in Notunterkünften und kann weitere Angebote sozialer Träger in Anspruch nehmen.

Parallel zur zunehmenden Armut und Hilfsbedürftigkeit entwickeln sich Angebote sozialer Einrichtungen. Deren MitarbeiterInnen sind oft selbst schlecht bezahlt, viele haben Ein-Euro-Jobs, aber es gibt auch eine Reihe von ehrenamtlich Tätigen. Es wird in diesem Bereich zweifellos viel notwendige Arbeit mit großem Engagement geleistet. Es gibt aber ebenso diejenigen, die an der Not anderer gut verdienen, öffentliche Mittel erhalten, ohne dass dies den Betroffenen wirklich zugute käme.

Erwerbslosigkeit und materielle Not führt darüber hinaus oft zu sozialer Ausgrenzung und gesundheitlichen Problemen. Fürsorgliche Hilfsangebote sind notwendig, können aber auch Abhängigkeiten schaffen. Wer lange von fremder Hilfe lebt, ohne die Erfahrung, aus eigener Kraft etwas bewirken zu können, verliert leicht an Selbstvertrauen. Umgekehrt kann die Bewältigung prekärer Lebenslagen in Selbsthilfe ungeahnte Kräfte freisetzen.

Wir werfen in diesem Schwerpunkt einen Blick auf Alternativen. Auf Projekte, in denen Menschen mit unterschiedlichen Befähigungen zur Lebensbewältigung Strukturen schaffen, um ihre materielle und soziale Situation zu verbessern. Neben der Selbsthilfe spielt dabei auch die Solidarität mit anderen eine wichtige Rolle.

So beschreibt Daniela Kaminski vom Verband *Second-Hand vernetzt*, dass in der Gebrauchtwaren-Branche einerseits Arbeitsplätze entstehen für Benachteiligte, andererseits diskriminierungsfrei Preiswertes angeboten wird. Den *Berliner Büchertisch* stellt seine Gründerin Ana Lichtwer als interessantes Beispiel gemeinschaftlicher Selbsthilfe in dieser Branche vor.

Auch die hier dargestellte *Sozialistische Selbsthilfe Köln* lebt von Gebrauchtwaren, und ebenso wie die *Basisgemeinde Wülfshagener Hütten* leben und arbeiten hier sehr unterschiedliche Menschen miteinander. Beide Gruppen haben einen ausgesprochen politischen Ansatz. Hans Otto Strübel-Eckert von *Wulfshagener Hütten* stellt hier die menschliche Seite des Zusammenlebens in den Vordergrund.

> Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus
> Kongress 24. – 26.11.06,
> Technische Universität Berlin
> www.solidarische-oekonomie.de

Selbsthilfe von Marginalisierten findet hierzulande oft im Stillen statt, anders als zum Beispiel in Frankreich, wo es sowohl eine starke Erwerbslosenbewegung, als auch eine offiziell anerkannte und unterstützte »Economie sociale et solidaire« gibt. Von dort kennen wir auch die Bewegung der »Sans Papiers«, der illegalisierten Menschen ohne Aufenthaltsrecht, die mit politischen Aktionen auf sich aufmerksam machten. Petra Datta umreißt die Schwierigkeiten der *Solidarischen Existenzsicherung von Papierlosen* in Deutschland.

Impulse solidarischer Ökonomie kommen seit einigen Jahren verstärkt aus Lateinamerika. Manfred Liebel beschreibt eine *Kinder-Kooperative in Peru*, und ich berichte von zwei *Kooperativen von MüllsammlerInnen* in Brasilien und Argentinien, die ich 2004 besucht habe. Die zum Schluss dokumentierte Erklärung umreißt den Zusammenhang zwischen politischer Begründung und konkreter Projektpraxis: *Eine andere Welt ist notwendig – eine andere Welt ist möglich – eine andere Welt hat schon begonnen*.

In diesem Sinne werden wir diesen kleinen Ausschnitt aus der Vielfalt wirtschaftlicher Selbsthilfe von unten in den nächsten Ausgaben mit weiteren Beispielen fortsetzen.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10.

D 8008

WIR LASSEN UNS DAS DAGEGENSEIN NICHT VERBIETEN!

»Das darf doch nicht wahr sein« ...

... raunen viele unter den kopfschüttelnden ZuhörerInnen. Ein älteres Ehepaar stürmt empört aus dem Gerichtssaal. War doch der Vater des Mannes von den Nazis geköpft worden. Für das Ehepaar war das Urteil ein Schlag ins Gesicht.

Redaktion Heidelberg/Rote Hilfe e.V. ● Grund für die Empörung ist Richter Wolfgang Küllmer, der den Geschäftsführer eines antifaschistischen Versandhandels zu einer Geldstrafe von 3.600 Euro verurteilt hat. Das Gericht ordnete außerdem an, dass die insgesamt 16.582 beim »Nix Gut«-Versand beschlagnahmten Gegenstände eingezogen werden. Darunter fallen tausende Buttons, Aufkleber und Aufnäher.

Gegenstand des sich seit über einem Jahr hinziehenden Prozesses war der Vertrieb von Artikeln mit durchgestrichenen und zerschlagenen Hakenkreuzen, die trotz der eindeutigen Positionierung gegen Nazis von den Richtern als verfassungswidrig nach § 86 (Verbot der Verbreitung von »Propagandamitteln« neonazistischer Organisationen) betrachtet werden. Durch die umfangreichen Beschlagnahmungen von T-Shirts, Buttons und Aufnähern mit Antifa-Symbolen und das Verbot des weiteren Verkaufs soll der auf Punk-Artikel spezialisierte Vertrieb gezielt seiner Existenzgrundlage beraubt werden. Indem das Gericht hier ein Exempel statuiert, sollen Gleichgesinnte von aktivem Engagement gegen Nazis abgeschreckt werden.

Mit diesem Urteil, durch das der Angeklagte als vorbestraft gilt, hat die derzeitig vor allem in Baden-Württemberg verbreitete Verfolgungswelle gegen AntifaschistInnen einen neuen Höhepunkt erreicht. Diese hauptsächlich von Stuttgarter Behörden betriebene Repressionspraxis richtet sich gegen alle seit Jahrzehnten verwendeten Anti-Nazi-Symbole und hat bei zahlreichen Infoständen und Demonstrationen zu Beschlagnahmungen und Anzeigen geführt. So wurden unter anderem Flugblätter und Broschüren der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sowie verschiedener lokaler Antifa-Gruppen in Backnang konfisziert. Mit zunehmender Regelmäßigkeit werden in Polizeikontrollen Buttons oder Aufnäher mit zerschlagenen oder zertretenen Hakenkreuzen von Rucksäcken und Jakken entfernt und die oftmals jungen Betroffenen mit Anzeigen eingeschüchtert.

Für Furore sorgte beispielsweise der Fall eines Tübinger Studenten, dem in der Nacht zum 1. Mai 2005 ein Button mit einem Hakenkreuz in einem Verbotsschild abgenommen wurde. Gegen die in erster Instanz verhängte Geldstrafe ging er in Revision. Ein Tübinger Buchhändler, der aus Solidarität mit dem Angeklagten dasselbe Symbol in seinem Schaufenster ausstellte, wurde hingegen freigesprochen.

Bei all diesen Fällen ist den baden-württembergischen Repressionsbehörden durchaus bewusst, dass sie mit den kriminalisierten AntifaschistInnen »die Falschen« verurteilen. Tatsächlich gehen Polizei und Justiz unter dem allzu durchsichtigen Vorwand, einen »Gewöhnungseffekt« (Richter Küllmer) an die verfassungsfeindlichen Zeichen zu verhindern, hier gezielt gegen all jene vor, die dem positiven Bezug auf den Nationalsozialismus entschlossen entgegentreten. Mit der bewussten Fehlinterpretation der beanstandeten Zeichen hat das staatliche Vorgehen gegen linke AktivistInnen eine neue Qualität erreicht, indem nicht mehr nur politisches Handeln möglicher Verfolgung ausgesetzt ist, sondern schon die offen zur Schau gestellte Überzeugung ein Verfahren nach sich zieht.

Dem Urteil gegen den NixGut-Versand, das in grundsätzlichem Widerspruch zu früheren Gerichtsentscheidungen steht, kommt dabei die Bedeutung eines Präzedenzfalls zu. So hat die Staatsanwaltschaft bereits vor der Urteilsverkündung den Gang in die nächste Instanz angekündigt, falls der Angeklagte freigesprochen werden würde. Der Betreiber des Punk-Vertriebs wird nun den Bundesgerichtshof anrufen.

Sollte das Stuttgarter Urteil Bestand haben, sehen sich nicht nur Einzelpersonen einer willkürlichen Kriminalisierung ausgesetzt. Vielmehr können alle Anti-Nazi-Aktivitäten wie Flugblätter oder Demonstrationen, die sich eindeutiger Symbole oder Aussagen bedienen, ohne weitere Gründe verboten und mit Anzeigen überzogen werden. Einer massiven Ausbreitung der staatlichen Repression ist damit Tür und Tor geöffnet.●

Quelle: Presserklärung Rote Hilfe e.V.

Links:
www.nixgut.de
Solisampler: www.punkload.de/soli/

STRAFANZEIGE GEGEN WM-ORGANISATOREN

»Absurdität des Urteils gegen Antifa-Symbole aufzeigen!«

Wenige Tage nach dem Urteil gegen einen Versand von antifaschistischen Zeichen (siehe Seite 1) liegt der Staatsanwaltschaft Stuttgart, die das Verfahren angestrengt hatte, eine weitere Anzeige vor. Sie richtet sich gegen die Verwendung von Anti-Nazi-Zeichen auf offiziellen Plakaten der Fußballweltmeisterschaft im Sommer in Deutschland.

Aus dem Anzeigentext: »Hiermit möchte ich Strafanzeige gegen Unbekannt einreichen. Während der Fußballweltmeisterschaft wurden auf Plakaten und in Broschüren die von Ihnen als verboten erachteten Zeichen verwendet. Ich fordere Sie hiermit auf, gegen die dortigen Verantwortlichen, aber auch gegen unzählige Regierungsstellen, Buchverlage, Schulen usw., in denen verbotene Zeichen zu sehen sind, Strafverfahren einzuleiten.« Die Strafanzeige soll jedoch offenbar nicht Personen zu Opfern der absurden Stuttgarter Justiz machen, sondern genau die Entscheidung des Landgerichts Stuttgart angreifen, in dem es einen antifaschistischen Aktivisten wegen Verwendung unerlaubter Symbole verurteilt hatte, weil dieser Antifa-Symbole verbreitet hätte – so wie auf den Plakaten zur Fußballweltmeisterschaft auch. »Ich möchte mit meiner Strafanzeige beweisen, dass es Staatsanwaltschaft und Gericht in Stuttgart um politische Justiz geht«, sagt der Anzeigenerstatter aus der Antirepressionsgruppe K.O.B.R.A., die im Umfeld der Saasener Projektwerkstatt (nahe Gießen) aktiv ist und seit Jahren kritisiert, dass Justizbehörden allzu oft nur willige Vollstreckerinnen herrschender Interessen sind. »Das Stuttgarter Urteil ist ein besonders krasser Fall dieser Willkürjustiz«, heißt es aus der Gruppe.

Foto aus Frankfurter Rundschau als Beweiswittel für die Anzeige

Über die Chancen ihrer Anzeige machen sich die AktivistInnen keine Illusionen. Die Organisatoren der Fußballweltmeisterschaft werden sicher nicht angeklagt, erwarten sie. Sie wünschen sich das nicht einmal, doch trotzdem würde damit eine systematische Ungleichbehandlung und ein klarer Fall von Rechtsbeugung sichtbar. Genau das wollen sie beweisen. »Wenn ein Ermittlungsverfahren trotz der Anzeige nicht aufgenommen oder später wieder eingestellt wird, werden wir gegen die Stuttgarter Staatsanwaltschaft eine Anzeige wegen Rechtsbeugung einreichen«, kündigen sie an.

Wichtiger aber noch als der juristische Protest sei aber der Widerstand gegen politische Justiz. Der Mythos von den neutralen Gerichten und den nach allen Seiten ermittelnden Staatsanwaltschaften sei eine Lüge, die Justizbehörden gehören zu den Räumen in dieser Gesellschaft, in denen die Machtausübung ohne jegliche Kontrollmöglichkeit und über die Köpfe der Betroffenen hinweg entsteht. »Das alles geschieht mit dem Pathos der Gerechtigkeit, in einem autoritär überladenen Rahmen und mit der jeden Prozess abschließenden Unverschämtheit, dass hier 'im Namen des Volkes' gehandelt würde«, fügt die Gruppe K.O.B.R.A. ihrer Kritik am Stuttgarter Urteile eine grundsätzliche Kritik an und sieht die Gründe im System der Rechtsprechung: »Richter sind wahrheitsschaffende Instanz, richten über Schuld oder Nichtschuld, behandeln alle Prozessbeteiligten als Werkzeuge ihrer Prozessführung und zerstören durch Strafe und Isolation in Gefängnissen soziales Leben«.

Das seien Handlungen, die modernen PriesterInnen gleichkommen. Der Glaube an höhere Instanzen aber gehöre auf den Misthaufen der Geschichte. Streit müsse in fairen und gleichberechtigten Auseinandersetzungsformen verlaufen – die Justiz habe in einer freien Gesellschaft nichts mehr verloren, fordern die K.O.B.R.A.-AktivistInnen die Auflösung der formalisierten Rechtssprechung und die Abschaffung von Bestrafungssystemen wie Gefängnissen und forensicher Psychiatrie.●

Presseinformation der Antirepressionsgruppe K.O.B.R.A. (30.9.2006)

Informationsseiten von K.O.B.R.A.-AktivistInnen:
● Rechtstipps und Rechtskritik: www.recht-extremismus.de.vu
● Utopien ohne Strafe: www.welt-ohne-strafe.de.vu
● Internetseite mit dieser Presseinformationen und dem abgebildeten Plakat zur Fußball-WM unter www.projektwerkstatt.de/antirepression/justiz/nazizeichen_verbot.html

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

AKTION 2006

Noch acht Wochen Hoffnung...

... auf das Erreichen unseres Spendenziels. Nun fehlen noch 1.752 EUR, um die diesjährige Deckungslücke zu schließen. Unser zusätzliches Ziel für dieses Jahr, weitere 2.000 EUR von unserem Altschuldenberg in Höhe von 6.000 EUR durch Spenden abzubauen, müssen wir in diesem Jahr aufgeben und hoffen auf weitere Spenden, damit unser Schuldenberg nicht weiter wächst.

Redaktion Heidelberg ● Insgesamt 330 EUR gingen auf unserem Spendenkonto ein:
● Buchladen König Kurt, Dresden (10 EUR)
● Kerstin Andreae, Schramberg (20 EUR)
● Ariane Dettloff, Köln (50 EUR)
● Günter Greuel, Mainz (100 EUR)
● Henner Reitmeier, Waltershausen (30 EUR)
● Roman Schweidlenka, Österreich (100 EUR)
● Heinz Weinhausen, Köln (20 EUR)
Allen SpenderInnen und Fördermitgliedern herzlichen Dank für ihre Unterstützung!

Unsere Abostatistik wird getrübt durch weitere Kündigungen. Drei weitere Abos wurden gekündigt, Neuabos gab es keine. Sechs Neuabos kamen hinzu. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 162+ Neuabos.

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift!

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2006

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2006: 1.752,60 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 162+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Gefängnisse zu Proberäumen

V.A.: In Prison. Afroamerican Prison Music from Blues to Hiphop (Trikont US-0356 / Indigo)

Die Vereinigten Staaten, die sich gerne mit dem Beinamen »Land der Freiheit« schmücken, führen die weltweite Statistik der am Gesamtteil der Bevölkerung gemessenen Inhaftierten an. Im Jahre 2005 waren 2,2 Millionen Menschen über 18 Jahren in Haftanstalten der USA inhaftiert. Ähnlich verhält es sich in Hinblick auf die verhängten und vollzogenen Todesstrafen. Überproportional häufig sind es junge Afro-Amerikaner, die aufgrund der rassistischen und der eng damit verknüpften sozio-ökonomischen Struktur in Nordamerika mit dem Gesetz in Konflikt geraten und zu Haftstrafen verurteilt werden. Für sie ist die Wahrscheinlichkeit um ein xfaches höher als für gleichaltrige, weiße Amerikaner. Einen Widerhall haben diese Erfahrungen in den Texten afro-amerikanischen Musiker gefunden; vom Blues, über Soul bis zum Hiphop sind Gefängniserfahrungen ein häufig auftauchendes Thema. Ian Ensslen und Jonathan Fischer haben einen repräsentativen Querschnitt von 19 Songs zusammengetragen, die sich auf jene Erfahrungen berufen. Es sind sowohl die sogenannten »worksongs«, die von Gefangenen während der Arbeit in den 20er und 30er Jahren gesungen wurden, als auch die wütenden Anklagen des Raps, die in der Variante des sogenannte Gangsta-Rap ihre radikalste Ausprägung Ende der 80er Jahre fanden. Die auf der Compilation versammelten Songs spiegeln die Gefühlswelt der Gefangenen wieder – Wut, Trauer, Verzweiflung, Ohnmacht, Hass...

Als Beispiel für worksongs finden sich auf dem Album der Track »Berta« und James Russells »I had five long years«. Die Songs sind vor dem Hintergrund der verstärkten Ökonomisierung und Privatisierungen der Gefängnisse auch heute noch mit leichten Abstrichen aktuell. Etwas allgemeiner in diesem Hinblick sind die Tracks von K-Solo (»Premotnition of a black Prisoner«), Bobby Womacks Blues »Arkansas State Prison« und Lifers Group (»Living Proof«), die den Alltag im Gefängnis beschreiben. Den alltäglichen Rassismus der amerikanischen Justiz thematisiert der von The Last Poets, die musikgeschichtlich das Scharnier zwischen Beat Poetry und Rap bildeten, beigesteuerte Song »The Court Room«. Ein besonders interessanter Track ist auch der Song »Short Eyes« von Curtis Mayfeld, der als Titeltrack des Soundtracks des gleichnamigen Films 1977 entstand. Dieser Song thematisiert die gefängnisinternen Gewaltstrukturen aus der Sicht des pädophilen Protagonisten. Mit der von Billy Boy Arnold intonierten Coverversion von »Prisoner's plea« findet sich darüber hinaus ein weiterer Klassiker des Genres auf dem Sampler. Der Bereich des Hiphops, der überproportional stark vertreten ist, wird u.a. von Größen wie dem 1996 ermordeten Rapper 2 Pac (»IG on death row«), Brand Nubian (»Claimin', I'm a criminal«) und Dead Prez (»Behind Enemy Lines«) repräsentiert.

Gleichzeitig dokumentiert der Sampler aber auch den Kampf gegen jenes Unrechtssystem. Beispielhaft stehen hierfür The Soul Snatcherz, die mit »Free« sich an der Kampagne für den zum Tode Verurteilten Stan Tookie Williams teilhatten, und den Musiker Akon, dessen Label Ex-Häftlingen eine Plattform bietet. Ergänzt wird der Sampler durch ein umfangreiches zweisprachiges Booklet, in denen die beiden Herausgeber sich sehr kritisch und faktenreich mit dem Themenkomplex Gefängnissystem der USA auseinandersetzen und Hintergrundinfos über die Songs und Interpreten liefern.

Der Sampler ist eine lebendige und kompakte Anklage des rassistischen amerikanischen Justiz- und Gefängnissystems. Er reiht sich damit sehr gut in die Reihe der anderen sozialkritischen Veröffentlichungen des Münchner Trikont-Labels, wie z.B. den ebenfalls sehr ebenfalls sehr empfehlenswerten Samplern »Black & Proud. The Soul of the Black Panther Era«, ein.●

DJ Chaoz

AKTION 3.WELT SAAR: PROTAGONISTEN EINER MULTIKULTURELLEN GESELLSCHAFT

Mit Multikulturalismus gegen Dominanzkultur oder gegen Emanzipation?

In diesem Artikel thematisiere ich die Ambivalenz der Forderung nach einer multikulturellen Gesellschaft, ihr emanzipatorisches wie antiemanzipatorisches Potential. Dem dient auch ein Vergleich linker Multikulti-Vorstellungen mit den neurechten Konzepten des Ethnopluralismus und Bioregionalismus. Da ich als Mitarbeiter der AKTION 3.WELT SAAR einer Organisation angehöre, die seit Gründung 1982 ihrerseits zu den Protagonisten einer multikulturellen Gesellschaft zählt, enthält mein Beitrag auch Selbstkritisches. Deshalb gebe ich zunächst einige Hinweise auf die Geschichte der Organisation.

Von Klaus Blees

Abschied von der falschen Toleranz

Als AKTION 3.WELT SAAR haben wir kein Projekt in der 3. Welt, da wir uns nicht anmaßen, andere zu entwickeln, sondern Deutschland als unser Projektgebiet betrachten. Wir sind eine allgemeinpolitische Organisation, die unter anderem in den Bereichen Asylpolitik, Antirassismus, Ökologie, Ernährung und Landwirtschaft arbeitet, sich aber auch mit Popkultur und sogar Fußball befasst. Über weltanschauliche Grenzen hinweg eint uns das Ziel einer Welt frei von Armut und Unterdrückung.

Dass wir in der Vergangenheit selber in die Falle des Kulturrelativismus getappt sind, ergab sich aus bestimmten Tätigkeitsfeldern, insbesondere der Beratung von Flüchtlingen. Ein Schwerpunkt in den 1990er Jahren war die Beschäftigung mit Kurdistan und der Situation der Kurden in Türkei, aber vor allem mit der Situation kurdischer Flüchtlinge hier. Wesentlich war dabei der Kampf gegen das Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK im Jahre 1993, für das sich der damalige Bundesinnenminister Kanther verantwortlich zeichnete. Dabei wurden wir jedoch konfrontiert mit einer verstärkten völkisch-nationalistischen Selbstdefinition der sich ursprünglich als marxistisch-leninistisch verstehenden PKK, die dann auch mit antisemitischen Phrasen hausieren ging und eine Anbiederung an den Islam betrieb. Zwar blieb unsere grundsätzliche Haltung zur PKK positiv, wir würdigten ihren Kampf um soziale Befreiung, gegen Unterdrückung und gegen türkischen Nationalismus. Die beschriebene Entwicklung haben wir jedoch kritisiert und es uns dadurch mit denen in der Kurdistansolidaritätsbewegung verscherzt, die Kritik als angeblich den Gegnern in die Hände spielend denunzierten.

Anzeige

In der Beratung von – insbesondere kurdischen – Flüchtlingen, haben wir bei Dingen weggeschaut, die wir in den eigenen Reihen nie geduldet hätten. Wir haben die Augen verschlossen vor:

- Der Degradierung von Frauen zu Küchenhelferinnen.
- Der Tatsache, dass vornehmlich Männer das Wort führten.
- Dem Umstand, dass Männer enorme Probleme hatten, wenn MitarbeiterINNEN von uns für sie zuständig waren und etwas für sie geregelt haben.
- Wir haben Zwangsheiraten mitbekommen und dazu geschwiegen. – Wir wollten nicht eurozentristisch und dominant sein und haben das eigene Gewissen damit beruhigt, es handele sich halt um eine »andere kulturelle Tradition«.

Im Laufe der Jahre begannen wir dies kritisch zu sehen. Die AKTION 3.WELT SAAR hatte sich schon sehr lange mit Antisemitismus auseinandergesetzt, auch mit dem der Linken. Dies führte zur Kritik der in der Linken wie der arabischen und islamisch dominierten Welt verbreiteten Israelfeindschaft und mündete 2001 in einer Flugschrift mit dem Titel »Solidarität mit Israel«. Deren Erscheinen hatte erstmals politisch begründete Austritte zur Folge.

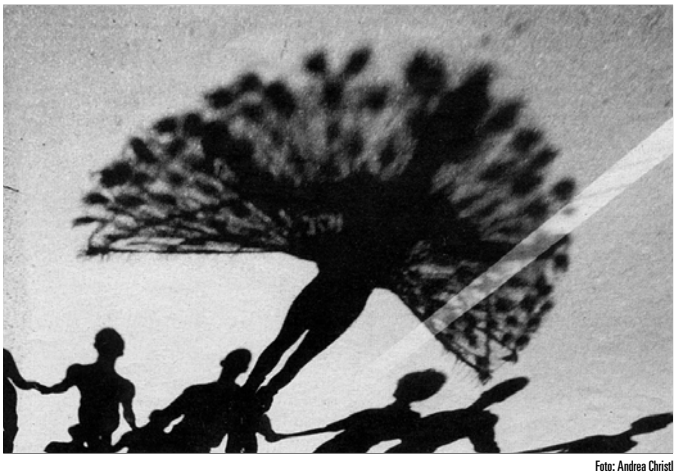


Foto: Andrea Christl

Wir waren auch nicht länger bereit, Unterdrückung von Menschen im Namen einer Kultur hinzunehmen. Die Motivation, mit dieser Haltung verstärkt nach außen zu treten, wurde gefördert durch Erlebnisse auf dem ESF, dem Europäischen Sozialforum 2003 in Paris. Dort traten wir in einem dreisprachigen Flugblatt für das Existenzrecht Israels ein. Wir wurden massiv angepöbelt, einer unserer Mitarbeiter erhielt Platzverweise durch Ordner und wurde tätlich bedroht. Die Veranstalter hatten jedoch keine Probleme, den Soft-Islamisten Tariq Ramadan als offiziellen Gast einzuladen. Deshalb entstand die Idee, für das ESF 2004 in London analog ein Flugblatt zur Kritik des Islamismus zu schreiben. Wir sind zwar nicht nach London gefahren, aber diese Idee setzten wir um in Form unserer Flugschrift »Mit Islamismus gegen die Aufklärung«, die mittlerweile in zweiter Auflage vorliegt. Auch diese Flugschrift hat uns nicht nur freundliche Reaktionen eingebracht.

Woher kommt der Kulturbegriff?

Eine historische Darstellung der Begriffsentwicklung, an der ich mich hier hauptsächlich orientiere, gibt Lorenz Khazaleh in seiner Arbeit »Wessen Kultur bewahren?« (Basel 2000). Der Kulturbegriff im heute gebräuchlichen Sinne ist erst 250 Jahre alt. In diesem Sinne existieren verschiedene Kulturen auf der Basis gemeinsamer Sprache, Geschichte, Tradition, Moral und Religion. Ursprünglich handelt es sich um einen ausschließlich im Singular gebrauchten landwirtschaftlichen Begriff, »kultivieren« wird verstanden als »anbauen«.

Der moderne Kulturbegriff ist ein Produkt des Nationalismus, entwickelt zum Zweck, Bemühungen um einen eigenen Staat zu legitimieren. Ein wichtiger Pionier dieser Begriffsdefinition war Johann Gottfried von Herder. Er sah die Deutschen vom französischen Expansionsdrang bedroht, wollte nicht, dass die Deutschen französisch werden und begründete das damit, jedes Volk habe eine eigene Kultur und das Recht, sie zu bewahren. Herder sah dies durchaus als Recht aller Volksgruppen. Der in den USA lehrende deutsch-jüdische Ethnologe Franz Boas übernahm diesen Kulturbegriff in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts als Mittel im Kampf gegen den Rassismus in den USA, indem er alle Kulturen als einzigartig und gleichwertig definierte, interpretierte ihn also emanzipatorisch.

Verschiedene ethnische Gruppen und die ihnen entsprechenden Kulturen existieren nicht per se, sondern konstituieren sich über eine Auswahl von Kennzeichen, die Abgrenzung nach außen und Einheit nach innen schaffen können, wie es der Soziologe Fredrik Barth laut Khazaleh formuliert. So kann durch Selbstethnisierung auch die Ethnisierung sozialer und herrschaftsbedingter Konflikte erfolgen. Diese Umdefinition kann innerhalb kurzer Zeit geschehen, wie nicht zuletzt das Beispiel der Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien zeigt.

Ethnisierungen waren ein wesentliches Merkmal antikolonialer Bewegungen und kommen in neuerer Zeit wieder verstärkt zu Geltung als Reaktion auf die Globalisierung, auf kulturelle Vereinheitlichung und so genannte »Amerikanisierung«. Im Einklang mit dieser Entwicklung steht die Romantisierung indigener Kulturen durch die Alternativbewegung und Linke in den Industrieländern. Ein berühmtes Beispiel ist die auf etwa 1855 datierte »Rede des Häuptlings Seattle«, in welcher dieser die Zerstörung der Umwelt mit einprägsamen Worten brandmarkt. Allerdings hat er die Rede zumindest in der seit den 1970er Jahren verbreiteten Form nie gehalten, es handelt sich um ein Fake, das die Nachfrage nach Zivilisationskritik befriedigt. Diese Entwicklung hat die AKTION 3.WELT SAAR schon Anfang der 1990er Jahre kritisiert.

Die durch ethnische Selbstdefinition übernommenen Einteilungen stammen oft von außen, wurden ursprünglich durch Kolonialbeamte, Missionare, Wissenschaftler, »Völkerkundler«, vorgenommen. Ebenso ist die Rückkehr zu alten Religionen ein verbreitetes Muster, wobei die »alten Religionen« mit realen untergegangenen Glaubenssystemen nicht viel gemeinsam haben müssen. Der entlarvende Hinweis auf Letzteres kann dann nichtsdestoweniger als neokolonialistischer Akt interpretiert werden, der die Entrechteten ein weiteres Mal ihrer Identität zu berauben sucht. In der Regel verstellt Ethnisierung jedoch den Blick auf Klassenunterschiede und Klassenkonflikte innerhalb hierarchisch strukturierter Kollektive und propagiert als Lösung von Konflikten stattdessen die Trennung der Ethnien voneinander, mit der praktischen Folge der ethnischen Parzellierung einer Reihe bis vor wenigen Jahren noch bestehender Nationalstaaten vor allem in Osteuropa.

Multikulti links und rechts

Nachdem der ambivalente Charakter des Kulturbegriffs schon mehrfach angeklungen ist, möchte ich noch einmal die emanzipatorischen Möglichkeiten hervorheben, die das Multikulturalismuskonzept bietet.

- Multikulturalismus war zunächst ein Kampfbegriff gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit, gegen das, was von der CDU später mit der Phrase der »deutschen Leitkultur« auf den Punkt gebracht wurde.
- Es ging unter diesem Etikett zuächst darum, Schutzraum für Migranten und Flüchtlinge zu schaffen, gegen die repressiven Maßnahmen einer durch die Staatsgewalt repräsentierten Mehrheitsgesellschaft.
- Es ging darum, Respekt einzufordern gegenüber Menschen, die sich nicht der dominierenden Kultur unterordnen.

Dies alles ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Multikulturalismus kippt in eine antiaufklärerische und antiemanzipatorische Ideologie

- wo die Lebensweise von Fremden idealisiert und gegen Kritik immunisiert wird;
- wo diese Lebensweise als kollektiv verbindliche verstanden und vorgeblichen Kollektiven das Recht zugestanden wird, den ihnen als zugehörig Definierten eine bestimmte Lebensweise aufzuzwingen.

Wo dies geschieht, ergibt sich eine Affinität zu faschistischen, neorassistischen Konzepten, auf die ich jetzt eingehe.

Ethnopluralismus

Um dies zu verdeutlichen, setze ich den Begriff des Multikulturalismus mit dem des Ethnopluralismus sowie des Bioregionalismus in Beziehung. Der Begriff »Ethnopluralismus« geht auf den neurechten Theoretiker Henning Eichberg zurück, der vor allem an die französische Nouvelle Droite und ihren bekanntesten Ideologen Alain de Benoist anknüpft. (Zu den »Vätern« des Konzepts siehe Wikipedia-Stichwort »Ethnopluralismus«.) Jedes sogenannte Volk hat nach dieser Vorstellung eine spezifische Identität, die an eine spezifische Kultur und Religion, an spezifische Sitten und Normen, an eine bestimmte Sprache und nicht zuletzt an einen als angestammt betrachteten Siedlungsraum gebunden ist. Diese Identitäten gelten als natürlich und erhaltenswert, Ethnopluralisten bekennen sich zur kulturellen Vielfalt. Sie formulieren eine Pflicht zur Differenz, denn Vermischung gilt als schädlich. In der Regel betrachten sie alle Kulturen als gleichwertig und gleichberechtigt, benutzen also eine fortschrittlich klingende Sprache, die an den Sprachgebrauch sowohl Herders also auch linker Multikulturalisten erinnert. In der Praxis bedeutet diese Gleichwertigkeit von einander abzuschottender »Kulturen« xenophobe Ausgrenzung, da sie die Realität einer ungleichgewichtigen, auf Herrschaft, Ausbeutung und Verelendung basierenden Weltordnung reproduziert mit Leitsprüchen wie »Deutschland den Deutschen, Afrika den Afrikanern«. Ethnopluralistische Konzepte stellen eine Modernisierung des Rassismus, einen »Rassismus ohne Rassen« dar.

Bioregionalismus

Der Bioregionalismus als eine Spielart des Ethnopluralismus ist von diesem nicht klar abgegrenzt. Er setzt auf kleinere Einheiten, statt auf Nationen und Völker z.B. auf Stämme. Diese Gemeinschaften sollen als Teil einer als natürlich vorgestellten charakteristischen Landschaft in diese organisch eingebunden sein. Bioregionalisten vertreten damit einen rechten Antinationalismus, sie fordern ein Europa der Stämme, das quer zu den heutigen nationalen Grenzen liegt. Bioregionalismus darf nicht verwechselt werden mit einem emanzipatorischen Regionalismus, wie er zum Ausdruck kommt in grenzüberschreitenden regionalen Verbindungen gegen Unterdrükkungs- und Diskriminierungsmaßnahmen der Zentralgewalten. Ein solch emanzipatorischer Regionalismus ist immer wieder kennzeichnend für die Ökologiebewegung gewesen. Prototypisch dafür war in den 1970ern der Kampf zur Verhinderung des badischen Atomkraftwerks Wyhl und des elsässischen Bleichemiewerks Marckolsheim im Dreiländereck zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz.

Im Regionalismuskonzept zeigt sich somit eine Ambivalenzproblematik analog zum Multikulturalismuskonzept.

Ethnopluralisten bezeichnen sich zum Teil selbst ausdrücklich als Multikulturalisten. »Für den Multikulturalismus« lautet der Titel eines Artikels des Neonazis Leif-Thorsten Kramps vom neuheidnisch-rechtsextremen »Arbeitskreis Bioregionalismus Sauerland« (www.bioregionalismus.online.ms/). Sie verstehen sich als Gegner der Globalisierung und einer »Welteinheitszivilisation«, die in ihren Augen das Endziel des Kapitalismus ist, sie sind

Fortsetzung auf Seite 4

»GESTÜRMTE FESTUNG EUROPA – EINWANDERUNG ZWISCHEN STACHELDRAHT UND GHETTO«

Wir bauen eine Festung

Fragile, schaukelnde, überladene Boote mit erschöpften Flüchtlingen, mit Beton und Stacheldraht gesicherte Außengrenzen Europas, Bekämpfung von illegaler Einwanderung durch High Tech-Überwachungssysteme, Leichen in der »Straße von Gibraltar«.

Lisa Ndokwu ● Diese Bilder werden von Fernsehstationen in die friedlichen Haushalte von europäischen Ländern geliefert. PolitikerInnen werden befragt, ZuschauerInnen hören, dass es um Integration gehe, um geregelte Zuwanderung, und dass das Boot voll sei.

Gemeint ist in diesem Fall das Boot »Weißes Europa«. Die Journalistin Corinna Milborn und der Fotograf Reiner Riedler haben sich auf die Suche begeben, nach den auswanderungswilligen BewohnerInnen Afrikas, nach den als »integrationsunwillig« titulierten Einwanderinnen und Einwanderern an den Großstadträndern Europas. Allerorts wurden sie von Behörden und Institutionen gewarnt, gefährlich sei es, sich mit Jugendlichen in den Vorstädten von Paris zu treffen, in die Lager von AfrikanerInnen in Marokko zu gehen, überhaupt nach Afrika zu reisen. Getroffen haben sie gastfreundliche Menschen, die von ihrem Leben, ihren Hoffnungen und ihren Ängsten erzählt haben. Der plakative Titel des Buches drängt die Frage auf, wer die so genannte Festung Europa stürmen will.

Wer »stürmt« hier?

Das Ende der öffentlichen »multikulturellen Debatte« Westeuropas lässt sich in etwa mit dem »Fall der Mauer« datieren. Das »Zusammenwachsen« Europas schien auf der Hand zu liegen. Eine Neuordnung der Welt braucht ein neues Vokabular. Das Buch von Corinna Milborn liest sich wie eine Enzyklopädie dieses Vokabulars. Integration, Asylgrund, Asylbescheid, Asylant, kontrollierte Zuwanderung, Illegaler, Schubhäftling, Identität und kulturelle Differenz, staatliche Sicherheit. Diese Worte geistern inflationär durch die Medien. Jenseits Europas heißt das Zauberwort Migration.

Corinna Milborn beschreibt am Beispiel Burkina Faso eindrücklich die Auswirkungen der »Politik des reichen Nordens, die Menschen dazu treibt, ihre Heimat zu verlassen«. Die Lebensgrundlage von Generationen versickert durch Strukturanpassungsprogramme von Weltbank, IWF oder EU. In Burkina Faso konzentrieren sich die Zielsetzungen der Weltbank und des IWF auf den Export von Baumwolle. Für ein Land in der Sahelzone ein paradoxes Unterfangen. Zurück bleiben Bauern, die den von giftigen Pestiziden getränkten, kargen Boden nicht mehr bewirtschaften können. Spätestens an diesem Punkt der Lektüre wird den Lesenden klar, Auswandern aus Afrika ist keine spontane Sache, es impliziert immer den verzweifelten Versuch, die Familie vor dem Verhungern zu bewahren.

Richtung Europa – zu Fuß

Tausende Menschen aus den Ländern südlich der Sahara warten in Marokko auf eine Gelegenheit über die Meerenge oder die spanischen Enklaven von Ceuta und Melilla nach Europa zu gelangen. Corinna Milborn begegnet dem neunzehnjährigen Faly in Ceuta. Als er sich nach Europa aufmachte, war er sechzehn Jahre alt, ein unbegleiteter Flüchtling aus Guinea Bissau in Mali lebend. Zu Fuß bewältigte er den Weg von Mali nach Marokko, durchquerte er die Sahara. Ganze drei Jahre war er unterwegs nach Europa.

Vor etwa zwanzig Jahren war es ein »running gag« in den afrikanischen Communities Österreichs, zu erzählen, man sei »zu Fuß« nach Österreich gekommen. Es erschien absurd, sich zu Fuß von Afrika nach Europa aufzumachen. Sprachlich bewältigt die Autorin die Festschreibung der Absurdität durch einen ständigen Dialog von Fakten und Interviewaussagen. Faly meint lakonisch, er sei im größten »Freiluftgefängnis«. Corinna Milborn spricht von Ceuta als dem größten »Warteraum« Europas. Hier warten die Flüchtlinge, die die Flucht über den mit Stacheldraht gesicherten Doppelgrenzzaun überlebt haben, auf ihren Asylbescheid.

Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit

Kein anderes Wort hat eine so rasante Bedeutungsverminderung erfahren, wie das Wort »Asylwerber«. Die einzige Möglichkeit in Europa einzuwandern, ist ein Asylantrag. Die Asylanträge im gesamteuropäischen Raum sind rückläufig. Wie in der Wirtschaft gibt es auch ein Ranking der

An Europas Südgrenze: Ceuta Foto: Reiner Riedler

Top Ten Flüchtlingsaufnahmeländer. Keine einzige europäische Nation ist hier vertreten. Kongo, Pakistan und Tansania nehmen die meisten Flüchtlinge auf. Während die Bereitschaft, Flüchtlingen Aufnahme zu gewähren, sinkt, steigen Rassismus und Xenophobie in Europa. Sichtbar Fremde sind täglich Diskriminierungen ausgesetzt, unabhängig davon wie lange sie schon in Europa leben.

Die Autorin hat sich an den »Rand der Ränder« begeben. In einer der Vorstadtsiedlungen von Paris begegnet sie Emmanuel. 1962 kam er aus Mali nach Frankreich. Ein ganzes Leben hat er als Bauarbeiter im Gastland gearbeitet, um dann festzustellen, dass er nur Anspruch auf eine Mindestpension hat. Viele Jahre war er nicht zu dem Lohn gemeldet, zu dem er gearbeitet hat. Bei einer Rückkehr nach Mali würde er den ohnehin geringen Pensionsanspruch verlieren. Er ist kein Einzelfall und fasst seine Situation treffend zusammen: »Damals, als sie uns gerufen haben, waren wir willkommen. [...] Aber heute ist Frankreich eine Hölle für die Zugewanderten. Ich bereue es jeden Tag meines Lebens, dass ich hergekommen bin.« Die brennenden Autos in den Banlieues im November 2005 gaben Einblick in diese Hölle. Der französische Innenminister Sarkozy wollte alle beteiligten »Ausländer« sofort ausweisen. Die Statistik demaskierte die vollmundige Aussage, 94 % der Revoltierenden waren Franzosen. Deutlich wurde, die Säulen der französischen Demokratie, »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« gelten nicht für alle Franzosen und Französinnen.

Modell: sozialer Ausschluss

Nicht nur in Frankreich wird die zweite und dritte Generation von Zuwanderinnen und Zuwanderern ausgegrenzt. In London trifft die Autorin auf Mohammed, dessen Eltern aus Somalia geflohen sind, und Ahmed, ein Brite pakistanischer Herkunft. Beide haben keinen einzigen weißen Bekannten. Beide leben von Gelegenheitsjobs, denn die Chance mit einem arabisch klingenden Namen zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden, ist gering.

Ähnlich ist die Situation in Deutschland. Jugendliche türkischer Herkunft werden zunehmend ausgegrenzt. Eingebürgerte Deutsche wie etwa der Islamwissenschafter Bassam Tibi bestätigen die Tendenz zur Ausgrenzung: »Hier bleibt man immer Ausländer«, sagt er in einem Interview. Das mit Abstand restriktivste Staatsbürgerschaftsgesetz Europas hat Österreich. Mit der Novelle des Gesetzes 2005 wurde etwa beschlossen, wenn Kinder von Zuwanderinnen und Zuwanderern ab der fünften Klasse ein »Nicht genügend« im Zeugnis haben, verlängert sich die Wartefrist auf die Staatsbürgerschaft um zehn Jahre.

Eine andere Regelung besagt, wenn Zuwanderinnen und Zuwanderer in einem Zeitraum von drei Jahren Sozialhilfe bezogen haben, werden sie von der Einbürgerung ausgeschlossen. In Österreich wird nicht nur in Vorwahlzeiten gern eine Verbindung zwischen steigender Arbeitslosenrate und dem »Ausländeranteil« der Bevölkerung gezogen. Doch der kolportierte Zusammenhang von Zuwanderung und dem Steigen der Arbeitslosenrate ist in keinem Land Europas nachzuweisen. Der als zynisch zu bezeichnende Umgang mit Zuwanderinnen und Zuwanderern in Europa wird sich zwangsläufig ändern müssen. Denn Europa braucht Zuwanderung. Wie und wann PolitikerInnen diese Botschaft an Ihre BürgerInnen kommunizieren werden, bleibt abzuwarten.●

Corinna Milborn: Gestürmte Festung Europa. Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto. Das Schwarzbuch. Fotos: Reiner Riedler. Styria Verlag, 2006. 248 Seiten, 19,90 EUR, ISBN-13: 978-3-222-13205-6.

Die Autorin ist Afrikanistin und Literatin. Sie lebt und arbeitet in Wien.

FORTSETZUNG VON SEITE 3

gegen die Welt als grenzenloser Absatzmarkt für westliche Produkte. Dem setzen sie »ein ausdrückliches Bekenntnis zur kulturellen Vielfalt« entgegen, so O-Ton Kramps. Nochmal Kramps: »Diese Form der 'multikulturellen Gesellschaft' führt alsdann auch nicht zur Schwächung der eigenen kulturellen Identität, sondern fördert durch respektvollen und verantwortungsbewußten Kontakt mit anderen Kulturen das Bewußtsein für das Eigene, für Unterschiede aber auch für Gemeinsamkeiten.« (Kramps 2004). Seine Absage an »Schmelztiegel-Ideologie« und »Vermischung« zeigt, worauf er mit diesen schön klingenden Worten hinaus möchte.

Aber es gibt auch in der ethnopluralistischen Szene Leute, die Kulturen als historisch geworden und historisch veränderbar auffassen. Dazu gehört Peter Töpfer, ein Vertreter der »nationalen Anarchie«, zu dessen Hobbys ansonsten die Solidarität mit Holocaustleugnern und das Bestreben zählt, juristisch gegen diejenigen vorzugehen, die ihn als Rechtsextremisten bezeichnen. In der Vergangenheit, so Töpfer, haben sich Kulturen verändert, auch durch Aufnahme Fremder, aber heute werden sie durch die Globalisierung zerstört. Es gilt, die Globalisierung zu stoppen und die Pseudo-Kulturen aufzulösen, damit die alten, echten Kulturen wiedererstehen können. Migranten sollen in den Aufnahmeländern bleiben, sie bzw. ihre Nachkommen werden Teile der neugebildeten echten Kulturen sein.

Die Nachkommen von Türken, Vietnamesen und Peruanern sind »deutsch wie du und ich«, so drückt es Töpfer aus und grenzt sich ab von den von ihm so bezeichneten »nationalistisch-repurifizierenden Kräften«, die Migranten in ihre Herkunftsländer deportieren möchten. Er repräsentiert damit eine Naziströmung, die gegen Abschiebung und für Integration eintritt. So lange die Globalisierung nicht gestoppt ist, sollen aber keine weiteren Fremden aufgenommen werden. Für Töpfer gibt es in der Welt nur eine Gruppe, die grundsätzlich nicht integrierbar ist. Da redet er Klartext: Das sind die Juden. Die sind nämlich nicht bereit, ihren Auserwähltheitsanspruch aufzugeben: »Ihr tief verwurzelter Selbstapartierungsdrang in welcher Gesellschaft auch immer unterscheidet die Juden von allen anderen beteiligten Gruppen prinzipiell.« Töpfer weist allerdings Horst Mahlers Forderung nach einem Verbot der jüdischen Gemeinden zurück. Stattdessen stellt er fest: »Die Juden bedürfen in ihrem Autismus (...) unserer ganz besonderen Liebe.« (Töpfer 2005).

Hier erübrigt sich jeder Kommentar.●

Literatur:
Khazaleh, Lorenz: Wessen Kultur bewahren? Eine transethnische Perspektive auf Minderheitenpolitik am Beispiel der Saamen in Nordnorwegen. Basel 2000.
www.geocities.com/iglu01/lizarbeit/download/khazaleh-lizarbeit.pdf
(Seitenaufruf am 29.6.06)
Darin Kapitel 1.4: Ethnizität und Kultur.
www.geocities.com/iglu01/lizarbeit/14.html
(Seitenaufruf am 28.6.06)

Kramps, Leif-Thorsten: Für den Multikulturalismus. In: AUTO: – CHTHON & -NOM Nr. 11, Juni 2004.
www.nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/Auto11/Multikultur/multikultur.html
(Seitenaufruf am 29.6.06)

Probst, Sonja und Probst, Ernst: Meine Worte sind wie Sterne. Die Rede des Häuptlings Seattle und andere indianische Weisheiten. Mainz 2001.
www.beepworld.de/members79/ihrlesestoff/seattle.htm
(Seitenaufruf am 29.6.06)

Töpfer, Peter: Wie hält es der Nationalanarchismus mit der Ausländerfrage? Ausländer ganz zu Inländern werden lassen, gleichzeitig radikal Globalisierung stoppen! In: AUTO: – CHTHON & -NOM Nr. 17, Mai 2005.
www.nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/auto17/auslaenderfrage/auslaenderfrage.html
(Seitenaufruf am 29.6.06)

Wikipedia: Stichwort »Ethnopluralismus«.
http://de.wikipedia.org/wiki/Ethnopluralismus
(Seitenaufruf am 30.6.06)

Der Autor ist Mitarbeiter der AKTION 3.WELT SAAR und engagiert sich dort für den Aufbau eines Informations- und Kompetenzzentrums zur Sensibilisierung zum Problemfeld Islamismus. Dieses Projekt wird gefördert von der Europäischen Union (Europäischer Flüchtlingfonds). Sein Beitrag ist die gekürzte Fassung eines in HINTERGRUND II -2006 erschienenen Artikels und basiert auf einem im Rahmen des Projektes entstandenen Vortrag, den er auf der Tagung »Religiöse Mobilisierung und gesellschaftliche Krise« am 21./22. April 2006 in Osnabrück gehalten hat.
Kontakt über AKTION 3.WELT SAAR, Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim am See, Tel. (0 68 72) 99 30 56, Fax 99 30 57. Internet: www.a3wsaar.de, e-mail: a3wsaar@t-online.de. Dort kann eine Skizze des Projekts angefordert werden.

FRAUENNOTRUF SAARLAND FEIERT JUBILÄUM

Das Schweigen brechen

Seit nunmehr 20 Jahren berät und unterstützt die Beratungsstelle des Vereins »Notrufgruppe für vergewaltigte und misshandelte Frauen e.V.« von Gewalt betroffene Frauen im Saarland. Aus diesem Anlass lädt der Frauennotruf am 24. November um 11 Uhr die finanziell fördernden Institutionen, langjährige Unterstützende, Kooperationspartner/innen sowie aktive und ehemalige Vereinsfrauen zu einem Jubiläumsempfang in den Versammlungsraum des Kultur- und Werkhofes in der Nauwieserstraße 19 in Saarbrücken ein.

Winfried Blum, Saarpress ● »Wir wollen feiern, dass es im Saarland mit dem Frauennotruf seit 20 Jahren eine fachkundige Stelle gibt, die auf der Seite der betroffenen Frauen steht,« machen die heute aktiven Beraterinnen Silvia Posenauer, Antonia Schneider-Kerle und Christine Theisen deutlich.

Denn das Problem ist auch heute noch drängend. »Weit über 100 Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen wies die saarländische Polizeistatistik allein im letzten Jahr aus,« berichten die Notruf-Mitarbeiterinnen. »Häusliche Gewalt wurde sogar über 2.000mal zur Anzeige gebracht. Opfer sind auch hier meist die Frauen.« Der Frauennotruf Saarland bricht seit 20 Jahren das Schweigen über dieses gesellschaftliche Tabuthema. Die Beraterinnen begleiten die betroffenen Frauen und helfen in akuten Krisensituationen. Sie leisten Aufklärungsarbeit und arbeiten in mehreren Netzwerken mit unterstützenden Institutionen zusammen.

So initiierte der Frauennotruf Mitte der 90er Jahre den Arbeitskreis »Polizei und Justiz gegen sexualisierte Gewalt an Frauen«, wo u. a. Rechtsanwältinnen, die Staatsanwaltschaft, die polizeilichen Fachdezernate und die Beraterinnen des Notrufs zusammenarbeiten. Bei der Polizei führte der regelmäßige Austausch zu einer Sensibilisierung für die Situation der betroffenen Frauen. Die Notruf-Beraterinnen begleiten die Frauen zu den Vernehmungen bei der Polizei und auch während des Gerichtsverfahrens. Die Polizei ihrerseits weist Vergewaltigungsopfer inzwischen regelmäßig auf den Frauennotruf als Anlaufstelle hin. »Das ist ein riesiger Fortschritt. Als wir vor 20 Jahren angefangen haben, war das noch völlig undenkbar,« erinnert sich Antonia Schneider-Kerle.

Eine Vergewaltigung führt bei den Betroffenen oft zu massiven psychosomatischen Beschwerden: Scham, Angst und Depressionen bis hin zu Selbstmordgefährdung machen den Frauen das Leben nach der Tat zur Hölle. Sehr viele brauchen deshalb psychotherapeutische Hilfe. Der Frauennotruf hat dazu einen Kreis fachkundiger Therapeutinnen und Beraterinnen aufgebaut, die sich in der Thematik austauschen und weiterbilden.

Seit einigen Jahren hat sich die Notrufgruppe das Ziel gesetzt, den Zugang für Migrantinnen zur Beratung zu erleichtern. Im Rahmen des Arbeitskreis Migrantinnen wurde eine mehrsprachige Broschüre »Hilfen für Migrantinnen in Konfliktsituationen« entwickelt, die seit letztem Jahr für Saarbrücken und Umgebung verfügbar ist. Der Anteil der Migrantinnen an den Beratungskontakten im Notruf ist seitdem deutlich gestiegen.

Neben den handfesten Hilfestellungen für Betroffene ist es ein zentrales Anliegen des Frauennotrufs, die Öffentlichkeit wie auch Fachpersonal zum Thema »Gewalt gegen Frauen« zu informieren und durch verschiedene Veranstaltungen zu sensibilisieren. So wird die Arbeit u. a. in Krankenpflegeschulen, in Sprachkursen und in der Erzie-

Fortsetzung nächste Seite

»PUK MINICAR« ÜBERNIMMT EINEN SEIT 14 JAHREN SELBSTÄNDIGEN CARSHARING-VEREIN

Andere Wege für das Göttinger »Stadt-teil-Auto«

Göttingen ist eine überschaubare Stadt. Hier lässt sich vieles zu Fuß, mit dem Rad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erledigen. Zudem ist der Unterhalt eines eigenen Autos teuer, hinzu kommt die hohe Besteuerung. Dennoch wird für bestimmte Einkäufe oder Besorgungen gelegentlich ein Fahrzeug benötigt. Diese Überlegungen führten im April 1992 zur Gründung des Carsharing Betriebes »Stadt-teil-Auto« Göttingen, welcher vom Verein »Andere Wege Göttingen e. V.« (AWG) getragen wurde.

Sandra Peters, Redaktion Göttingen ● Vierzehn Jahre konnte sich der Göttinger Carsharing-Verein am umkämpften Mobilitäts- und Transportmarkt halten. Kürzlich hat der Verein seine Geschäfte aufgegeben. Die schlechte wirtschaftlichen Situation war Anlass für die Gründung einer »Stadt-teil-Auto Car Sharing Göttingen GmbH«. Gleichzeitig wurde aus dem »Stadt-teil-Auto« eine Sparte des selbstverwalteten Personenbeförderungs- und Kurierdienstunternehmens *Puk Minicar*.

Puk Minicar ist nach Eigenangaben der größte selbstverwaltete Betrieb Niedersachsens (CONTRASTE berichtete in Ausgabe 264 über das Unternehmen). Die Firma existiert seit 1985 und stellt in Göttingen eine Alternative zu konventionellen Taxi-Unternehmen dar. Im Gegensatz zu diesen dürfen Fahrer von *Puk Minicar* aber nur Personen befördern, wenn diese vorher in der Zentrale angerufen und einen Wagen bestellt haben. *Puk Minicar* ist auch nicht an den Taxi-Tarif für Göttingen gebunden, der Fahrpreis berechnet sich nach der Streckenlänge.

»Stadt-teil-Auto« war die erste Carsharing Organisation in Göttingen. Die Grundidee der selbstverwalteten Firma war die Organisation des Autoservice für Fahrten im Wohn- und Arbeitsbereich. Jedem Bürger sollte nach Zahlung eines Darlehens und Abschluss eines Nutzungsvertrags jederzeit ein Auto zur Verfügung stehen, welches an einem Stellplatz in seiner Nähe geparkt ist. Der Individualverkehr sollte durch gemeinsam genutzte Fahrzeuge ersetzt werden. Der Umweltaspekt spielte bei dieser Geschäftsidee eine bedeutende Rolle. »Car Sharing ist ökologisch sinnvoll und führt zu bewussterer Fahrzeugnutzung«, erklärt Christoph Spohr, gleichzeitig Geschäftsführer von *Puk Minicar* und der neuen »Stadt-teil-Auto Car Sharing Göttingen GmbH«.

Bereits 1997 hatte »Stadt-teil-Auto« Göttingen zusammen mit anderen Carsharing Organisationen den Niedersächsischen Umweltpreis erhalten. Im Jahr 2002 nahm die Organisation ihr erstes Erdgasfahrzeug in Betrieb.

Selbstverwaltung unter Druck

Allerdings waren mit der Selbstverwaltung des Betriebes »Stadt-teil-Auto« auch Probleme verbunden. Die Überprüfung der Fahrzeugauslastungen an einzelnen Standorten, der Einsatz von Werbestrategien sowie die Auseinandersetzung mit alternativen Antriebsformen wurden zwar geleistet, aber die Bemühungen waren oft wenig effektiv.

Ein Großteil der Arbeit wurde ehrenamtlich geleistet. Der damit verbundene zeitliche- und organisatorische Aufwand ging auf Kosten der Wirtschaftlichkeit. Hinzu kamen finanzielle Schwierigkeiten aufgrund eines zu geringen Bekanntheitsgrades. Es fehlten Gelder für Werbemaßnahmen, um am Markt präsent und konkurrenzfähig zu bleiben. Darüber hinaus erschwerte die Ausbreitung des ebenfalls ökologisch ausgerichteten Konkurrenzunternehmens »Grünes Auto Göttingen« die Situation und führten zu einem Defizit.

Von 1992 bis 2006 hat der Verein »Andere Wege Göttingen« darum gekämpft, den ursprünglichen Charakter der Initiative »Stadt-teil-Auto« zu erhalten. Aber im Juni 2006 konnte kein Vorstand mehr gefunden werden, der diese Arbeit unter dem Druck kommerzieller Konkurrenz leisten wollte. Der Betrieb sollte daher veräußert werden.

Neben *Puk Minicar*, das seit 1992 als Buchungszentrale für das »Stadt-teil-Auto« tätig war, zeigte auch das seit 1998 existierende Carsharing Unternehmen »Grünes Auto Göttingen« Interesse an einer Übernahme. *Puk Minicar* erhielt letztendlich den Zuschlag gegenüber dem »Grünen Auto Göttingen«. Einen Grund hierfür nennt Christoph Spohr: bei den Vereinsmitgliedern habe ein großes Interesse daran bestanden, »dass das »Stadt-teil-Auto« Göttingen weiterhin in den Händen eines selbstverwalteten Betriebes bleibt«. Zudem hat die ökologische Komponente bei der Entscheidung eine große Rolle gespielt. *Puk Minicar* konnte insbesondere durch seine erdgasbetriebenen Fahrzeuge punkten. Der selbstverwaltete Betrieb übernahm insgesamt 17 Fahrzeuge – vom Kleinwagen bis zum Transporter – sowie die Kundenkartei und die Verbindlichkeiten des »Stadt-teil-Autos«.

Stellplatz von »stadt-teil-auto« auf dem Göttinger Bahnhofsvorplatz Foto: Sandra Peters

Fusion bietet Synergieeffekte

Für *Puk Minicar* war die Fusion reizvoll, weil sie Chancen für Synergieeffekte bietet. Nach der ersten Einarbeitungsphase will *Puk Minicar* den Carsharing-Bereich ausbauen. Das Ziel bestehe darin, durch eine gegenseitige Nutzung der PKW eine höhere Auslastung der Fahrzeuge zu erreichen und den Bekanntheitsgrad beider Firmen zu erhöhen. Die Hauptaufgabe liege in der Neukundengewinnung sowie dem Ausbau des Fuhrparks, um so das kundenfreundliche Angebot zu gleichen Bedingungen weiterführen zu können. Schritt für Schritt soll auch eine bessere Präsentation am Markt erreicht werden.

»Als erstes Projekt der neuen GmbH ist der Aufbau eines neuen Standortes mit frei verfügbaren Autos geplant«, meint Spohr. Ein zweiter Schritt soll im Ausbau der Verfügbarkeit in verschiedenen Stadtteilen bestehen. »Außerdem sollen noch weitere Fahrzeuge mit alternativen Antriebsmotoren angeschafft und die Wirtschaftlichkeit erhöht werden«, so der Geschäftsführer. Inwieweit die bisherigen Probleme des »Stadt-teil-Autos« durch die Fusion gelöst werden können, muss sich dann zeigen.●

www.stadt-teil-auto-goettingen.de

G8 EVIAN 2003: KANTONALGERICHT BESTÄTIGT STRAFFREIHEIT DER SCHWEIZER POLIZEI

Letzte Berufung im Fall »Aubonne-Brücke« abgelehnt

Sieben Monate nach dem umstrittenen Freispruch (siehe CONTRASTE Nr. 258) der beiden Polizisten, die bei den G8-Protesten in Evian 2003 um ein Haar zwei Aktivisten getötet hatten, wies das Kantonalgericht Waadt Anfang September den Revisionsantrag der AktivistInnen Martin Shaw (englisch) und Gesine Wenzel (deutsch) zurück.

gruppe aubonnebridge ● Mit einem weithin als Justizskandal bezeichneten Urteil waren Polizeioberwachtmeister Claude Poget (Waadt) und Polizeibeamte Michael Deiss (Schaffhausen) am 17. Februar diesen Jahres frei gesprochen worden. Beide mussten sich für einen Vorfall auf der Aubonne-Brücke verantworten, bei dem die Polizei das Kletterseil der beiden Aktivisten durchtrennte und den 23m-Fall von Martin Shaw verursachte, der knapp überlebte, jedoch schwere Knochenbrüchen davontrug.

Gesine Wenzel, deren Leben nur durch die schnelle Reaktion der Aktivisten auf der Brücke gerettet wurde, sagte: »Ich hoffe, diese Entscheidung hat nun jedem klar gemacht, dass dieses System von Grund auf faul ist. Es gibt keine neutrale Justiz und keine Gleichheit vor dem Gesetz. Wir sind dafür schuldig gesprochen worden mit unserer Blockade-Aktion das Leben der Autofahrer auf der Brücke gefährdet zu haben. Der Polizei jedoch, die uns um ein Haar getötet hätte, waschen die Gerichte das Blut von der Weste. Mit diesem Urteil hat das Kantonalgericht unter Beweis gestellt, dass es in der Schweiz keine Möglichkeit gibt, die Polizei für ihren Machtmissbrauch zur Verantwortung zu ziehen, nicht einmal, wenn es eindeutige Videoaufnahmen gibt. Unser Fall ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Straffreiheit der Polizei in der Schweiz ist unantastbar.«

Februar 2006: Protest gegen den Freispruch der Polizisten

Martin Shaw hat von dem 23m-Fall, der in schweren Knochenbrüchen in Fuss und Rücken resultierte, bleibende Schäden davongetragen. Es ist die Verantwortung der Waadter Regierung Entschädigung zu zahlen, doch nun könnte diese den skandalösen Freispruch nutzen, um Schadensersatzzahlungen zu verweigern und sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Bis zum heutigen Tag hat sich die Kantonsregierung weder entschuldigt noch Ansätze gezeigt, ihre Polizeistrategien zu überprüfen – trotz der Tatsache, dass, wie während des Prozesses offenkundig wurde, Information, Kommunikation und Koordination der Polizei katastrophale Mängel aufwiesen.

Martin Shaw sagte: »Ich werde für den Rest meines Lebens unter den Schäden leiden. Sie machen mir außerdem die Ausübung meines Berufes als Elektriker unmöglich. Nach dem G8 haben alle Ladenbesitzer, deren Schaufenster währen der Proteste zu Bruch gingen, Entschädigungszahlungen erhalten. Aktivisten jedoch, denen die Polizei die Knochen brach, werden nie einen Pfennig sehen. Das ist das wahre Gesicht ihrer »Demokratie«.«

Dieser Revisionsantrag war die letzte gerichtliche Möglichkeit, die Polizei zur Verantwortung zu ziehen. Es besteht keine Möglichkeit gegenüber einem höheren Gericht Einspruch zu erheben, denn der Schweizer Staat hat ein Gesetz verabschiedet, das es Bürgern verbietet, gegen die Polizei vor das Bundesgericht zu ziehen.

Der Anwalt der Aktivisten, Jean-Pierre Garbade, erklärte: »Es steht fest, dass die beiden Polizeibeamten das Gesetz gebrochen haben. Die Tatsache, dass das Kantonalgericht ihnen mit fadenscheinigen Begründungen die Straffreiheit garantiert, lässt schwere Zweifel am Schutz der Bürgerrechte in der Schweiz aufkommen. Beweis ist allein schon die Haltung des Staatsanwaltes, der sich weigerte, die Anklage aufrecht zu erhalten.«

Die Aktivisten unterstrichen: »Dies ist genau der Grund, weshalb wir an direkte Aktion und Selbstverwaltung glauben. Der demokratische Anschein dieses Systems ist eine Täuschung. Der G8 ist das beste Beispiel für ihre Heuchelei. Diese Entscheidung hat unsere Ansichten nur gestärkt. Unser Kampf geht weiter.«●

Mehr Information auf:
www.aubonnebridge.net

Hintergrundinformation

Martin Shaw and Gesine Wenzel verloren um ein Haar ihr Leben, als sie am 1. Juni 2003 mit der Aubonne-Gruppe die Autobahn Genf-Lausanne blockierten, um das Durchkommen einer G8-Delegation zu verhindern. Die Polizei zerstörte alle Sicherheitsmassnahmen der Aktivisten und schnitt letztendlich das Kletterseil durch, an dem Martin und Gesine hingen. Beide Aktivisten wurden im Mai 2004 für Eingriff in den Straßenverkehr und Gefährdung der Leben der Autofahrer schuldig gesprochen und erhielten Bewährungsstrafen. Sie erstatten Anzeige gegen die Polizei.

FORTSETZUNG VON SEITE 4

herinnenausbildung vorgestellt. Von Fortbildungsveranstaltungen zu »Häuslicher Gewalt« und »Beschaffungsprostitution« über die Mitwirkung beim Internationalen Frauentag und beim Saarländischen Frauenrat bis zur Bierdeckelaktion »Un-fass-bar« gegen Gewalt an Frauen reicht das Spektrum der Aktivitäten. Seit zwei Jahren finden sich die aktuellen Angebote mit weiterführenden Informationen auch auf der barrierefreien Internetseite unter »www.frauennotruf-saarland.de«.

Der Frauennotruf Saarland wird gefördert vom Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport, vom Stadtverband Saarbrücken und von der Landeshauptstadt. Seit dem Jahr 2000 finanzieren auch die Landkreise eine Beraterinnenstelle, sodass heute drei Teilzeitstellen mit einem Umfang von je 30 Wochenstunden zur Verfügung stehen. Der Trägerverein »Notrufgruppe für vergewaltigte und misshandelte Frauen e.V.« muss dazu einen Eigenanteil von 10% der Kosten beisteuern. Das sind immerhin etwa 10.000 Euro pro Jahr, die über Spenden, Bußgelder und Mitgliedsbeiträge aufgebracht werden müssen. Deshalb ist die Notrufgruppe stets für Spenden zur Absicherung ihrer Arbeit dankbar (Kto.-Nr. 42 68 663 bei der Postbank Saarbrücken, BLZ 590 100 66).●

Weitere Informationen zur Arbeit der Notrufberatungsstelle sind erhältlich bei: Frauennotruf Saarland, Nauwieserstraße 19, 66111 Saarbrücken, Tel. (06 81) 3 67 67, Fax 9 38 58 98, per E-Mail:
notrufgruppe-sb@t-online.deoder im Internet
www. frauennotruf-saarland.de.

BERLIN: AUSREISEZENTRUM MOTARDSTRASSE SCHLIESSEN

Niemand hat die Absicht, ein Ausreisezentrum zu errichten...

So verkündete es der Rot-Rote Senat noch in der Koalitionsvereinbarung. Faktisch jedoch wird still und heimlich die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Berlin in der Motardstr. 101a durch ein Ausreisezentrum ergänzt. Dahin werden Menschen wegen § 1a Asylbewerberleistungsgesetz eingewiesen.

Berliner Bündnis gegen Lager ● Eigentlich fungiert das Flüchtlingslager in der Motardstraße als Erstaufnahmeeinrichtung, versteckt in einem Industriegebiet des Berliner Außenbezirkes Spandau. Mit fast 750 Plätzen ist dieses Lager eines der größten in Berlin. Zurzeit sind dort 424 Menschen untergebracht, 246 Asylsuchende, 178 Menschen mit Duldung, davon insgesamt 86 Kinder und Jugendliche (Stand: Juni 2006).

Ziel von Ausreisezentren ist es, Druck auf diejenigen MigrantInnen mit Duldung auszuüben, die hier nicht gewollt sind. Durch die massive Verschlechterung der Lebensbedingungen von Menschen, die teilweise schon über 10 Jahre in Berlin leben, sollen diese genötigt werden, »freiwillig« auszureisen und so der Ausländerbehörde und der Polizei die schmutzige Arbeit der Abschiebungen abzunehmen.

So stellt das Land Berlin, im Zuständigkeitsbereich der PDS-Sozialsenatorin Knake-Werner, es den Bezirken frei, Menschen mit Duldung in der Motardstraße unterzubringen. Für die Betroffenen bedeutet das faktisch einen offenen Vollzug von Abschiebehaft. Statt finanzieller Bezüge gibt es einen Schlafplatz im Lager und täglich abzuholende Essenspakete. Aufgrund des Arbeitsverbotes ohne Möglichkeiten, selbst für den Lebensunterhalt zu sorgen, müssen die Betroffenen weitgehend entrechtet unter den Bedingungen des Ausreisezentrums leben.

Verwaltet wird das Lager von der AWO Mitte, für die Essensversorgung ist die Firma Dussmann zuständig. Während diese in ihrem »Kulturkaufhaus« in der Friedrichstrasse aufwendig gestaltete Kochbücher zur Zubereitung kulinarischer Köstlichkeiten anpreist, setzt sie den Menschen in der Motardstraße etwas vor, für das »Fraß« noch eine positive Umschreibung ist. Statt kostengünstiger den Betroffenen das Geld direkt zu geben, um selbstbestimmt entscheiden zu können, welches Essen sie zu sich nehmen wollen, wird ihnen ein teureres Essen vorgesetzt, welches nicht nur eintönig sondern auch zu wenig und von miserabler Qualität ist.

Transnationaler Aktionstag gegen Migrationskontrolle am 7.10.2006 (Buchmesse Frankfurt/Main)

Zusammen mit der perspektivlosen Dauersituation des unsicheren Aufenthaltes, drohender Abschiebung und dem mit der Lagerunterbringung verbundenen gesellschaftlichem Ausschluss werden Menschen, die als Asylsuchende meist bereits einen traumatischen Fluchthintergrund haben, mit voller Absicht auf eine extreme Belastungsprobe gestellt, die bis zum psychischen Zusammenbruch, dem sogenannten Lagerkoller führen kann.

Diese staatlich verordnete Diskriminierung, Entwürdigung und Entrechtung von MigrantInnen wird bereits von verschiedenen Berliner Bezirken praktiziert und macht das Flüchtlingslager in der Motardstraße damit faktisch zu einem Ausreisezentrum. Vorne mit dabei sind die ProfiteurInnen, die als HandlangerInnen die rassisistische Politik umsetzen und das Geld, was bisher die Flüchtlinge erhielten, einstreichen: Die AWO Mitte als Betreiberin der Einrichtung und die Firma Dussmann als Lieferantin des »Essens«.

Im Rahmen des Transnationalen Migrations-Aktionstags, an dem in ganz Europa und darüber hinaus Menschen gegen rassistische Politik und für die Rechte von MigrantInnen auf die Straße gehen, mobilisieren wir zu Aktionen gegen diejenigen, die das Ausreisezentrum ermöglichen und für eine sofortige Schließung.●

TRANSNATIONALER MIGARATIONS-AKTIONSTAG IN BERLIN

Ca. 300 Menschen, darunter zahlreiche BewohnerInnen des Lagers in der Motardstraße 101a, protestierten am gestrigen Tag gegen ihre unzumutbare Situation und für die Schließung aller Zwangsunterbringungen. In Beiträgen wurde Bezug genommen auf die weltweite Flüchtlings-Situation, die Verhältnisse in Berlin und Brandenburg und die Zustände im »heimlichen« Ausreisezentrum Motardstraße 101a.

Insbesondere wurde auf die Existenz und Qualität der Essenspakete der Firma Dussmann hingewiesen. Sie wurden verpackt und werden Verantwortlichen aus Senat und Bezirken, sowie den profitierenden Firmen der Dussmann-Gruppe und der Arbeiterwohlfahrt Mitte zugestellt.

Die Berliner Polizei verhinderte, gestützt auf eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts vom Vorabend, dass wir unsere Meinung direkt bei dem profitierenden Dussmann-Kulturkaufhaus äußern konnten. Ein reibungsloses Geschäft bei Dussmann sei wichtiger als die Demonstrationsfreiheit unseres Bündnisses. Die massive Polizeipräsenz vor dem Eingang bewirkte allerdings das Gegenteil: Die vielen Fragen der PassantInnen konnten nach zähen Verhandlungen dann doch wenigstens durch Flugblätter beantwortet werden.

Vor der Zwangsunterkunft Motardstraße 101a fand anschließend eine Kundgebung mit und für die BewohnerInnen statt. Etwa 200 Personen nahmen daran teil. Hier wurden Kontakte geknüpft und gegenseitig informiert. Auch an dieser Stelle hatte die Versammlungsbehörde schon im Vorfeld Schwierigkeiten gemacht. Angeblich sei die Anmeldung nicht eingegangen, das Fax war auf einmal unauffindbar, eine Kombination mit Kinder- und Freizeitangeboten qualifiziere die Veranstaltung als unpolitisch.

Im Rahmen der nicht zu verbietenden Kundgebung durften dann aber anders als geplant, keine Filme zu Flüchtlingsprotestaktionen gezeigt werden. Ballspiele mit den Kindern waren unerwünscht. Besonders peinlich: Das vorbereitete Essen durfte nicht von einem Tisch ausgegeben werden, sondern musste »im Dienste der öffentlichen Ordnung« vom Fußboden aus erfolgen. All diese Schikanen konnten die fröhliche und kraftvolle Begegnung von BewohnerInnen und Kundgebungsteilnehmerinnen nicht verhindern. Der Kampf um die Schließung dieses Lagers in seiner jetzigen Funktion als Quasi-Ausreisezentrum hat unwiderruflich begonnen.●

Presserklärung Berliner Bündnis gegen Lager /Berlin-Brandenburg

EINE ALTERNATIVE ZUM VERKAUF DER »FREIBURGER STADTBAU« AN FINANZINVESTOREN

»Wohnraum für Alle« GmbH

Mit seinem Beschluss, die »Freiburger Stadtbau« zu verkaufen, löste der Gemeinderat emotionale Diskussionen auf breiter Ebene nicht nur in Freiburg aus. Neben einem Vorschlag, den gesamten Wohnungsbestand auf eine neue Wohnungsgenossenschaft mit dem Namen »Siedlungsgenossenschaft Freiburg« zu übertragen (siehe dazu unseren Beitrag auf Seite 13), beschäftigte sich auch der »Arbeitskreis Solidarische Ökonomie« des linken Freiburger »Mietshäuser Syndikat« mit dem geplanten Verkauf. Sie schlagen die Gründung einer »Wohnraum für Alle« GmbH vor. Nachfolgend die Erklärung des Arbeitskreises:

»Wir wollen weder den Verkauf der Freiburger Stadtbau an Finanzinvestoren, noch wollen wir, dass alles so bleibt, wie es ist. Statt dessen möchten wir die Chance nutzen, die »Stadtbau« unter geändertem Vorzeichen fortzuführen und durch Bürgerbeteiligung zu einem durchgängig sozialen Wohnungsunternehmen umzubauen – eine »Neue Stadtbau« heißt die Perspektive. Bürgerbeteiligung ist dabei im doppelten Sinne gemeint: einerseits als transparenter Partizipationsprozess; und andererseits als genossenschaftliche Kapitalbeteiligung von BürgerInnen, MieterInnen und anderen gesellschaftlichen Gruppen an der Stadtbau GmbH, neben der Stadt Freiburg selbst.

Als Instrument für diesen Umbau der Stadtbau gründen wir die »Wohnraum für alle« GmbH (Arbeitstitel). Dieses Unternehmen in Bürgerhand erwirbt mittelfristig Anteile an der Stadtbau GmbH und trägt mit einer vertretbaren Kaufpreiszahlung zum Abbau der städtischen Verschuldung bei. Der Kaufpreis muss sich daran orientieren, dass die Mieten bezahlbar und die Wohnungen als Mietwohnungen erhalten bleiben (Ertragswert).

Kurzfristig kann die »Wohnraum für alle« GmbH die städtischen Grundstücke erwerben, auf denen die »Stadtbau« 80% ihrer Wohngebäude im Erbbaurecht errichtet hat. Mit dem Kaufpreis können Teile des aktuellen Haushaltsdefizits ausgeglichen und – zusammen mit ergänzenden Maßnahmen – der Haushalt genehmigungsfähig gemacht werden. Allerdings beträgt der aktuelle Wert der Erbbaugrundstücke nicht 150 Mio. Euro, wie in der Gemeinderatsvorlage vom 16.6.2006 angegeben wurde: Abzüglich der Belastung durch die Erbbaurechte beläuft sich der tatsächliche Wert auf etwa 40-50 Mio. Euro.)

Die geplante europaweite Ausschreibung der Stadtbau für kaufwillige Finanzinvestoren laut Beschluss des Gemeinderates vom 18.7.06 lehnen wir ab. Danach sollen die gesamten Schulden der Stadt Freiburg von 350 Millionen Euro alleine den MieterInnen in den »Stadtbau«-Wohnungen aufgebürdet werden. Die Belastung von derzeit ca. 300 Euro Schulden je qm Wohnfläche erhöht sich auf mindestens 1000 Euro/qm (bei 510 Mio. Euro Kaufpreis). Die preisgünstigen Mietwohnungen würden dann nach und nach als teurere Eigentumswohnungen verkauft werden. Das wollen wir verhindern und ganz im Gegenteil die Mietwohnungen der »Stadtbau« dauerhaft den Verwertungsmöglichkeiten des Marktes entziehen.

Wir bezweifeln, dass genossenschaftliche Unternehmen im Bieterverfahren eine Chance haben, wenn Finanzinvestoren mal eben 100 Millionen Euro höher bieten können, wie z.B. Fortress oder die LEG (was möglicherweise bald dasselbe ist, siehe NRW, wo u.a. die Grünen gegen den geplanten Verkauf der LEG mit 100.000 Wohnungen an Fortress kämpfen). Denn der Sinn einer Ausschreibung ist, einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Der Gemeinderat hat ja nur beschlossen: »Vorrangig ist eine Veräußerung an genossenschaftlich organisierte Unternehmen zu prüfen.« – »Zu prüfen«, das heißt nichts, aber »genossenschaftlich« und »vorrangig« hören sich gut an. »Sorgfältig geprüft« von der Stadtverwaltung wurden auch 300 Alternativvorschläge in ganzen zwei Wochen.

Deshalb unterstützen wir den Bürgerentscheid am 12. November: Ja, die Stadt Freiburg soll Eigentümerin der »Stadtbau« bleiben – vorläufig. Denn die Entwicklung einer praktikablen Alternative wie die der »Wohnraum für Alle« GmbH braucht Zeit, vor allem für Bürgerbeteiligung. Wir bauen auf Transparenz und Information: Konzept und Finanzierungspläne sollen öffentlich zur Diskussion gestellt werden. Wir denken, dass nach einem positiven Bürgerentscheid die drei Jahre Sperrfrist für Anteilsverkäufe an der Stadtbau ausreichen für eine solche Form der Bürgerbeteiligung.

Nicht zuletzt brauchen wir Zeit für die Kapitalbeschaffung. Auch Finanzinvestoren kochen nur mit Wasser, d.h. arbeiten mit geliehenem Geld. Nur 10% der Finanzierung eines Unternehmensaufkaufs stammt aus der eigenen Kasse, 90% sind Bankkredite. Schulden machen können wir auch.

Das Beispiel der »Schönauer Stromrebellen« macht Mut. Der Initiative gelang es, nach zwei Bürgerentscheiden das Stromnetz der Stadt Schönau im Schwarzwald zu übernehmen – anfänglich gegen den Willen der Stadtverwaltung und der Mehrheit des Gemeinderates, die die Netzlizenz für weitere Jahrzehnte an den regionalen Atomstromkonzern vergeben wollten. Mit vielen kleinen Geldanteilen von BürgerInnen und UnterstützerInnen und mit großen Bankkrediten gründeten sie die Elektrizitätswerke Schönau GmbH (EWS), die sich zum größten Ökostromanbieter Deutschlands entwickelt hat.

Die Initiativgruppe »Wohnraum für Alle« braucht MitstreiterInnen und UnterstützerInnen für eine Alternative zum Ausverkauf der Freiburger Stadtbau und der Privatisierung öffentlichen Vermögens.«●

Arbeitskreis Solidarische Ökonomie im Mietshäuser Syndikat, Adlerstr. 12, D-79098 Freiburg
Tel. (07 61) 28 18 92
info@syndikat.org

Anzeige

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Vertreibung von Kindern verhindern!

www.tdh.de

...und nebenbei auch sozial und ökologisch

Solidarische Existenzsicherung

Second-Hand – Deutschlands bunteste Branche

»Ökologisch, ökonomisch, originell« – mit diesem Slogan warb der frisch gegründete Second-Hand Stammtisch in Münster Ende der 90er Jahre für seine Geschäfte. Direkt an der Zielgruppe vorbei, wie eine Marktforschungsstudie 1999 belegte. Der Preis ist der ausschlaggebende Faktor bei Second-Hand Kundinnen und Kunden, dann das Streben nach Originalität. Ökologie spielte kaum eine Rolle. Also änderte der damals frisch gegründet Verband »Second-Hand vernetzt e.V.« seine Strategie und kommunizierte ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis plus Einkaufserlebnis beim Streben nach Individualität, das in Zeiten von Massenware größer ist denn je.

Second-Hand vernetzt Münster, Redaktion Berlin ● Waren wieder zu verwerten ist per se ökologischer als Wegwerfen und Neuwarenkonsum. »Wir verkaufen Ökologie, aber wir reden nicht drüber«, lacht Daniela Kaminski, Geschäftsführerin des Verbandes. Sie sieht sich seit drei Jahren ständig mit Fragen der Presse konfrontiert, ob Second-Hand boomt, seitdem es den Menschen wirtschaftlich schlechter geht. »Wir beobachten anderes: die Geschäfte sind professioneller geworden, wir haben am Image von Second-Hand gearbeitet und Vorurteile abgebaut«. Ebay half zusätzlich und das Älterwerden der Alt-68er auch. Kunden findet die Branche in allen Schichten mit den unterschiedlichsten Kaufmotivationen: preiswert einkaufen, Stöbern, weg von der 08/15-Ware in den Fußgängerzonen bis zu Müttern, die gewaschene Kleidung für ihre allergischen Kinder bevorzugen.

Das eigentlich Soziale heißt Abbau von Vorurteilen

Second-Hand macht Waren auch für ärmere Menschen erschwinglich, schafft Arbeitsplätze nicht nur in Beschäftigungsgesellschaften. Sozialkaufhäuser schießen aus dem Boden. »Unsere eigentliche soziale Leistung aber ist der Abbau von Vorbehalten: denn nun gehen alle in den Second-Hand Laden und niemand wird schräg angesehen, weil er gebraucht kaufen muss«, bewertet Daniela Kaminski die Arbeit des Verbandes und die Marktentwicklung.

Das wachsende und attraktiver werdende Angebote, aber auch die Schnelllebigkeit der Trends unterstützen diese Entwicklung zusätzlich. Mittlerweile gibt es nahezu alles gebraucht: nicht nur in den Kaufhäusern. Die Textilbranche gliedert sich auf nach den Trends der 70er, 80er und nun 90er Jahre. Boutiquen bieten nur Waren der letzten zwei Saisons, Designergeschäfte ausschließlich Gehobenes. Vom Möbel-Hausrat über Fahrräder, Kinderausstatter, Antiquariaten bis zum Handyladen findet der Kunde alles gebraucht.

Arbeit, Ausbildung, Alternativen

»Unsere Unternehmer sind oft richtig 'bunte Hunde'«, beschreibt Daniela Kaminski die Szene. »Sie kommen aus den unterschiedlichsten Berufen oder haben studiert, sind voller Fantasie und Ideen.« Als neuer Gedanke zieht sich ein eigener Ausbildungsgang »Einzelhandelskaufleute für die Gebrauchtgüterbranche« durch die Arbeit des Verbandes. »Denn unsere Betriebe brauchen Fachleute.« Warenkunde, Beschaffung, Kundengespräche – vieles ist in der Gebrauchtgüterbranche anders. Daher bietet Second-Hand vernetzt e.V. ein eigenes Fortbildungsprogramm an, in dem diese Themen ihren Raum finden.

Foto: Second-Hand vernetzt

»Ja, ich behaupte, wir übernehmen gesellschaftliche Verantwortung: durch unsere Art des Handels und des Handelns, denn wir schaffen Arbeitsplätze oft und gerade für Menschen, die nirgendwo mehr einen Platz finden. Bei uns kommt vom Verkauf bis zur Buchführung bis zum Handwerk oder Möbeltransport vieles als Tätigkeit in Frage. Wer Second-Hand mag, ist meist auch von der Arbeitsatmosphäre begeistert, denn sie bietet Abwechslung und erfordert oftmals Spontanität«.

Nach zehn Jahren Second-Hand Arbeit sieht Daniela Kaminski den Verband immer noch voller Projektideen: weil jede neue Neuerung auf dem Markt, sei es im Bereich Produkt, Vertriebswege oder Kommunikation Rückwirkungen auf die Gebrauchtgüterbranche hat.

Second-Hand als Trendsetter

Gerade in den letzten Jahren entdeckten Künstler und Designer gebrauchte Materialien als Ausgangspunkt für Neuschöpfungen: ob Mode aus gebrauchten Stoffen oder neue Designmöbel aus alten Stücken, Sattelüberzüge aus Wachstuchdecken oder Briefumschläge aus Fotobänden – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt, der Kunde staunt – und kauft. Ausstellungen von Künstlern ergänzen das immer breiter und attraktiver werdende Spektrum.

So definierte der Verband seine Aufgabe vor einigen Jahren noch mal neu: er bietet Fachwissen und Unterstützung für die Betriebe aus der Branche, zugleich richtet er sich direkt an die Kundinnen und Kunden, bspw. mit seinem Kundenmagazin *Chic&Schnack*. Auf seiner Internetseite präsentiert der Verband möglichst alles, was die Szene bietet und interessiert: dazu gehören 1.500 Adressen im bundesweiten Branchenführer – der Eintrag ist für Betriebe kostenfrei. »Unsere Betriebe profitieren davon, dass die Kunden uns entdecken, als originell, sympathisch, interessant und preiswert einschätzen«, so Daniela Kaminski. Das ist ein wichtiger strategischer Baustein unserer Arbeit und bringt die unternehmen wirtschaftlich voran. »Und nebenbei sind wir auch ökologisch und sozial«.●

www.secondhand-online.de

BERLINER BÜCHERTISCH

Aus Sehnsuchtskraft gemeinsam etwas aufbauen

Der Berliner Büchertisch ist aus einer Sehnsucht nach tragfähiger Zukunft entstanden. Meine persönliche Situation gestaltete sich folgendermaßen: Ich stehe mitten im Leben, habe zwei Kleinkinder, werde mir wieder erwerbsmäßige Arbeit suchen. Wie möchte ich leben und was möchte ich arbeiten? Was möchte ich sehen, wenn ich in zwanzig Jahren zurückblicke? Was habe ich bisher gearbeitet? Was sind meine Stärken und Schwächen – und sind meine Schwächen wirkliche Schwächen, oder vielmehr Hinweise darauf, wohinter sich eine bisher unerfüllte Sehnsucht verbirgt?

Von Ana Lichtwer, Berlin ● Diese Fragen stellte ich mir mit 37 Jahren. Und kam zu der Einsicht, dass ich in bisherigen Arbeitsverhältnissen nicht meine Arbeitskraft, sondern meine Lebenszeit für Geld verkauft habe. Zu billig.

So begab ich mich auf die Suche. Eine meiner uralten Sehnsüchte war offensichtlich, dass Leben und Arbeiten nichts teilbares für mich sein sollten, sondern ineinander untrennbar verfließen, ohne recht sichtbare Grenzen. Eine Einheit sind. Eine Entdeckung war, dass es mir wesentlich einfacher fällt, für andere etwas zu tun. Was ich zuvor als eine Schwäche einstufte, könnte auch eine Qualität haben.

In Berlin habe ich zunächst nach sozialen Projekten gesucht, die sich selbst tragen. Dass die Stadt pleite ist, war offensichtlich, und dass man in dieser Stadt Geld verdienen kann, genauso. Also ist ein sicheres Projekt eines, das mit dem Motor Geld, welches es selbst erwirtschaftet, unabhängig ist und nur so nicht irgendwann abgewickelt wird. Sozial habe ich das ganz privat als vage Gefühle wie Gemeinschaft, gerechte Geldverteilung, Rücksicht auf scheinbar Schwächere (z.B. Muttersein) und ähnliches gedeutet. Da ich kein soziales Projekt fand, welches meinen Vorstellungen entsprach, dachte ich: es fehlt eines, also muss ich es gründen.

Einige Monate habe ich nach einer Geschäftsidee gesucht, die mich selbst nicht ruiniert (beispielsweise durch Investitionen, die ich ohnehin nicht hatte). Aber ich hatte Zeit und Kraft. Viel Sehnsuchtskraft. Und offensichtlich zu viele Bücher in unserer 65 Quadratmeter großen Wohnung, die wir uns zu viert teilen. Möglicherweise gibt es noch mehr Menschen, die zu viele Bücher haben, und denen es ergeht wie mir. Die Zeit haben, aber kein Geld und einfach wieder in ertragbaren Verhältnissen arbeiten möchten. Die Lust haben gemeinsam etwas aufzubauen und an etwas Gemeinsamem zu arbeiten.

Zwischen diesen Gedanken und den letzten drei Jahren ist sehr, sehr viel Arbeit und Erfahrung geflossen. Es entstand ein Selbsthilfeprojekt, an dem mittlerweile ca. 20 Menschen beteiligt sind, und sehr viele Menschen mitgetragen und mitgestaltet haben.

Wir haben einen Verein gegründet, als Träger des sozialen Betriebes. Was wir machen, ist uns Bücher schenken zu lassen, die uns vorbeigebracht werden, oder die wir abholen. Ein Teil der Bücher wird verkauft. Wir verkaufen die Bücher im Laden und über das Internet. Ein Großteil der Bücher wird über die verschiedensten Kanäle weiterverschenkt. Mittlerweile sind aus einem Einfrau-Schlafzimmerbetrieb drei Filialen entwachsen. Wir tragen uns selbst und haben ein Netzwerk von drei Filialen – weitere sind geplant.

Zu uns finden alle, die bei uns stranden. Vom ehemals Obdachlosen bis zum Rentier aus der Wirtschaft ist aus der sozialen, wirtschaftlichen und intellektuellen Schicht zumeist jemand vertreten. Wir sind ein Sack Buntes. Und das gestaltet sich nicht immer einfach. Es ist ein Abenteuer und ein Seilakt zwischen gemeinnützigem Anspruch und wirtschaftlichen – und vor allem auch zwischenmenschlichen Realitäten.

Wir bemühen uns, unsere wirtschaftlichen Abläufe zu optimieren. Gleichzeitig muss Platz sein für jeden sich im Rahmen unserer Möglichkeiten auszuprobieren. Immer wieder müssen wir uns bewusst machen, dass der Verein, und der Vereinsbetrieb für uns da ist und nicht umgekehrt. Miteinander und füreinander. Das müssen wir immer wieder neu lernen und oft schmerzhaft ausprobieren. Wo liegen die Grenzen des Einzelnen, wo liegen die Grenzen des gemeinsam ertragbaren? Unser tägliches gemeinsames Mittagessen ist genauso wichtig wie ein ausgeglichenes Bankkonto. Auch zu akzeptieren, dass der eine weniger, und der andere wiederholt mehr dazu beiträgt. Gastfreundschaft zu bewahren und offen zu bleiben tangiert oft die geheime Sehnsucht nach festen Strukturen und die Müdigkeit gegenüber Überraschungen und Unzuverlässigkeiten – auch scheinbaren Ungerechtigkeiten. Unser Projekt lebt vom Beschenkt werden, einer Menge Arbeit, und dem Geben, welches immer wieder große Anforderungen an den Einzelnen stellt. Wie schwer es ist, der Versuchung zu widerstehen, den anderen erziehen und verändern zu wollen. Und gleichzeitig bereit zu sein, sich auf den schmerzhaften Prozess einzulassen, sich selbst verändern zu müssen. Diesem kann nicht jeder auf die Dauer Stand halten.

Wir wünschen uns für die weitere Entwicklung des Berliner Büchertisches, dass wir mehr freiwillige Mitarbeiter in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen können. Der Grad der Selbstausbeutung zur Erhaltung des Projektes muss schrittweise reduziert werden.●

Im Buchladen Riemannstraße 10

»Berliner Büchertisch« abgebrannt

In der Nacht vom vergangenen Freitag zum Samstag hat ein verheerendes Feuer einen Großteil des Buchbestandes, des Lagers, Ladens sowie der Büroräume des »Berliner Büchertischs« vernichtet. Das soziale Selbsthilfeprojekt im Herzen Kreuzbergs steht nun vor den Trümmern seiner Existenz.

Der »Berliner Büchertisch« sammelt, lagert und sortiert Bücher, die aus Schenkungen stammen. Ein Teil der Bücher wird kostenlos an soziale Einrichtungen weitergereicht; Kinder und Jugendliche erhalten beim Besuch des Ladens am Mehringdamm immer ein Buch ihrer Wahl geschenkt. Ein anderer Teil des Bestandes wird verkauft. Der Erlös dient der Deckung der Betriebskosten.

Das Projekt lebt von der Hilfe freiwilliger Mitarbeiter. Diese wollen sich nach dem anfänglichen Schock durch den Brand nicht entmutigen lassen. Dafür brauchen sie Hilfe. Benötigt werden: Regale, Tische, Bürostühle, Computer, Monitore, Tastaturen, Aktenschränke, Büromaterial aller Art, Telefone sowie Lampen.●

Pressemitteilung, 27.09.06

Berliner Büchertisch, Mehringdamm 51, 2. Hof,
D-10961 Berlin
Projektleitung: Ana Lichtwer
Tel.: (0 30) 61 20 99 96
www.berliner-buechertisch.de

GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67,
Kontonummer: 4012 583 600

Sozialistische Selbsthilfe Köln – SSK Ehrenfeld

Solidarische Existenzsicherung

Selbsthilfe zwischen Markt und Staat

Der SSK ist in Köln schon fast ein »Traditionsverein«. Mehr als dreißig Jahre Leben und Arbeiten im Kollektiv, und der Versuch, dem herrschenden Normalzustand etwas entgegenzusetzen. Angefangen hat das Ganze als Sozialarbeitsprojekt der Studentenbewegung für obdachlose Jugendliche. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit der Stadt entschlossen sich die damaligen SSKlerInnen 1975 zur Selbsthilfe.

Alix Arnold, Köln ● Mit dem ersten LKW wurde die eigene Firma aufgemacht. Ein Schritt raus aus dem Sozialstaat und der entsprechenden Entmündigung: der Verzicht auf staatliche Unterstützung sollte den Freiraum schaffen für unabhängige politische Aktion und für das Experiment, intern den Unterschied zwischen Betreuern und Betreuten aufzuheben. Umzüge, Entrümpelungen und der Verkauf von Gebrauchtem sichern seitdem den Lebensunterhalt der Gruppen.

Von den fünf Gruppen im Raum Köln sind zwei übrig geblieben – SSK Salierring und Ehrenfeld – sowie die abgespaltene Gruppe SSM in Köln-Mülheim. Das ökonomische Selbsthilfekonzept gilt nach wie vor. Staatliche Unterstützung wird wegen der damit einhergehenden Einmischung mit höchster Skepsis betrachtet und nur in Notfällen genommen. Die Einnahmen aus der Selbsthilfe-Arbeit gehen in eine gemeinsame Kasse, aus der die allgemeinen Kosten bestritten werden (Wohnen, Heizung, LKW, Telefon/Internet, Kosten für Gesundheit, gemeinsames Mittagessen, usw.). Außerdem bekommt jedes Mitglied eine Auszahlung von 300 Euro pro Monat.

Lange Zeit war es relativ einfach, vom Müll der Gesellschaft zu leben. Viele Menschen boten uns Gebrauchtes kostenlos an, oder gaben uns Aufträge für Umzüge und Entrümpelungen, weil sie die Idee SSK sympathisch fanden. Mit der verschärften Konkurrenz wird das schwieriger. Viele unserer Kunden sind selbst in prekären Situationen gelandet, und auf dem Umzugs-und Entrümpelungsmarkt tummeln sich eine Menge Billiganbieter. Menschen, die dem Hartz IV Stress entfliehen wollen, verkaufen sich als Selbständige billig – also genau die »Selbsthilfe«, die der Staat mit den ganzen Schikanen bezweckt – und Ausbeuter lassen Menschen ohne Papiere für paar Euro Möbel schleppen. Dazu kommt die Billigkonkurrenz von Seiten des Staates: karitative Organisationen erledigen dieselbe Arbeit mit »1-Euro-Jobbern«. Das sind nicht nur die großen, wie Caritas oder SKM, sondern auch Projekte, die als unabhängige Basisinitiativen angefangen haben, dann über ABM-Stellen u.ä. in staatliche Abhängigkeit geraten sind, und heute »1-Euro-Jobber« beschäftigen. Die Dumpingpreise dieser Organisationen möchten wir nicht noch weiter unterbieten. Unter dem Druck von Markt und Staat überlegen wir einerseits, welche zusätzlichen Arbeitsbereiche wir uns erschließen könnten, und versuchen andererseits, gegen »1-Euro-Jobs« und andere Maßnahmen staatlichen Arbeitszwangs vorzugehen.

Foto: SSK-Köln

Im Lauf der Jahre hat es eine Menge Veränderungen gegeben. Verschiedene Gruppen von Menschen haben im SSK gelebt und ihn zu ihrem Projekt gemacht. Nach den obdachlosen Jugendlichen kamen Menschen, die aus der Psychiatrie geflohen waren. Der SSK gründete das »BeschwerdeZentrum Psychiatrie« und machte die menschenunwürdigen Zustände in den Anstalten zum Thema (1).

Als Mitte der 80er Jahre der Rassismus geschürt wurde, beteiligte sich der SSK an Aktionen gegen Abschiebungen und erklärte sich schließlich zu einem Projekt für und mit Flüchtlingen. Mit der Heimkampagne der ersten Jahre, mit Hausbesetzungen und Aktionen gegen die Psychiatrie ist der SSK zu einem politischen Faktor geworden. Aus der Mischung von Menschen von der Straße und von der Uni, die aus unterschiedlichen Gründen nicht die vorgesehenen Rollen spielen konnten oder wollten, entstand eine beeindruckende Kraft. Diese Kraft konnten wir mit den Flüchtlingen nicht mehr entwickeln. Viele von ihnen hatten andere Interessen, die sie mit dem SSK nicht verwirklichen konnten. Als politisches Projekt ist diese Phase gescheitert, und ein neues gemeinsames Projekt gibt es noch nicht. Der SSK bietet aber immer noch verschiedensten Gruppen eine Infrastruktur für Aktionen. Durch die selbstorganisierte Arbeit im Kollektiv haben wir etwas mehr Freiheit, auf politische Ereignisse und Erfordernisse flexibel zu reagieren, als andere AktivistInnen mit Lohnarbeit. Wir versuchen weiter, uns so gut wir können gegen das alltägliche Elend einzumischen. Einzelne beteiligen sich an der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«, andere haben den langen Streik bei Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen unterstützt (siehe www.gg-streik.net) oder die Besetzung des Barmer Blocks (siehe Artikel in den letzten beiden Ausgaben oder auf www.wildcat-www.de). Wir sind zur Zeit eine kleine gemischte Gruppe – nicht ganz deutsch und nicht ganz normal – und haben noch Platz für weitere MitstreiterInnen.●

SSK Ehrenfeld, Liebigstr. 25, D-50823 Köln
Tel. (02 21) 55 61 89
ssk-ehrenfeld@gmx.de

1) Siehe »Kleine Geschichte des SSK« und »10 Jahre gegen die Psychiatrie« auf www.ssk-bleibt.de (Abteilung: Geschichte)

INTERVIEW MIT HANS OTTO STRÜBEL-ECKERT, WULFSHAGENER HÜTTEN

Von »Ausgegrenzten« lernen

Contraste: *Wieviele Menschen leben bei euch im Gemeinschaftsprojekt Wulfshagener Hütten?*
Hans Otto: Zur Zeit sind wir 55, davon 20 Kinder und Jugendliche. Zur Gruppe der von der Mainstream-Gesellschaft Ausgegrenzten kann man vier von uns zählen: sie haben eine (Ex-)Suchtproblematik, eine geistige Behinderung, Heim- und/ oder Psychiatrieerfahrung, Gefängniserlebnisse, Langzeitarbeitslosigkeit, (Ex-)Depression.

Wie leben sie bei euch, was können sie tun?

Sie leben hier ganz normal mit uns in der Gemeinschaft. Vor allem in unserer Produktion von Bewegungsgeräten aus Holz für Kindergärten können sie sinnvoll tätig sein, aber auch in der Küche und bei der Hausarbeit.

Welche Unterschiede zum Leben vor ihrem Eintritt in die Basisgemeinde Wulfshagener Hütten stellen sie fest?

Vor allem, dass sie hier als gleichwertig angesehen werden. Hier gibt es kein »Betreuten-Betreuer-Verhältnis«. Unser Ansatz ist die Geschwisterlichkeit. Viele haben zuvor Isolation erlebt. Das ist bei uns anders. Sie stellen fest: Ach, hier gibt es ja sogar Interesse an mir! Und sie haben regelrecht Freude an sinnvoller Arbeit.

Was ist für dich besonders am Umgang mit diesen Gemeinschaftsmitgliedern?

Sie sind oft feinfühliger als wir anderen. Wenn es zum Beispiel jemandem unter uns schlecht geht, jemand traurig ist, dann kommt es vor, dass der leicht geistig Behinderte ihn plötzlich streichelt. Das ist sehr rührend - da wird einem mitten bei der Arbeit ganz warm ums Herz. Bei der Arbeit ist es ja oft so, dass Druck und Eile herrschen, auch bei uns. Aber wenn einer merkt - he, da braucht jemand Zuwendung, ändert sich der Fokus zum sozialen Miteinander. Dann werden ökonomische Zwänge nachrangig. Das sind positive Auswirkungen der sogenannten Schwäche.

Was bemerken denn die Betroffenen selbst als Unterschied zu ihrem Leben zuvor?

Sie sagen uns: bei euch ist es anders, die Arbeitsatmosphäre ist anders, der Ton. Es gibt nicht solche Befehle: mach jetzt dies oder mach jetzt das! Es gibt keine Rangordnung, das ist angenehm.

Kannst du dich an ein persönliches Erlebnis erinnern, das dich besonders berührt hat?

Ja. Es ist ja so, dass Menschen mit schwieriger Geschichte sich oft mit einer unsichtbaren Mauer umgeben, um sich vor Verletzungen zu schützen. Und manchmal schmilzt bei uns diese Mauer. Da erscheint dann der weiche Kern, wenn jemand z.B. in Tränen ausbricht, der sonst eher ablehnend und schroff war.

Und wie ist es bei Dir? Kannst Du weinen?

(Lacht) Sagen wir mal so: ich arbeite daran.

Ist es manchmal auch schwierig?

Ja sicher. Wir kommen auch an unsere Grenzen. Es gibt ein Ausgebranntsein manchmal. Da kommt dann jemand Bedürftiges und ich merke: ich kann jetzt nichts geben. Da gehört es dann zum persönlichen Wachstum, zu lernen, auch Grenzen zu setzen. Aber wir müssen auch nicht allein »die Welt erlösen«. Es gibt ein Netzwerk von anderen Gemeinschaften um uns herum. Manchmal beanspruchen wir auch einfach fachliche - z.B. ärztliche oder therapeutische Hilfe. Wir kooperieren, wenn es nötig ist, mit Suchtberatungsstellen. Da war jemand in unserer Wohngruppe, der war akut drogenabhängig und hatte Hepatitis. Plötzlich war er mitten im Winter bei dickem Schneefall verschwunden. Wir machten uns schreckliche Sorgen. Da haben wir dann gesagt: Guck mal, so geht es nicht. Da sind wir überfordert. Das war ein großer Schmerz.

Cartonero-Kooperative »Nuevo Rumbo«, Lomas de Zamora, Argentinien

Foto: Elisabeth Voß

Fortsetzung nächste Seite

Illegalisierte in Deutschland

Solidarische Existenzsicherung

Zur solidarischen Existenzsicherung von Papierlosen

Was für Folgen hätte wohl die Darstellung eines Papierlosen-Projekts in CONTRASTE? Jedenfalls müssten alle Beteiligten ohne Aufenthaltsstatus mit Bestrafung rechnen – mit Gefängnis und anschließender Ausweisung oder mit Abschiebehaft und Abschiebung. Und UnterstützerInnen stünden vor einer Strafandrohung wegen Beihilfe.

Petra Datta, Göttingen ● Ein bekannt werden ihres irregulären Aufenthalts müssen Papierlose ständig befürchten – z.B. wenn sie Leistungen des Wohlfahrtsstaats wie des Bildungssystems in Anspruch nehmen oder Rechte einklagen möchten. Dass einige staatliche Vorgaben juristisch umstritten sind und es entsprechende Spielräume gibt z.B. bei der Beschulung, dass ILO-Arbeitsrechte auch über Dritte einklagbar sind, wissen viele Illegalisierte nicht.

Auf diesem Hintergrund hat sich die Selbsthilfeorganisation ZAPO, bis vor einigen Jahren dem Polnischen Sozialrat angegliedert, erfolgreich für das Erklagen erarbeiteter Löhne und z.B. für Versorgung nach Arbeitsunfällen eingesetzt. Dabei verfolgte ZAPO konsequent das Ziel, die Betroffenen im Wissen um ihre Rechte und in ihrer Konfliktfähigkeit zu bestärken.

Welche spezifischen Handlungsvariablen Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität zur Verfügung stehen, ist natürlich nicht zuletzt abhängig von ihren individuellen Sozialisationserfahrungen, doch prägend wirken zudem die speziellen Ursachen und Umstände der Migration und Illegalisierung, die Lebensverhältnisse im Heimatland und die verbliebenen Bezüge dorthin sowie zudem die Lebensbedingungen der hiesigen (ethnischen) Bezugsgruppe. Entsprechend wären Fragen zu beantworten nach den erwartbaren Auswirkungen einer eventuellen Ausweisung – und nach den realistischen Möglichkeiten, gegebenenfalls erneut zu migrieren. Auf diesem Hintergrund ließe sich dann entscheiden, welche Kriterien bei der Arbeitsplatzwahl und Lebensgestaltung berücksichtigt und welche Risiken in Kauf genommen werden können – sofern eine Wahlmöglichkeit überhaupt besteht.

Viele Illegalisierte orientieren sich an und in ihrer ethnischen Bezugsgruppe, erhalten dort Unterstützung. Doch als Reaktion auf die allgemeine Wirtschaftslage in der Globalisierung, ist auch die Konkurrenz unter den ethnischen Klein- und Familienbetrieben angewachsen, mit entsprechenden Folgen auf Arbeitsverhältnisse und Bereitschaft zur Denunziation.

Nischen in der ETHNISCHEN ÖKONOMIE können eine Chance bedeuten, eigene Fähigkeiten für selbständige Arbeit zu nutzen – z.B. im Bereich von Handel, Handwerk, Haushalt, Musik und Sprache – allein oder zusammen im Team mit Gleichqualifizierten.

Selbstverwaltete, basisdemokratisch arbeitende und sozial ausgerichtete Betriebe scheinen in der hiesigen ethnischen Ökonomie nicht zu existieren. Aus dem Zentrum für Türkeistudien wird jedoch darauf hingewiesen, dass es durchaus Solidarität in der ethnischen Ökonomie gäbe, ohne diese könnten Familien- und Kleinbetriebe gar nicht überleben. Häufig würden sich deshalb mehrere kleine Betriebe locker zusammentun und sich gegenseitig unterstützen, auch bei der Beschaffung nötiger Finanzierungsmittel.

Transnationaler Aktionstag gegen Migrationskontrolle am 7.10.2006 (Buchmesse Frankfurt/Main)

Manche Papierlose leben untereinander praktische Solidarität. In einer Studie zu Illegalität in München kommt ein Illegalisierter zu Wort, der herzlich über selbst erfahrene Unterstützung berichtet. Die »mittlerweile 60, 70 Leute« hatten seine regelmäßigen Geldüberweisungen an die Familie übernommen, als er wegen falscher Papiere im Gefängnis war; sie bezahlten seinen Anwalt und schickten ihm regelmäßig eine Tageszeitung. Jetzt wird gemeinsam für drei junge Landsleute ein Studium finanziert. Und »wenn jemand Geld braucht, um ein Geschäft aufzubauen oder eine Wohnung zu kaufen, oder wenn jemand in Schwierigkeiten gerät, dann helfen wir einander. Zur Bank gehen und Geld mit Zinsen leihen, wollen wir als Moslems sowieso nicht.«

Zur Existenzsicherung von Nahestehenden in der Heimat tragen ihrerseits viele Illegalisierte bei. So erbittet beispielsweise eine afrikanische Dorfgemeinschaft in Abständen Beiträge zur Renovierung eines Schulgebäudes, zum Bau einer Wasseranlage.

Doch solidarische Hilfe im Umfeld von Papierlosigkeit erfolgt häufig individuell – Selbstorganisationen von Illegalisierten sind hierzulande geringer an der Zahl als bei manchen unserer EU-Nachbarn; die Menschen mit illegalem Status bei uns verbleiben eher in der Heimlichkeit. Ein Sprecher einer afrikanischen Selbstorganisation für Flüchtlinge meinte: »In Deutschland ist es anders als in Frankreich. Die Menschen sind hier noch weniger solidarisch. Es gibt zu viel Angst.«

Dagegen steht RESPECT. Das beinhaltet Rights, Equality, Solidarity, Power, Europe, Cooperation, Today. Zum europäischen Netzwerk der Selbstorganisation und Unterstützung der Hausarbeiterinnen konnte 2000 ein deutscher Ableger eingerichtet werden. Einzelpersonen, Projekte und (Selbst-)Organisationen haben sich dazu die Aufgabe gestellt, die Arbeitsbedingungen von Migrantinnen in privaten Haushalten und in der Reinigungsindustrie zu verbessern, zumindest die Einhaltung von Arbeitsrechten unabhängig vom Aufenthaltsstatus einzufordern. Auch Frauen aus dem Sexgewerbe und vom Frauenhandel Betroffene finden bei RESPECT eine Lobby sowie gegebenenfalls praktische Hilfe.

In anderen, meist von Einheimischen getragenen Projekten engagieren sich Menschen, um die besonderen Notlagen von Illegalisierten aufzulösen oder zu lindern: Die Einrichtung ASYL IN DER KIRCHE gehört z.B. dazu und die in mehreren Städten eingerichteten BÜROS FÜR MEDIZINISCHE FLÜCHTLINGSHILFE – Anlaufstellen für kranke, verunglückte und gesundheitlich gefährdete, auch schwangere Flüchtlinge und Papierlose.

Im Netzwerk KEIN MENSCH IST ILLEGAL (kmii) haben sich, neben anderen antirassistischen Gruppen, Initiativen und Bewegungen zusammengetan, die Papierlose unterstützen und für ein Bleiberecht eintreten. Bei Bedarf und vorhandenen Möglichkeiten bietet kmii konkrete Hilfe, parallel dazu werden antirassistische Aktionen initiiert – zum Beispiel gegen Abschiebelager und Abschiebung, mit der politischen Forderung nach offenen Grenzen und Menschenrechten für alle.

Ein breiteres Spektrum der Bevölkerung hat sich vor den Bundestagswahlen 2005 für ein gemeinsames Manifest zusammengefunden, mit der Forderung nach einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion, um für die Situation der Illegalisierten wie für die Frage illegaler Zuwanderung humane Lösungen zu finden. Vielleicht ließen sich in eine derartige Diskussion Gedanken aus Projekten der SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE einbringen – mitentwickelt von illegalisierten Menschen, die sich in solidarischen Zusammenhängen bewegen?●

Weitere Infos:

Anderson, Philip: Menschen in der Illegalität in München. München 2003.
Datta, Petra: Papierlos in Deutschland (Fernkurs ibbw), Göttingen 2003
ifm, Die Bedeutung der ethnischen Ökonomie in Deutschland, über Claudia.Rohmann@bk.bund.de
www.initiative-gegen-abschiebehaft.de/netzfuehrer.html
www.kmii-koeln.de
www.wz-berlin.de/zkd/aki/files/aki_illegalitaetsbericht.pdf

Selbstbestimmte Kinderarbeit

Eine Kinder-Kooperative in Peru

Etwa 80 Jungen und Mädchen im Alter von 11 bis 13 Jahren haben sich zusammengetan, um in eigener Regie Erinnerungs- und Glückwunschkarten herzustellen. Die Karten werden von den Kindern selbst gemalt und gedruckt. Sie teilen sich die Arbeit so ein, dass sie genügend Zeit zum Spielen und für die Schule haben. Der Verkauf erfolgt großenteils auf der Straße, bei Festen in ihrem Viertel und auf anderen Veranstaltungen.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Ein anderes Beispiel: Ein leicht geistig Behinderter, der neigte zu schwarz-weiß-Ansichten und auch dazu, stets einen Sündenbock zu suchen. Er hatte sich jemanden aus der Wohngruppe ausgeguckt, auf den er immer wieder verbal losging. Und man wusste dann nicht: wird er womöglich gleich zuschlagen? Da mussten wir deutlich Grenzen ziehen, uns aber auch in Vergebung üben.

Andererseits: wir bekommen ja von den vermeintlich Schwächeren auch viel geschenkt.●

www.basisgemeinde.de

Hans Otto Strübel, 41, ist gelernter Landwirt und Erzieher. Er lebt seit 12 Jahren mit seiner Frau und zwei Kindern in der christlichen Basisgemeinde Wulfsbagener Hütten in Gettorf bei Kiel. Die Interviewfragen stellte Ariane Dettloff, Redaktion Köln.

Manfred Liebel, Berlin ● Dank internationaler Kontakte wird ein Teil der Karten bis nach Europa exportiert. Mit den Einkünften unterstützen die Kinder ihre Familien, nutzen sie aber auch, um gemeinsame Ausflüge zu organisieren und einen Fonds für Notfälle und besondere Ereignisse zu unterhalten. Ein Teil der Einkünfte wird für Investitionen in Produktion und Vertrieb verwendet. Die Kinder identifizieren sich so stark mit ihrer Kooperative, dass sie sich einen spezifischen Namen zugelegt haben: sie nennen sich *Tarjeta-NATs* (arbeitende Kinder = *NATs*, die Karten = *tarjetas* herstellen).

Die Kinder hatten zuvor auf der Straße und auf Märkten alles Mögliche verkauft, Müll gesammelt oder anderen Dienste angeboten, oft bis spät in die Nacht. Sie mussten dies tun, weil ihre Familien in großer Armut leben und auf den Verdienst angewiesen sind. Sie waren stolz auf ihren Beitrag, fühlten sich aber auch ausgenutzt. Vor allem waren sie unzufrieden über die langen Arbeitszeiten und die geringschätzige Behandlung durch Arbeitgeber und Passanten.

Die Kooperative wäre nicht zustande gekommen, wenn die Kinder nicht schon zuvor organisiert gewesen wären. Sie sind Mitglieder der peruanischen Bewegung arbeitender Kinder (MNNATSOP), die in fast allen Regionen des Landes präsent und mit ähnlichen Bewegungen in anderen Ländern Lateinamerikas vernetzt ist. Die Bewegung setzt sich ein für die »kritische Würdigung« der Arbeit von Kindern und ihr Recht, »in Würde« arbeiten zu können. Sie wendet sich gegen alle Formen von Ausbeutung, verlangt aber auch, die Arbeit der Kinder als Leistung anzuerkennen. Wo immer möglich, unterstützt sie die Kinder bei der Gründung von Kooperativen, in denen die Kinder selbst ihre Arbeitsbedingungen festlegen und entscheiden können, wie sie wirtschaften wollen. Im Fall der Tarjeta-NATs hat sie den Kindern Räume besorgt und einen Kredit für die Einrichtung der Werkstätten vermittelt. Außerdem können die Mitglieder der Kooperative, die auf verschiedene Orte in Peru verteilt ist, die Internetanschlüsse der Bewegung nutzen, um miteinander zu kommunizieren und ihre Arbeit zu koordinieren.

Mittlerweile unterhält die peruanische Kinderbewegung ein eigenes Finanzierungssystem (PROMINATs = *Programa de microfinanzas de los NATs*), mit dem sie die Gründung von selbstverwalteten Kinder- und Jugendkooperativen in ganz Peru ermöglicht. Sie versteht dieses Programm nicht nur als Notbehelf, sondern als Teil des Kampfes um eine Gesellschaft und Ökonomie, die nicht auf Profit ausgerichtet ist, sondern sich an ethischen Maximen gegenseitiger Solidarität orientiert. Außerdem will sie auf diese Weise dazu beitragen, dass die Kinder ihr Recht auf Bildung und Gesundheit ausüben können.

Mit Blick auf den Export von Produkten aus den Kinder-Kooperativen entsteht gegenwärtig in Zusammenarbeit mit italienischen und deutschen Solidaritätsgruppen (ItaliaNats, ProNats) ein Zertifizierungs-Projekt, an dem außer den lateinamerikanischen auch die Bewegungen arbeitender Kinder in Afrika und Asien beteiligt sind. Die Produkte erhalten ein Label, das ihre Herstellung und ihren Handel unter fairen Bedingungen bezeugt. Damit sollen die Organisationen des Fairen Handels in Europa und Nordamerika gewonnen werden, sich für die Produkte aus den Kinder-Kooperativen zu öffnen und ihnen so bessere Vertriebsmöglichkeiten zu verschaffen.

Auch eine gut organisierte Kinderbewegung kann solche Projekte nicht allein auf die Beine stellen und unterhalten. In Peru entstand im Laufe der Jahre ein Netz von erwachsenen Berater/innen, das seinerseits von internationalen Kinderrechtsorganisationen wie *terre des hommes* und *Save the Children* unterstützt wird. Allerdings werden die Kooperativen – von Anschubfinanzierungen oder Kleinkrediten abgesehen – nicht mit Zuschüssen über Wasser gehalten, sondern sind darauf angelegt, sich selbst zu tragen. Dies gelingt nicht immer, da die Kaufkraft und Nachfrage im unmittelbaren Umfeld der Kooperativen begrenzt ist und sich mit dem Älterwerden der Kinder die Frage stellt, ob sie zusammen bleiben oder sich nach anderen Einkommensmöglichkeiten umsehen wollen. Außerdem müssen sich die Kinderbewegung und ihre Unterstützer/innen ständig mit dem Vorwurf auseinander setzen, »illegale Kinderarbeit« zu begünstigen.

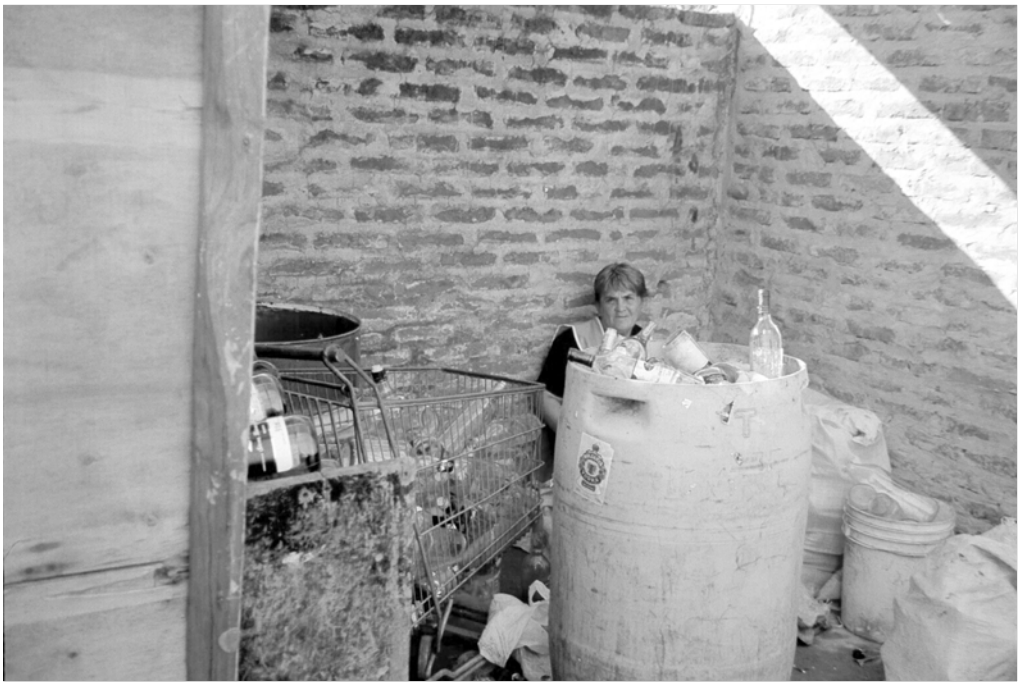
Die meisten bisher gegründeten Kooperativen – wie die der *Tarjeta-NATs* – sind relativ stabil und werfen so viel Ertrag ab, dass die ökonomische Situation der Familien tatsächlich entlastet wird. Aber die Bedeutung der Kooperativen geht über den materiellen Ertrag hinaus. Sie ermöglichen den Kindern Erfahrungen, die sie in ihrer früheren Arbeit nicht hätten machen können. Sie gewinnen mehr Selbstvertrauen und lernen die Vorteile der selbstorganisierten und kooperativen Arbeit schätzen. Viele der Kinder übernehmen auch Verantwortung für andere Aufgaben in der Kinderbewegung, engagieren sich in Initiativen, die auf mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft abzielen und sind teilweise auch in der globalisierungskritischen Bewegung aktiv.●

Argentinien / Brasilien

Solidarische Existenzsicherung

Leben von dem, was andere wegwerfen

Auch hierzulande sind immer häufiger Menschen zu beobachten, die Müll aufsammeln oder in Mülleimern nach Verwertbarem suchen. Meist suchen sie Pfandflaschen, aber ich habe auch schon gesehen, wie jemand ein Stück Brot vom Boden aufhob, oder Reste von stehen gelassenen Tellern aß. Wir fangen erst langsam an, uns an den Anblick von Armut und Hunger zu gewöhnen. In anderen Ländern ist das längst Alltag.



Fotos diese Seite: Cartonero-Kooperative »Nuevo Rumbo«, Lomas de Zamora, Argentinien — Foto: Elisabeth Voß

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Zum Beispiel in Brasilien. Unzählige Menschen leben in Favelas – das sind Armutsviertel, meist am Stadtrand an Hügeln gelegen – teilweise in einfachen Bretterverschlägen, manche aber über die Jahre auch in mehrstöckigen Häusern, für die einiges an Miete aufzubringen ist. Viele dieser Armen leben vom Müllsammeln. Sie sammeln alles ein, was andere nicht mehr brauchen, und leben vom Verkauf dieser Rohstoffe. Die Müllentsorgung ist in Brasilien (noch) Aufgabe des Staates. Würden die Catadores (MüllsammlerInnen) die Städte nicht sauber halten, müssten öffentliche Aufträge dafür vergeben werden. Darüber hinaus erfüllen sie mit der Mülltrennung eine wichtige ökologische Funktion.

In Diadema, einem Vorort von Sao Paulo, haben sich im Jahre 1999 Catadores – überwiegend ehemalige MetallarbeiterInnen – zur Genossenschaft *Cooperlimpa* zusammen geschlossen. Bei der Gründung und Entwicklung der Genossenschaft wurden sie unterstützt von der *CUT* (Central Unica dos Trabalhadores, gewerkschaftlicher Dachverband) und von der Stiftung und Universität Santo Andre. An deren Incubadora (Entwicklungswerkstatt zur Gründung von Genossenschaften) besuchten die GründerInnen einen Kurs und wurden bei der Gründung beraten und begleitet.

Die Stadt Diadema stellt den 22 GenossInnen einen Platz mit Gebäuden und Ausstattung zur Mülltrennung – Fließbänder, Zerkleinerungsmaschinen für Plastik etc. – zur Verfügung, sowie einen LKW mit Fahrer. Trotz dieser günstigen Bedingungen finden sich eher solche Menschen in der Genossenschaft, die in ihrer Arbeitsfähigkeit eingeschränkt sind. Freie MüllsammlerInnen können auf eigene Rechnung mehr verdienen. Aber immerhin liegt der monatliche Verdienst der GenossInnen etwa 20% über dem Mindestlohn.

Foto: Elisabeth Voß

Mit der Gründung der argentinischen Genossenschaft *Nuevo Rumbo* im Jahre 2001 in Lomas de Zamora in der Provinz Buenos Aires schützten sich die Cartoneros (MüllsammlerInnen) davor, von den Müllannahmestellen systematisch betrogen zu werden, indem ihnen mit Hilfe falsch eingestellter Waagen nur ein Teil der abgelieferten Rohstoffe bezahlt wurde. Die 20 GründungsgenossInnen warfen einen großen Teil ihrer Arbeitslosenunterstützung (die es jedoch nur für drei Monate gibt) zusammen, mieteten ein Gelände an und errichteten darauf einen Schuppen. Durch die Unterstützung der italienischen NGO *Cospe* (Solidarische Zusammenarbeit für Entwicklungsländer) und einen Mikrokredit von *Foncap* (Fondo de Capital Social, ein halbstaatlicher argentinischer Sozialfonds) konnte ein LKW angeschafft werden, sowie Computer und Arbeitskleidung. Lehrgänge wurden durchgeführt z. B. zu Hygiene und Verhalten bei der Arbeit.

Drei Jahre nach der Gründung arbeiten etwa 2.500 Familien für *Nuevo Rumbo*, 170 Personen sind Mitglied der Genossenschaft. Manche von ihnen bekommen ein festes Gehalt, andere sammeln auf eigenes Risiko. Es werden 39 verschiedene Materialien gesammelt und sortiert. Direkt neben dem neuen Gelände der Genossenschaft leben viele der Mitglieder in einer Villa (das ist die argentinische Bezeichnung für Favela).

Pepe Cordoba, einer der Gründer von *Nuevo Rumbo*, besaß mit seinen drei Brüdern eine Textilfabrik mit 13 ArbeiterInnen. Schon während der ersten Wirtschaftskrise musste sie schließen. Um seine Familie zu ernähren, begann Pepe mit dem Sammeln von Müll. *Nuevo Rumbo* war sein dritter Versuch, gemeinsam mit anderen Cartoneros ein Unternehmen zu gründen. Im ganzen Land gibt es etliche Genossenschaften von Cartoneros.

In der Provinz Buenos Aires leben etwa 100.000 Familien vom Müllsammeln. Tag für Tag fahren sie abends in die Innenstadt. Schon die Kinder arbeiten mit. Die private Bahngesellschaft TBA stellt Züge ohne Sitze zur Verfügung, in denen die Cartoneros aus den Vororten mit ihren Karren in die Stadt und spät nachts wieder zurück fahren können. Der erste dieser Züge war weiß, daher der Name »tren blanco«.

Als ich kürzlich auf einem Seminar von meinen Erfahrungen beim Besuch lateinamerikanischer Genossenschaften berichtete, wurden Zweifel geäußert, ob es sich hier wirklich um alternative Ökonomie handelt. Was die Menschen dort täten, sei doch nur aus der Not geboren, nicht zukunftsweisend oder erstrebenswert. Schön dass wir noch die Wahl haben, noch entscheiden können, wie wir unsere Arbeit gestalten möchten. Viele Catadores und Cartoneros hatten auch einmal ein anderes Leben, hatten Berufe die sie und ihre Familien ernährten. Mit ihrer Arbeit kämpfen sie nicht nur ums Überleben, sondern auch um ihre Würde: »Die Kooperative macht nicht reich, aber sie bringt uns wirklichen Wohlstand: eine würdige Arbeit und den Respekt, den man uns entgegenbringt.« (Pepe Cordoba).●

Weitere Infos:

Lanz, Stephan (Hg.), metroZones 5: City of COOP – Ersatzökonomien und städtische Bewegungen in Rio de Janeiro und Buenos Aires, b_books, Berlin 2004

El tren blanco. Regie: Nahuel García, Sheila Pérez Giménez und Ramiro García, Argentinien/Spanien 2003, 80 Minuten.

Memoria del Saqueo – Chronik einer Plünderung. Regie: Fernando E. Solanas, Argentinien 2004, 118 Minuten.

KÖLNER ERKLÄRUNG 2005

EINE ANDERE WELT IST NOTWENDIG EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH EINE ANDERE WELT HAT SCHON BEGONNEN

Wir befinden uns mitten in einer großen Transformation, nicht nur ökonomisch, sondern auch psychologisch, kulturell, politisch und in unseren gegenseitigen Beziehungen, sowohl in Bezug auf unsere Beziehungen zur Erde, zu anderen Spezies, anderen Völkern, aber auch in bezug auf unseren Begriff von uns selbst, auf unsere Rechte und Verantwortlichkeiten als menschliche Wesen.

Während wir uns dem Jahr 2006 nähern, sind sich Millionen von uns mehr als je bewusst, dass die gegenwärtigen und zukünftigen Katastrophen das Werk des Menschen und nicht der Natur sind. Sie sind die Folge unseres grenzenlosen Strebens nach Kapitalakkumulation.

Die Hauptopfer dieses Wachstumswahns waren bisher die Völker des Globalen Südens. Aber jetzt zeigen sich die Folgen dieses Wahns bei uns selbst. In unseren eigenen Ländern, den USA und Europa, werden zig Millionen von Menschen seit Jahren marginalisiert, leben am Rand der Gesellschaft, ohne soziales Sicherheitsnetz, arbeitslos, machtlos, würdelos, ohne soziale Absicherung und ohne eine Perspektive einer anderen, positiven Zukunft.

Diese Menschen, die man bisher dem sogenannten Informellen Sektor zurechnete, bekommen nun Gesellschaft von den bisherigen Lohnarbeitern, die ihren Job verlieren. Sie hatten geglaubt, dass Jahrhunderte der Opfer und des Kampfes ihnen und ihren Kindern eine sichere und stabile Zukunft garantieren würden. Mit dieser Hoffnung ist es jetzt vorbei.

In diesem Augenblick und bei diesen Umständen wäre es einfach zu verzweifeln. Aber diese universelle Krise ist nicht nur eine Gefahr sondern auch eine Chance, uns selbst und unsere Gesellschaften voranzubringen, zu einer neuen Perspektive zu kommen, basierend auf einer neuen Vision mit neuen Prinzipien und Werten, z.B.:

- Achtung vor den Grenzen dieser Erde;
- Verantwortung für eine Gemeinschaft und nicht nur für sich selbst;
- Sorge um die Nachwelt, »bis in die siebte Generation«;
- Partnerschaft zwischen Frauen und Männern statt patriarchaler Beziehungen;
- Ein neues Konzept von Arbeit;
- Widerstand gegen die Kommerzialisierung allen Lebens und aller menschlichen Beziehungen;
- Lokales, sich selbst versorgendes und erhaltendes (self reliant) Wirtschaften statt einer totalitären, globalen Ökonomie;
- Diversität statt Monokultur;
- Wiederherstellen der Lebensfreude innerhalb der Gemeinschaft mit allen Lebewesen;
- Praktizieren globaler Bürgerrechte, um das Beste in allen historischen Traditionen zu bewahren;
- Soziale Gerechtigkeit und Kooperation statt Ausbeutung und Wettbewerb;

Was sollen wir aber jetzt tun? Wie kommen wir von hier nach dort?

- Wir können anfangen, unsere Beziehungen zu einander und zur Erde zu verbessern.
- Wir können kommunale Gärten anlegen, zur Schaffung von Nahrung und Gesundheit und um neue Gemeinschaften zu fördern. Sie können eine Basis des Widerstandes, des Lernens und der Freude für Alt und Jung werden.
- Wir können neue Subsistenzfähigkeiten entwickeln, um unsere gegenwärtigen Probleme besser lösen zu können und für zukünftige besser gerüstet zu sein.
- Wir können unsere Schulen transformieren. Weg von Einrichtungen, die nur auf Jobs und Karriere ausgerichtet sind und hin zu Orten, wo Kinder und junge Menschen die Werte der Teamarbeit, des Dienstes für die Gemeinschaft, der Selbstständigkeit und die Freude der Kreativität lernen.
- Wir können im Rahmen unserer lokalen, nationalen und internationalen Gemeinschaften über neue Visionen diskutieren, über neue Perspektiven und über die tiefe Bedeutung der notwendigen historischen Wende in der Zeit, in der wir heute leben.
- Wir können überall von Menschen, Gruppen, Bewegungen berichten, die schon angefangen haben, eine bessere Welt zu schaffen.

Grace Lee Boggs, Detroit, Michigan, www.boggscentre.org; Sharon Howell, Detroit, Michigan; Maria Mies, Köln; Werner Ruhoff, Köln; Hilmar Kunath, Hamburg; Elisabeth Voß, Berlin; Irina Vellay, Dortmund.

Diese Erklärung wurde von einigen TeilnehmerInnen des Internationalen Workshops: »Prozesse der Selbstorganisierung und gemeinsame Selbstversorgung« Köln (20 -22.Oktober 2005) verfasst.

SUBJEKTE DER GESCHICHTE SIND SELBST GESCHICHTLICHE SUBJEKTE

Soziale Bewegung und Erinnerung

Wer zum Thema »Soziale Bewegungen und Erinnerung« und also über die Geschichte schreibt, sollte die Position benennen, die er mit seiner Rede bezieht. Denn Geschichte ist die Geschichte sozialer Kämpfe unter den Bedingungen von Klassengesellschaften, von patriarchaler und rassistischer Herrschaft. Deshalb fordert die Geschichte denen, die von ihr sprechen wollen, stets ab, Partei zu ergreifen, ideologische Position zu beziehen.

Von Thomas Seibert ● Diese Forderung ist keine abstrakte Forderung, kein moralisches Postulat, dem man sich verweigern könnte: Man hat ihr vielmehr schon in dem Augenblick entsprochen, in dem man – so oder so – das Wort ergreift. Erinnerung und Geschichte werden damit notwendig selbst zum ideologischen Gegenstand und zum Gegenstand ideologischer Kämpfe. Das schließt nicht aus, sondern ist sogar die Voraussetzung dafür, dass es Erinnerungen, in denen Geschichte wirklich gegenwärtig wird, gibt. Nach dem gegebenen Stand der sozialen und ideologischen Kämpfe ist die Erkenntnis der Geschichte zugleich die Erinnerung des Kontinuums der Niederlagen, die bis zum heutigen Tag auf jeden Sieg sozialer Bewegungen folgten.

Den Begriff des Kampfes verwende ich nicht aus einer Vorliebe für gewaltsame Auseinandersetzungen oder in Reduktion des historischen Geschehens auf ein simples Freund-Feind-Schema. Ich verwende ihn, weil es in jedem historischen Handeln um Sieg oder Niederlage geht – selbst dort, wo Kompromisse geschlossen werden, und auch dort, wo es um die historische Erkenntnis, um Erinnerungen geht.

Die Position der Erinnerung

Die Position, von der aus ich schreibe, ist ein historischer Materialismus, den die Erinnerung an die bisherige Geschichte zum Pessimismus hat werden lassen. Die Erinnerung ist jedoch nicht nur der Grund, sie ist zugleich die Grenze dieses Pessimismus: Wer die Geschichte als den Raum und die Zeit sozialer Kämpfe denkt, der denkt sie auf die Möglichkeit hin, dass der Sieg zuletzt doch denen zufällt, die um ihre eigene und um die Befreiung aller kämpfen – eine Möglichkeit, die offen steht, solange die Geschichte noch nicht abgeschlossen ist. Deshalb ist die Rede von einem hier und heute schon erreichten Ende der Geschichte stets eine Rede der Herrschaft und der herrschenden Ideologie gewesen. Es sind die Herrschenden, die allein daran interessiert sind, die Geschichte in ihrer Gegenwart abzuschließen und jene zum Schweigen zu bringen, die ihnen gestern unterliegen mussten.

Im Jahr 1940, als im bis dahin ungebrochenen Siegeszug der faschistischen Armeen die Geschichte schon einmal an ein katastrophisches Ende gekommen zu sein schien, schrieb Walter Benjamin, selbst auf der Flucht, seine 28 Thesen *Über den Begriff der Geschichte*. Dieser Text ist eine der wichtigsten Schriften des historischen Materialismus, ich werde ihn im folgenden immer wieder erinnern. Benjamin versucht dort, einer der Absicherung der Herrschaft dienlichen Geschichtsschreibung eine revolutionäre Geschichtsschreibung entgegenzusetzen. Er schreibt: *»Die jeweils Herrschenden sind aber die Erben aller, die je gesiegt haben. (...) Wer immer bis zu diesem Tage den Sieg davontrug, der marschiert mit in dem Triumphzug, der die heute Herrschenden über die dahinführt, die heute am Boden liegen. Die Beute wird, wie das immer so üblich war, im Triumphzug mitgeführt. Man bezeichnet sie als die Kulturgüter. Sie werden im historischen Materialisten mit einem distanzierten Betrachter zu rechnen haben. Denn was er an Kulturgütern überblickt, das ist ihm samt und sonders von einer Abkunft, die er nicht ohne Grauen bedenken kann. (...) Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein. Und wie es selbst nicht frei ist von Barbarei, so ist es auch der Prozess der Überlieferung nicht, in der es von dem einen an den andern gefallen ist. Der historische Materialist rückt daher nach Maßgabe des Möglichen von ihr ab.«* Von wo aus aber bestimmt sich die »Maßgabe des Möglichen«, die dem historischen Materialisten das Abrücken vom Überlieferungsprozess der herrschenden Ideologie und die Rettung der Erfahrungen wie der Hoffnungen der Unterlegenen erlaubt? Für Benjamin ist diese »Maßgabe des Möglichen« einem »Anspruch« zu entnehmen, der von den verlorengegangenen Kämpfe der Vergangenheit an diejenigen ergeht, die sich heute der Fortdauer der Herrschaft widersetzen.

Die herrschende Ideologie versucht die Unterlegenen von ihrer eigenen Geschichte, ihrer eigenen Tradition zu trennen und jedes Bewusstsein darüber auszulöschen, dass die Subjekte der Geschichte selbst geschichtliche Subjekte sind. Sie tut das, in dem sie uns in der Gegenwart einschließt. Sie konstruiert diese Gegenwart als Vollendung der Vergangenheit und Höhepunkt der Geschichte, und sie konstruiert die Zukunft als Verlängerung der Gegenwart. Damit wird die Geschichte zur homogenen Zeit, die, in flüchtige Gegenwarten zersplittert, unumkehrbar von der Vergangenheit in die Zukunft fließt. Wer historisch existiert, lebt aber nicht nur im gegebenen Augenblick, sondern im offenen Prozess der sozialen und ideologischen Kämpfe. In diesem Prozess sind Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nicht definitiv getrennt und niemals endgültig bestimmt: Was gewesen sein wird, entscheidet sich jetzt und morgen, ist Teil gegenwärtiger wie künftiger Kämpfe, und nicht einfach nur ein vergangenes Ereignis, das im Fluss der Zeit immer weiter in die Vergangenheit versinkt und irgendwann gänzlich verloren geht. Deshalb führen wir nie allein die Kämpfe unserer Gegenwart, sondern immer auch die Kämpfe derjenigen, die uns vorausgegangen sind. Darum ist uns die Möglichkeit gegeben, in unseren Siegen die Niederlagen umzukehren, die andere gestern hinnehmen mussten. Um die Niederlagen der Vergangenheit umkehren zu können, dürfen wir uns aber gerade nicht in unserer Gegenwart einschließen lassen, sondern müssen uns dem Anspruch öffnen, den die Vergangenheit an uns richtet. Benjamin schreibt: *»Vergangenes historisch artikulieren heißt nicht, es erkennen 'wie es denn eigentlich gewesen ist'. Es heißt, sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt. (...) In jeder Epoche muss versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwinden.«*

Protest gegen das im Bau befindliche AKW Stendal (1990) Foto: Umbruch-Bildarchiv Berlin

Der Tigersprung in die Vergangenheit

Stimmt das, dann kommt alles darauf an, den Anspruch, der aus der Vergangenheit an eine Gegenwart ergeht, angemessen zu verstehen. Ein solches Verständnis schließt ein: Sich als den Angesprochenen zu verstehen und zugleich zu verstehen, was im Anspruch gefordert wird. Anspruch und Hören des Anspruchs sind selbst historisch, d.h. es gibt sie immer nur in einer gegebenen historischen Situation. *Unsere historische Situation ist von der Niederlage der sozialen Bewegungen der letzten vierzig Jahre bestimmt, mit der der neoliberale Globalisierungsprozess erst so richtig in Fahrt gekommen ist.* Historisch genauer gesprochen: Die Globalisierungsoffensive des Kapitals beginnt in den 70er Jahren, und sie beginnt als Antwort auf seine globale Infragestellung durch die sozialen Revolten der 60er und 70er Jahre. An der Oberfläche der Ereignisse markiert das Jahr 1989 die für uns heute entscheidende Wendemarke, als das Jahr, in dem der ganze staatssozialistische Block und damit die historische Konstellation der Nachkriegszeit zusammenbrach. Die Niederlage betraf allerdings nicht allein die staatssozialistischen Regime und Parteien. Sie betraf sämtliche soziale Bewegungen und alle Strömungen der Linken, auch und gerade die, die sich nicht allein der kapitalistischen, sondern auch der staatssozialistischen Herrschaft widersetzt hatten. Weil die Niederlage von 1989 in diesem Sinn eine umfassende Niederlage aller sozialen Bewegungen und der gesamten Linken war, hat sie auf der Seite der Sieger zu einem Antikommunismus neuen Typs geführt. Der alte gehörte zum Kalten Krieg, er erkannte die kommunistische Alternative zum Kapitalismus ausdrücklich an und denunzierte sie zugleich als das real existierende Böse zum Guten des »freien Westens« und der liberalen Demokratie.

Der neue Antikommunismus besteht dem gegenüber in der Leugnung einer Alternative überhaupt; auch und gerade deshalb ist »Globalisierung« eines seiner Schlüsselwörter: Es soll nur Eine Welt und Eine Weltordnung sein, neben der es andere gar nicht mehr geben kann, andere nicht einmal denkbar sind. Dies ist die zeitgenössische Form, uns in unserer Gegenwart einzuschließen, unsere Überlieferung dem Konformismus der Herrschaft einzuverleiben und unsere Niederlage dergestalt in der leeren Gegenwart des Von-jetzt-an-Immergleichen zu vollenden. Wer von einer Niederlage spricht, und darüber hinaus von einer Niederlage diesen Ausmaßes, der spricht von der Übermacht des Gegners. Damit würde allerdings übersehen, dass eine Niederlage immer auch auf Ursachen zurückgeht, für die allein die Unterlegenen verantwortlich sind: Das Ende, das von außen hereinbricht, ist von innen vorbereitet worden.

Dazu passt dann auch, dass der Chor der herrschenden Ideologen von Stimmen verstärkt wird, die sich auf die sozialen Bewegungen der 60er, 70er und 80er Jahre berufen und sich als deren historische Führer ausgeben. Diese Stimmen autorisieren die herrschende Ideologie und ihr Dogma von der Einen und Einzigen Weltordnung durch die Deutung, die sie den Bewegungen verleihen, die sie jetzt verleugnen und verleumden. Man habe 1968, so heißt es, die Verkrustungen des nachfaschistischen westdeutschen Staates und die Verdrängung der faschistischen Epoche gesprengt, um die Bundesrepublik in die liberale Demokratie und die westliche »Wertegemeinschaft« zu führen. Man sei dabei, so ist zu hören, zeitweilig über das Ziel hinausgeschossen und habe sich gelegentlich in der Wahl der Mittel getäuscht. Doch sei im Überschwang die Demokratisierung geglückt, weshalb heute jeder Rückgriff auf die Revolte von damals unnötig geworden sei – was insbesondere die zu beherzigen hätten, die sich heute zu ihr aufgerufen fühlten.

Mag das auch viele 68er lebensgeschichtlich überzeugen: die sozialen Bewegungen der gemeinten Epoche gehen darin nicht auf, sie haben mehr und anderes gewollt und haben dieses Mehr und dieses Andere zugleich verfehlt. Zwar ist historisch richtig, dass die DemonstrantInnen der Studentenbewegung in ihrer Mehrzahl tatsächlich von den Motiven bestimmt waren, die ihre heutigen Repräsentanten jetzt als einzige gelten lassen wollen: das Erschrecken über die Kontinuitäten zwischen dem faschistischen und dem nachfaschistischen Deutschland, über die Leugnung der historischen Schuld, all dies aktualisiert in der Empörung über den Vietnamkrieg. Dem entspricht, dass sich die sozialen Bewegungen des Jahres 1968 zunächst keineswegs als sozialistische oder kommunistische Bewegung verstanden. Doch kam es mit der brutalen Zerschlagung der Schahdemonstration, der Ermordung Benno Ohnesorgs, dem Attentat auf Rudi Dutschke und der mörderischen Hetzkampagne der Springerpresse zu einer tief greifenden Radikalisierung der Bewegung. Wer dabei blieb, dem stellte sich eine ganz neue Frage: Wenn wir mehr sind als eine studentische Opposition mit beschränkter demokratischer Zielsetzung, was ist dann eigentlich unser historischer Horizont, in welcher Geschichte stehen wir und wie verhalten wir uns zu dieser Tradition?

In diesem Augenblick führte die soziale Bewegung der Jahre um 1968 zwei Ansprüche zusammen, die aus der Vergangenheit an sie ergingen: den Anspruch der Opfer des Faschismus, sich dieser furchtbaren Epoche zu stellen, ihre Verdrängung aufzubrechen, und den Anspruch, die Kämpfe derjenigen wiederaufzunehmen und fortzuführen, die mit der Machtübernahme des Faschismus ihre Niederlage erfahren mussten.

Es ist gerade diese Wendung, die von den herrschenden Ideologen und denen, die sich ihnen mittlerweile angeschlossen haben, verdeckt wird. Auf den Punkt gebracht: Die AktivistInnen der 68er Bewegungen entnahmen der Besinnung auf ihre historische Position den Auftrag, das Fortwirken des Faschismus durch die Fortsetzung der sozialen Revolution zu brechen, die der Faschismus besiegt hatte. Die Epoche des Faschismus und die Epoche vor dem Faschismus – der herrschenden Ideologie zufolge abgeschlossene Vergangenheiten, an denen nichts mehr zu ändern ist – wurden ihr – mit Benjamin gesprochen – zur »Jetztzeit«.

Kann man in der Aneignung der Vergangenheit, wie sie die sozialen Bewegungen vor allem der 70er Jahre versucht haben, von einem solchen »Tigersprung ins Vergangene« reden? Haben die Subjekte dieser Bewegung sich dem Anspruch der Vergangenheit geöffnet, haben sie ihn verstanden oder missverstanden, war da überhaupt etwas zu verstehen? Und: was hat oder hätte dies mit ihrem eigenen Schicksal, d.h. ihrer letztendlichen Niederlage zu tun?●

Teil 2 folgt in CONTRASTE 267.

Thomas Seibert ist u.a. Redakteur der politischen Halbjahreszeitschrift fantomas

UMWELTVERBÄNDE FORDERN ZUM ATOMKRAFT-BOYKOTT AUF

»Genug ist genug – Atomausstieg selber machen!«

Redaktion Heidelberg ● Führende Umweltverbände und Verbraucherschutzorganisationen rufen die atomkritische Mehrheit in Deutschland auf, ihre Verträge mit den Atomstromproduzenten zu beenden und massenhaft zu atomstromfreien Anbietern zu wechseln.

Privathaushalte, Gewerbe und Unternehmen sollen so gegen die einseitige Aufkündigung des Atomkonsenses durch den Essener Stromriesen RWE und die anderen drei Atomstromproduzenten Eon, Vattenfall und EnBW vorgehen. Die Organisationen, die zusammen mehrere Millionen Mitglieder haben, reagieren mit ihrem Aufruf auf den Antrag von RWE, den ältesten Atomreaktor in Deutschland, das AKW Biblis A, mindestens drei bis vier Jahre länger zu betreiben als im Atomausstiegsgesetz vorgesehen.

Über eine eigens eingerichtete Internetseite, über eine Ökostrom-Infoline, aber auch durch persönliche Gespräche sollen in den kommenden Wochen und Monaten die rund zwei Drittel der Bevölkerung angesprochen und informiert werden, die nach jüngsten Umfragen der Atomenergie ablehnend gegenüberstehen, bisher aber noch nicht den Stromanbieter gewechselt haben. »Erteilen Sie dem Wortbruch der Konzerne eine angemessene Antwort. Es kostet Sie fünf Minuten«, heißt es in dem bisher von neun Organisationen, Verbänden und Initiativen unterzeichneten Aufruf.

Zusammenschluss von neun Organisationen

Koordiniert von der Deutschen Umwelthilfe haben sich für die Stromwechsel-Initiative bisher neun Organisationen zusammengeschlossen. Mit dabei sind DNR, Naturschutzbund, BUND, Robin Wood, Bund der Energieverbraucher, Greenpeace, IPPNW und X-tausendmal quer.●

www.atomausstieg-selber-machen.de
Info-Tel. 0800 / 7626852

Anzeige

GENOSSENSCHAFTLICH ORGANISIERTES GESUNDHEITS-UNTERNEHMEN IN BANGLADESH PRODUZIERT PREISWERTE ARZNEIMITTEL

Die Pillendreher von Dhaka

Golam Mohammad lässt sich nicht so schnell aus der Ruhe bringen: »Kein Problem! Das machen wir.« Frei von eitler oder gar auftrumpfender Selbstgefälligkeit erläutert er, wie einfach es ist, Arzneimittel herzustellen: »Man braucht ein Rezept, der Rest ist wie beim Kochen.« Dr. Mohammad weiß, wovon er spricht. Seit Jahren leitet er die Firma »Gonoshasthaya Antibiotic Limited« (GAL), die in Bangladesh mit großem Erfolg pharmazeutische Wirksubstanzen und Antibiotika produziert.
Der Betrieb ist Teil von »Gonoshasthaya Kendra«, die fraglos zu den interessantesten NGOs weltweit zählt. Daran ändert auch der Name nichts, der zwar in unseren Ohren reizvoll klingen mag, im Bengalischen aber schlicht »Volksgesundheitszentrum« bedeutet.

Thomas Gebauer, medico international ● Wir treffen Dr. Mohammad auf dem weitläufigen Campus von »Gonoshasthaya Kendra«, kurz: GK, das in Savar, unweit der Hauptstadt Dhaka liegt. Die unprätentiöse Art des Pharmakologen spiegelt sich auch in seinem Büro. Nichts von schicker Möblierung oder postmoderner Kunst, wie sie auf den Leitungsetagen einschlägiger Pharma-Multis zu finden ist. Stattdessen die Insignien eines Praktikers: Geräte zur Qualitätskontrolle, Aktenschränke, Schutzkittel und auf dem Schreibtisch ein Stapel abgegriffener Mappen, deren Deckblätter noch die generischen Namen von Medikamenten, hier und da auch die dazugehörenden chemischen Formeln erkennen lassen: Ciprofloxacin, Nevirapin, Etambutol ...

Hinter den mythisch anmutenden Namen stehen Dinge, die für Menschen in vielen Teilen der Welt allerdings von sagenhafter Bedeutung sind. Man weiß, dass es sie gibt, aber kaum jemand hat sie je zu Gesicht bekommen. Glücksgüter eben, die nur wenigen Privilegierten vorbehalten zu sein scheinen. Doch die Namen symbolisieren nicht besondere göttliche Gunst, sondern verweisen auf an sich Alltägliches. Sie stehen für Antibiotika, Arzneimittel gegen HIV/AIDS, Präparate zur Behandlung von Tuberkulose – allesamt Medikamente, die als unentbehrlich gelten, zu denen aber ein Drittel der Weltbevölkerung keinen gesicherten Zugang hat.

Ginge es nach Dr. Mohammad, dann müsste das nicht so sein. »Arzneimittel herzustellen, ist alles andere als eine Geheimwissenschaft. Was man braucht, sind ein paar chemische Rohstoffe und Informationen über die Herstellungsverfahren. Haben wir die, können wir selbst die neuesten Präparate nachbauen. Wir schauen uns die Formel an, überlegen, wie wir einzelne Molekülgruppen zueinanderbringen können, und klären schließlich, wie die bei der Herstellung auftretenden chemischen Reaktionen zu kontrollieren sind. Aber das ist alles heutzutage lösbar.«

Patente und Preisdiktatur

Viele der dringend in der Welt benötigten Arzneimittel sind patentgeschützt. Patente sichern Firmen ein exklusives Vermarktungsrecht und bieten sowohl Anreiz als auch Ausgleich für die meist kostspielige Erforschung und Entwicklung von Medikamenten. Wer Patente für Arzneimittel hält, kann das, was er zuvor womöglich investiert hat, leicht wieder amortisieren und darüber hinaus sehr viel Geld verdienen. Wie andere Monopole auch ermöglichen es Patente, die Preise zu diktieren.

Solche Regelungen wären dann kein Problem, wenn alle, die patentgeschützte Medikamente benötigen, sich diese auch leisten könnten. Bekanntlich ist aber genau das nicht der Fall. Nahezu ein Drittel der Weltbevölkerung muss mit weniger als 2 Dollar am Tag auskommen. Und das, was die ärmsten Länder aus öffentlichen Mitteln für Gesundheit aufwenden können, liegt auch nur bei 10 bis 20 Dollar pro Kopf und Jahr. Die Behandlung allein mit Lopinavir/Norvir, einem AIDS-Mittel der zweiten Generation, das der Pharma-Multi Abbott unter dem Markennamen »Kaletra« exklusiv anbietet, kostet bis zu 10.000 Dollar pro Patient und Jahr. Solche Relationen sind offenkundig widersinnig – und angesichts der Tatsache, dass 95% der HIV/AIDS-infizierten Menschen in Afrika leben, skandalös.

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Viele der ärmeren Länder tun sich deshalb schwer, Patente auf Produkte anzuerkennen, die über Leben und Tod entscheiden. Sie verweisen darauf, dass der Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln nicht von der Kaufkraft der Patienten, sondern allein von deren gesundheitlichen Bedürfnissen abhängen darf. Medikamente gehören der Allgemeinheit! Dieser Überzeugung war auch der US-Amerikaner Jonas Salk, der Mitte der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts den ersten Impfstoff gegen Polio entwickelte. »Kann man die Sonne patentieren?«, retournierte Salk das Unverständnis, das ihm damals von Seiten der Pharma-Industrie entgegenschlug, als er seine Entdeckung freigab.

Die Freigabe des Polio-Impfstoffs wurde zur Erfolgsgeschichte. Überall auf der Welt nahm die Zahl der Polio-Erkrankungen dank umfangreicher Impfprogramme drastisch ab. Auch in Bangladesh, das noch bis Mitte der 80er Jahre zu den Ländern mit dem höchsten Polio-Risiko zählte. Heute gilt die Krankheit in dem Land am Mündungsdelta des Ganges als ausgerottet.

Eigenständige Arzneimittelproduktion

Bangladesh, das Land der Bengalen, ist erst seit 1971 unabhängig. In einem kurzen, aber blutigen Separationskrieg konnte es sich damals von pakistanischer Vorherrschaft befreien. Die gesundheitlichen Fortschritte, die seitdem erzielt wurden, sind auch der Verdienst von Dr. Zafrullah Chowdhury, dem Gründer von GK, der die Organisation noch heute leitet – als »Projects Coordinator«, wie es seine Visitenkarte ausweist.

Dr. Zafrullah ist ein hoch angesehener Mann, ein »national hero« gewissermaßen. Als junger Arzt verließ er seinen sicheren Arbeitsplatz in England und organisierte den Sanitätsdienst der Befreiungskräfte und die medizinische Versorgung der Flüchtlinge (letzteres übrigens bereits mit Unterstützung von medico). Später beriet er die Regierung bei der Formulierung einer der fortschrittlichsten Arzneimittelgesetzgebungen der Welt. Mit einer Art »Positivliste« gelang es, 1.700 gefährlichen und nutzlosen Medikamenten die nationale Zulassung zu entziehen, während gleichzeitig staatliche Förderprogramme die Entwicklung einer eigenen Arzneimittelproduktion vorantrieben und die Unabhängigkeit von den Pharma-Multis erhöhten. Noch heute nutzt Dr. Zafrullah seinen Einfluss, um dem Vormarsch neoliberaler Politik Einhalt zu gebieten. 1992 erhielten GK und Dr. Zafrullah den Right Livelihood Award, den alternativen Nobelpreis.

Foto: medico international

Alternative Weltgesundheitsversammlung

Und das, was GK seit 1972 aufgebaut hat, lässt sich allerdings sehen. Es entstanden eine Schule für Basisgesundheitshelfer, eine Universität mit medizinischem und biotechnologischem Zweig, mehrere Hospitäler und schließlich Produktionsanlagen für unentbehrliche Arzneimittel und pharmazeutische Wirksubstanzen sowie ein großes Tagungszentrum, in dem im Jahr 2000 die erste alternative Weltgesundheitsversammlung, die People's Health Assembly mit 1.000 Teilnehmern stattfand. GK unterhält ein Krankenversicherungssystem für ca. 8.000 Familien, betreibt Berufsausbildungsprogramme insbesondere für Frauen und sorgt für die medizinische Grundversorgung und Gesundheitsaufklärung in Hunderten von Dörfern. »Wir haben uns darum bemüht, Gesundheit zu entmystifizieren und die Verantwortung für die Gesundheit in die Hände von Dorfgesundheitshelfern zu legen«, sagt Dr. Zafrullah: »So sind nicht nur Jobs entstanden, sondern haben heute auch diejenigen Zugang zu Versorgungsangeboten, die diesen früher nicht hatten.«

Bemerkenswert ist, dass GK neben Zuschüssen von internationalen Hilfsorganisationen die Hälfte seines Budgets selbst erwirtschaft. Dafür sorgen eigene Unternehmen, beispielsweise eine Kleiderfabrik, eine Druckerei, aber auch die pharmazeutischen Betriebe. Die Hälfte der dort erzielten Gewinne geht in die Sozialprogramme von GK, die andere Hälfte wird reinvestiert.

Foto: medico international

Die pharmazeutischen Produktionsanlagen am Rande der medizinischen Hochschule laufen auf Hochtouren. Hier hat sich nicht der Spleen weltfremder Philanthropen Raum geschaffen, sondern ist ein überaus erfolgreiches soziales Unternehmen entstanden. Die »Gonoshasthaya Antibiotics Limited« (GAL) gehört zu den wenigen Betrieben Bangladeshs, die überhaupt Wirksubstanzen für Arzneimittel herstellen. Beliefert werden nicht nur die eigene »Gonoshasthaya Pharmaceuticals Limited« (GPL), sondern auch die anderen Arzneimittelhersteller im Lande sowie staatliche Krankenhäuser.

Alternative Formen des Marketings

Nicht ohne Stolz zeigt uns Dr. Mohammad die drei neuen Konverter, die demnächst in Betrieb gehen werden. 20.000 Dollar kostet einer dieser aus China bezogenen Kessel, die allerdings etwas von großformatigen Kochgeräten haben. Nur, dass nicht Hitze zugeführt werden muss, sondern das Gegenteil: Kälte. Und so sorgt ein weitverzweigtes Kühlsystem für die Kontrolle der in den Konvertern ablaufenden exothermen Reaktionen. Überall stehen Fässer mit Kühlmitteln, längst war der Erweiterungsbau, der nun kurz vor der Fertigstellung steht, überfällig.

Die Nachfrage nach pharmazeutischen Wirksubstanzen ist groß. Auch aus dem Ausland treffen bereits Anfragen ein. Zu den wichtigsten Abnehmern aber zählt fraglos noch immer die gerade ein paar hundert Meter entfernt liegende »Gonoshasthaya Pharmaceuticals Limited« (GPL), die jene Medikamente produziert, die der WHO als unentbehrlich gelten. Im Gegensatz zu den Anlagen der GAL sind die Produktionskapazitäten der GPL nicht ausgelastet. Dr. Maqsud, der ärztliche Leiter der Arzneimittelproduktion, erklärt uns den Grund; er klingt für eine armes Land wie Bangladesh einfach nur absurd: »Unsere Produkte sind zu billig! Sie kommen gar nicht erst ins Angebot. Denn die Zwischenhändler und die lokalen Apotheker verkaufen lieber teurere Produkte, die ihnen eine größere Verdienstspanne ermöglichen.«

Darf man unter solchen Umständen Werbung für die eigene Sache machen? Die Leute von GK zögern. Aus prinzipiellen Gründen, aber auch um die Erträge, die schließlich den Sozialprogrammen zugute kommen, nicht zu schmälern, verzichtet GPL auf das übliche Marketing. Schon gar nicht bietet GK Ärzten oder Apothekern sogenannte »Incentives«, die zumeist aus kleinen Geschenken bestehen, die die Freundschaft erhalten und die »Produktbindung« bei den Verschreibern fördern sollen. Andererseits, so Dr. Maqsud, sei natürlich auch nicht viel gewonnen, wenn die eigenen Grundsätze schließlich dem Ziel im Wege stehen, Menschen mit erschwinglichen Arzneimitteln zu versorgen. Angeregt denken wir über alternative Formen eines Marketings nach, das den inhaltlichen Ansprüchen von GK gerecht werden könnte. Wir verabreden den weiteren Austausch, denn auch wir von medico wissen aus eigener Erfahrung um solche Widersprüche.

Ziel ist es, die pharmazeutischen Betriebe von GK »fit« zu machen für die Zukunft. Denn die Erfolge, die in den zurückliegenden Jahren erkämpft werden konnten, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die andere Seite nicht untätig geblieben ist. Auch diejenigen, für die das Herstellen von Arzneimitteln keine soziale Verpflichtung, sondern allein eine lukrative Chance des Geldverdienens ist, haben sich gerüstet. Zug um Zug haben die Multis dafür gesorgt, dass das Bemühen um Gesundheit dem sozialpolitischen Kontext entzogen und auf eine Frage verbesserter Wettbewerbsbedingungen reduziert wurde.

Das TRIPS-Abkommen

Seit 1996, seit dem Inkrafttreten des Abkommens über den Schutz intellektueller Eigentumsrechte (TRIPS) und besonders seit dem Auslaufen der Übergangsregelungen für die meisten Entwicklungsländer 2005 entscheidet über die Frage des Zugangs zu unentbehrlichen Arzneimitteln nicht mehr die WHO, sondern die WTO, die Welthandelsorganisation. Deren Mitgliedsländer, und das sind nahezu alle, verpflichten sich, 20-jährige Patente auf neue Medikamente anzuerkennen, darunter auch jene, die aufgrund der Resistenzentwicklung weltweit dringend benötigt würden. Nur für die Least Developed Countries (LDC), die am wenigsten entwickelten Länder, zu denen Bangladesh zählt, gilt noch eine weitere Übergangszeit bis 2016, in der auch patentgeschützte Präparate für den eigenen Bedarf und den Export an andere LDC kopiert werden dürfen. Die indischen Generikafirmen, die bislang einen großen Teil der Welt mit erschwinglichen Arzneimitteln versorgt haben, können dies seit 2005 für neu auf den Markt kommende Wirkstoffe nicht mehr tun.

»Sicher, wir könnten schon dazu beitragen, das entstandene Vakuum zu füllen«, sagt Dr. Mohammad. »Die Produktion von Wirksubstanzen für afrikanische Länder – das können wir schon machen.« Überall ist die mit dem Inkrafttreten des TRIPS-Abkommens neu eingetretene Lage ein Thema. Auch die Regierung Bangladeshs ist nicht untätig beblieben. Ohne Parlamentsdebatte, ohne öffentliche Anhörung hat sie 2005 eine neue Arzneimittelpolitik verabschiedet, die das Land für ausländische Firmen öffnet. Die nationale Liste essentieller Arzneimittel wurde auf wenige Präparate zusammengestrichen, das Festpreissystem demontiert und es werden Anreize für die Ansiedelung von Pharma-Multis geschaffen. Für die pharmazeutischen Betriebe von GK könnte es künftig enger werden. Für die Versorgung ärmerer Menschen mit erschwinglichen und unentbehrlichen Arzneimitteln auch.●

Projektstichwort

Gemeinsam mit den Kollegen von GK denken wir darüber nach, wie die Produktion und der Vertrieb sowohl der fertigen Arzneimittel als auch der Wirksubstanzen erhöht und verbessert werden kann. Als ersten konkreten Schritt wird im Oktober 2006 Elo an Pinheiro, die ehemalige Leiterin der staatlichen brasilianischen Arzneimittelproduktion und ausgewiesene Expertin in der Produktion und internationalen Vermarktung von HIV/AIDS Präparaten, GK beratend zur Seite stehen. Wir halten Sie gerne auf dem laufenden und bitten Sie um Ihre Unterstützung unter dem Stichwort: Medikamente für alle.

www.medico-international.de

Anzeige

KOMMUNALER WOHNUNGSVERKAUF FREIBURG

Genossenschaft als lokale und soziale Alternative

Der Freiburger Gemeinderat beschloss in seiner Sitzung vom 18. Juli 2006 den Verkauf der Freiburger Stadtbau (FSB). Genossenschaftliche Modelle sollen bevorzugt werden. Entsprechend wurde am 2. August 2006 den Verantwortlichen der Stadt, u.a. dem ersten Finanzbürgermeister Otto Neideck, ein Modell zur Übernahme der städtischen Wohnungsgesellschaft vorgestellt. Initiatoren sind der vbw Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen und Vertreter namhafter Wohnungsbaugenossenschaften einschließlich des Freiburger Bauvereins. Der überwiegende Teil der rund 7.900 Wohnungen soll in eine neu zu gründende Genossenschaft eingebracht werden.

38.000 Ja-Stimmen werden benötigt, damit das Bürgerbegehren am 12.11.2006 erfolgreich das Ansinnen des Grünen Oberbürgermeisters Dieter Salomon verhindert, die städtischen Wohnungen zu verkaufen

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Der Mietwohnungsmarkt in Deutschland ist seit etwa vier Jahren in Bewegung: Branchenfremde internationale Finanzinvestoren kaufen im großen Stil Wohnungsbestände. Ihren Geldgebern versprechen sie Renditen in Höhe von bis zu 15% mit der Begründung, im europäischen Vergleich seien die Mieten in Deutschland niedrig. Auffällig ist, dass das angeblich niedrige Mietenniveau nicht zu Investitionen anreizt, sondern zum Kauf kompletter Wohnungsbestände von Gewerkschaften, Kommunen etc. Diese Eigentümer hielten bisher die Mieten für ihre Wohnungen auf einem eher niedrigen Niveau.

Aktuell bietet auch die Stadt Freiburg ihre oftmals im sozialen Wohnungsbau erstellten Mietwohnungen zum Verkauf an. Probleme bei der Aufstellung des aktuellen Haushalts veranlassten die Stadtverwaltung Freiburg zu der Entscheidung, sich möglichst schnell von ihrem gesamten Immobilienbesitz zu trennen. Selbstgesetzte Vorgabe ist, sofort 370 Mio. Euro zu erlösen, um das strukturelle jährliche Defizit um rund 26 Mio. Euro durch Einsparen von Zins und Tilgung zu verringern. Diese Ankündigung löste eine sehr emotional geführte Diskussion auf breiter Ebene in Freiburg, aber auch bundesweit aus.

Genossenschaftlicher Förderauftrag

»Die Freiburger Wohnungsgenossenschaften versorgten in den vergangenen Jahrzehnten vergleichbare Mietergruppen wie die *Stadtbau* (FSB) mit bezahlbarem Wohnraum und verfolgen ähnliche Ziele« betont Reinhard Disch, Vorstand des *Bauvereins Breisgau eG*, der größten Wohnungsgenossenschaft in Freiburg. »Daher halten sie es für legitim, zu fordern, dass alternativ zum Totalverkauf genossenschaftliche Modelle sachlich fundiert geprüft werden.« Wohnungsgenossenschaften verfolgen satzungsgemäß das Ziel, für ihre Mitglieder preisgünstige Mietwohnungen vorzuhalten, Wohnungseigentum zu erstellen und sonstige im Zusammenhang mit dem Wohnen stehende Dienstleistungen zu erbringen. Sie handeln gewinnorientiert – aber nicht Gewinn maximierend.

Als Alternative schlagen der *vbw* und die Freiburger Wohnungsgenossenschaften die Gründung einer neuen Wohnungsgenossenschaft mit dem Namen »Siedlungsgenossenschaft Freiburg« vor. Sie wollen damit an die hundertjährige Geschichte der »Siedlungsgesellschaft« anknüpfen. Da erfahrenes Personal bei der *Stadtbau* ausreichend vorhanden ist, sehen sie es als realistisch und sinnvoll an, den gesamten Wohnungsbestand auf diese zu gründende Genossenschaft zu übertragen.

Beteiligung der MieterInnen

Erster Schritt wäre das Einbringen des überwiegenden Teils der rund 7.900 Wohnungen, circa 6.000, in die neue Genossenschaft. »Ein solches Genossenschaftsmodell bietet den Mietern der *FSB* erheblich mehr Selbstverantwortung und Eigenverantwortlichkeit – Wohnen im genossenschaftlichen Eigentum«, wirbt Disch vom Bauverein für diesen Ansatz. Die bisherigen Mieter können zu günstigen Bedingungen Mitglied dieser Genossenschaft werden. Insbesondere die Mietkautionen in Höhe von etwa 6 Mio. Euro, die bisher im Unternehmen der *FSB* angelegt sind, ließen sich mit Zustimmung der Mieter in Geschäftsanteile umwandeln.

Die Mieter erhalten als Teileigentümer »ihrer« Genossenschaft neben Einflussrechten auch eine Dividende auf ihre Anteile. Sie kann ein Mehrfaches der Verzinsung der bisherigen Mietkautionen bringen. Hinzu käme ein satzungsmäßiges Dauernutzungsrecht für ihre Wohnung, was faktisch auf eine Unkündbarkeit hinausläuft. Weitere Anteilszeichnungen durch bisherige und zukünftige Mieter werden bei entsprechender Werbung erwartet. Die Mindesteinlage je Mitglied soll 50 Euro betragen.

Als Vermietungsgenossenschaft wäre das Unternehmen steuerbefreit. Zu gründen ist die »Siedlungsgenossenschaft Freiburg« von mindestens drei Gründungsinitiatoren wie beispielsweise verschiedenen Wohnungsbaugenossenschaften aus Baden-Württemberg, der *Stadtbau* und bei Interesse auch unter Einbindung der Stadt Freiburg. Mehrere Wohnungsbaugenossenschaften boten bereits ihre ausdrückliche Unterstützung für ein solches Modell an. Die Gründungsmitglieder zeichnen Anteile in Höhe von mindestens 10%, eher 15% Eigenkapital also mehr als 50 Mio. Euro.

Sichern der Stadtentwicklung

Ergänzend zur Wohnungsbaugenossenschaftsgründung wird vorgeschlagen, rund 2.000 Wohnungen des »Wohnungspaketes« in eine Aktiengesellschaft zum Verkauf an die Mieter einzubringen. Neben der Mieterprivatisierung soll diese AG Maßnahmen der Wohnungsverwaltung, der Stadterneuerung und des Bauträgergeschäfts betreiben. Langfristige Aufgaben wären Schaffung von Wohnungseigentum, Wohnungsverwaltung, Überprüfen und Fortsetzen des Sanierungsprogramms der *Stadtbau* sowie eine Vielzahl von Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsmaßnahmen. Die mittelständische Wirtschaft der Region wäre wichtigster Auftragnehmer.

Sowohl an der Genossenschaft als auch an der AG wird der Stadt eine Beteiligung angeboten, um ihr einen Einfluss zu sichern. An der AG soll sich die Stadt Freiburg zu diesem Zweck mit 5,1% beteiligen.

Das vorgeschlagene Genossenschaftsmodell erfüllt die Vorgaben der »Freiburger Sozialcharta« hinsichtlich der Mieter und Mitarbeiter der bisherigen *Stadtbau*. Die »Sozialcharta« wäre Bestandteil der Satzung der »Siedlungsgenossenschaft Freiburg«. Der Begriff »Luxussanierung« ist genossenschaftlich geführten Wohnungsunternehmen ohnehin unbekannt. Darüber hinaus können für die Stadt Freiburg Belegungsrechte vereinbart werden. Reinhard Disch ist überzeugt: »Das genossenschaftliche Modell erfüllt am ehesten die bisher von der *Stadtbau* wahrgenommen wohnungspolitischen Aufgaben und würde einen Beitrag zum sozialen Frieden in der Stadt leisten: Nachhaltigkeit steht einem kurzfristigen Engagement von Finanzinvestoren gegenüber.«●

Der Karrikaturist Peter Gaymann unterstützt die Bürgerinitiative für den Erhalt der Freiburger Stadtbau gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen

WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFTLICHE LÖSUNG

»Flensburger Weg« zur Privatisierung – bundesweite Vorbildfunktion

Ohne viel Spektakel hat die Stadt Flensburg ihre kommunale Wohnungsgesellschaft WoBau mit 4.800 Wohnungen verkauft. Sie beschritt damit einen »Flensburger Weg« der Privatisierung: Käufer der kommunalen Gesellschaft ist der Selbsthilfe-Bauverein, eine Genossenschaft. Dieser Weg ist auch für die zum Verkauf anstehende Freiburger Stadtbau Wohnungspaket von 7.900 Wohnungen gangbar, zumal den dort mit dem Oberbürgermeister Salomon regierenden Grünen lokale Ökonomie eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Ein »Jahrhundertereignis« nannte Rainer Heinz, zum Zeitpunkt des Verkaufs zweiter Bürgermeister in Flensburg, als die Aufsichtsräte der städtischen Tochtergesellschaft Flensburger Wohnungsbau (WoBau) und des genossenschaftlichen Selbsthilfe-Bauvereins (SBV) der Verschmelzung beider Unternehmen unter dem Namen SBV zustimmten. Für einen Kaufpreis von rund 115 Millionen Euro übernahm die Genossenschaft den Wohnungsbestand der WoBau. Darin sind etwa 70 Millionen Euro Schulden der WoBau enthalten. Fünf Millionen bekommt die Sparkasse als Miteigentümerin (10 Prozent).

Berücksichtigung aller Interessen

Den Mietern entstehen aus dem Verkauf keine Nachteile oder Risiken. Im Gegenteil: Für alle Beteiligten ist die Privatisierung ein Gewinn. Bei Mieterhöhungen dürfen maximal 50 Prozent der gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, außer bei umfangreichen Sanierungen. Der Verkauf an den SBV ist nach Einschätzung von Rainer Heinz die mieterverträglichste Lösung: Die Genossenschaft stellt, wie die WoBau, günstigen Wohnraum auch für einkommensschwache Mieter bereit. Weitere ähnliche Ziele seien das Engagement in den Stadtteilen und Investitionen in altersgerechtes Wohnen. »Die Stabilität des Flensburger Wohnungsmarkts ist gesichert«, so Rainer Heinz.

Den Mitarbeitern der WoBau brachte die Umwandlung ebenfalls ein Plus an Sicherheit. Sie müssen weder befürchten, dass ihre Firma verkauft wird noch dass diese durch immer neue Forderungen der Stadt zur Beteiligung an der Deckung des kommunalen Defizits an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht wird. Der Verwaltungshaushalt der Stadt Flensburg wird nachhaltig entlastet. Der SBV sicherte vertraglich zu, den Kauf nicht über steigende Mieten zu finanzieren. Das erforderliche Geld kommt aus dem Eigenkapital und Krediten eines Bankkonsortiums unter Führung der Flensburger Sparkasse.

Systematische Vorbereitung

Die Stadt entschied, eine »Flensburger Lösung« anzustreben und die Interessen der Mieter und des Gemeinwesens weitgehend zu sichern. Darunter wird verstanden, öffentliches Vermögen in der Region und in der Hand der Menschen in der Stadt zu belassen. Bewusst wurde deshalb auf einen höheren Kaufpreis verzichtet. Erhebliche Mieterhöhungen, zu dem der Verkauf der WoBau an einen privaten Investor voraussichtlich geführt hätte, sind kein Thema mehr. Und als Genossen bestimmen die Mieter über die Verwendung des Bilanzgewinns. Offiziell fand die Fusion am 1. August statt, wurde aber aus steuerlichen Gründen rückwirkend zum 1. Januar 2006 eingetragen.

Leitidee der Transaktion ist quasi ein Verkauf an die Mieter selbst, denn der SBV ist eine Genossenschaft und auch aus den Mietern der WoBau sollen mittelfristig Genossen werden. Auf freiwilliger Basis können sie ihre Kautionen in Genossenschaftsanteile umwandeln. SBV-Vorstand Raimund Dankowski sieht hier einen Vorteil. Statt 1,5 Prozent Sparbuchverzinsung bekommen die Mieter dann 4 Prozent Dividende auf ihren Anteil. Sie werden quasi zu Mitbesitzern ihres eigenen Unternehmens. Niemand werde gezwungen, man werde um Beitritt werben, so Dankowski.

Der Flensburger Weg*

Ausschlaggebend für den Erfolg des »Flensburger Weges« ist ein nachvollziehbarer und strategisch angelegter Entscheidungsprozess. Von Beginn an wird Transparenz praktiziert – auch gegenüber Mietern und Öffentlichkeit. Eine Projektgruppe des Aufsichtsrates der WoBau organisierte die ergebnisoffene Arbeit unter Einbeziehung des Mieterbeirates und der Personalvertretung. Der Lohn der Vorgehensweise:

- Verkaufsbeschluss durch die Ratsversammlung im Mai 2006 mit nur einer Gegenstimme;
- Ausschließlich positive Berichterstattung durch die Medien;
- Keinerlei geäußerte Sorgen oder Proteste durch Mieter;
- Dank vom Mieterbeirat und der Personalvertretung für die »stets konstruktive und faire Zusammenarbeit und das für alle positive Ergebnis«;
- Der gesamte Prüf- und Entscheidungsprozess dauerte nur sechs Monate: der »Flensburger Weg« – eine Lösung auch für andere Kommunen?

Verantwortung fürs Gemeinwesen

»Wir haben viel vor und wir wollen unserer Verantwortung als mit Abstand größter Wohnungsanbieter der Stadt gerecht werden«, betont der SBV-Vorstand nach der gelungenen Übernahme. Eine Präambel des Kaufvertrags schreibt fest, dass SBV und Stadtverwaltung in Zukunft in der Wohnungsbaupolitik eng zusammenarbeiten. Der SBV bekennt sich ausdrücklich zu seiner städtebaulichen Verantwortung. Rund fünf Millionen Euro sollen jährlich in die Unterhaltung des Bestands und die Auftragsbücher des regionalen Handwerks fließen.

Neu geordnet sind bereits die internen Strukturen und Aufgaben. Die in Teams angelegte Organisations-Struktur der WoBau wird den neuen SBV prägen. Nicht nur dadurch ist die Flensburger Fusion zum Modellfall für die Republik geworden. »Mehrfach in der Woche werden wir von anderen Städten gefragt: Wie habt ihr das gemacht?«, berichtet Dankowski stolz über den Flensburger Weg.●

** Rainer Heinz (heinz@strategieergebnisse.com), der die Flensburger Lösung als Bürgermeister und Kämmerer maßgeblich mitentwickelt hat, ist mittlerweile Managementberater in Düsseldorf. Er will seine Kenntnisse und Erfahrungen in anderen Kommunen zugunsten aller Beteiligten fruchtbar machen.*

Einst Rebellin – heute Unternehmerin

Sibylle Plogstedt war Mitgründerin der von 1976 bis 1984 erschienenen feministischen Zeitschrift *COURAGE* und hat seitdem die Frauenbewegung publizistisch begleitet. Ihre neuste Veröffentlichung beschäftigt sich mit den Frauenprojekten. Sie waren das Wachstumsmodell in den Anfängen der Frauenbewegung. Aus den Frauenzentren heraus entstehen Vereine, soziale Einrichtungen, Frauenbuchläden, -handwerksbetriebe, -hotels und andere Betriebe, in denen nur Frauen arbeiten. Anfangs fielen der Markt, auf dem diese Projekte angesiedelt waren, und die Bewegung, sprich die Kundinnen zusammen, vieles klappte ohne Probleme. Staatliche Förderung gab es gelegentlich auch, sie erleichterte im Rückblick die Integration. Plogstedt gräbt aber tiefer und fragt sich und ihre 14 Interviewpartnerinnen: Was ist aus den Projekten, die als Kollektive begonnen haben, geworden? Wie haben sie sich verändert, und wohin?

Alle befragten Projekte haben die Art, wie sie geführt werden, verändert. Aus Kollektiven wurden Unternehmen. Die Phase der Kollektive steht im theoretischen Zeichen der Gleichheit: alle Frauen sind gleich, können deshalb alles gleich gut und sollen auch alles entscheiden. Bald stellt sich aber heraus, dass eben nicht alle Frauen gleich sind, Verantwortung ungleich verteilt ist und dies dazu führt, dass im Zweifel niemand Verantwortung trägt. Kommen neue Mitglieder in das Projekt, gibt es weitere Probleme, wie Wissensvorsprung oder die Frage, ob und wie die bisherige Aufbauarbeit honoriert werden soll. Die auf den Ansatz der Gleichheit zeitlich folgende feministische Metatheorie der Differenz erleichtert es dann in den 1980er Jahren Unterschiede zuzulassen und anzuerkennen, ja, sogar persönliche Verantwortung einzufordern. In der Regel werden Leitungsstrukturen eingeführt um die undurchschaubaren, heimlichen Hierarchien auszuhebeln. Plogstedt arbeitet auch einige Tabus der Frauenprojektebewegung heraus: Reichtum, Schönheit, Macht, Männer, Existenzsicherung.

Bei allen befragten Frauen werden die individuellen Hoffnungen und Träume, die sie mit der Projektegründung verbanden, enttäuscht. Eine Frau schildert dies mit dem Zitat »Was eine ins Kollektiv hineinzieht, zieht eine auch wieder hinaus«. Heute überleben nur die Einrichtungen und Betriebe, die zeitgemäße Konzeptentwicklung und -anpassung betreiben. Per se gibt es, so die allgemeine Meinung, unter Frauen keinen Bonus mehr für Frauenbetriebe. Die Marktabhängigkeit ist, nicht zuletzt wegen der Sparpolitik der öffentlichen Haushalte, gestiegen. Ganz wie im Handwerk und in der mittelständischen Wirtschaft ist die Nachfolgefrage – wer übernimmt das Projekt, wenn die Gründerinnen in Ruhestand gehen – ein großes und ungelöstes Problem.

Der Band gibt einen guten Einblick in die Frauenprojekteszene – frappierend zum Beispiel die Tatsache, dass sich in Bochum der einzige Frauenbuchladen des Ruhrgebiets befindet – und die großen Veränderungen, die sie in den letzten 30 Jahren durchlaufen hat. Leider wird von der Autorin nicht reflektiert, dass sie eine Perspektive auf und mit den Siegerinnen einnimmt, denn es werden nur Frauen befragt, die heute noch in einem passenden Zusammenhang agieren, und nicht jene, die »ausgestiegen« und heute anderswo tätig sind. Plogstedts Buch ist durch seine Unterteilung in viele Kapitel gut gegliedert und angenehm zu lesen. Ihre Befunde sind sehr ernüchternd, denn es stellt sich die Frage, was nun das »alternative« oder »projekthafte« an den vorgestellten Betrieben und Einrichtungen ist, die Plogstedt – etwas leichtfertig – alle noch zum Sektor der »Alternativen Ökonomie« zählt. Zu Häme und Besserwisserei besteht aber kein Grund, denn andere »linke« Versuche einer »Anderen Ökonomie«, die nicht nur auf dem Papier verbleiben, waren ja in der Vergangenheit auch nicht rasend erfolgreich.●

Bernd Hüttner

Sibylle Plogstedt: Frauenbetriebe. Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin, Ulrike Helmer Verlag, Königstein 2006, 232 S., 19,90 EUR

Freundeskreis Videoclips

Der *freundeskreis videoclips* ist ein linkes unkommerzielles Videoprojekt, das Aktionen und Veranstaltungen aus dem linken außerparlamentarischen Spektrum, vor allem aus Berlin, dokumentiert und veröffentlicht. Sie verstehen sich als VidoaktivistInnen, also als Teil der Bewegung, von der sie berichten. Durch ihre Arbeit wollen sie die herrschende Medienöffentlichkeit kritisieren und eine alternative Perspektive auf laufende politische Ereignisse anbieten.

Eine Liste von DVDs, die gegen Spende abgegeben werden findet sich unter:
www.freundeskreis-videoclips.de
Zum kostenfreien download stehen die Videos in reduzierter Bild- und Tonqualität zu Verfügung:
http://de.indymedia.org/video●

diego

50 Vorschläge für eine gerechtere Welt

Immer mehr Bücher erscheinen auf dem Buchmarkt – der Markt für die Kritik am entfesselten Markt wächst. Das Paradox aber ist noch das kleinere Problem, größer ist das inhaltliche. Denn die meisten dieser Bücher beten das Gute in genau dem an, was das aus ihren Augen Böse geschaffen hat. Das wird allerdings meist verschwiegen: Es waren die Staaten, die die profitorientierte Marktlogik in allen Lebensbereichen und überall auf der Erde durchgesetzt hat – und zwar wegen ihrer Handlungsfähigkeit kraft Militär, Polizei, Justiz, Handelsinstitutionen usw. Das vorliegende Buch beschreibt (wie viele andere schon erschienene) zu Recht die absurden Entwicklungen dieser Politik. Der Neuentwurf ist aber nur ein warmherziger Appell an bessere StaatsführerInnen. Selbst neue Ansätze, wie z.B. die Demokratisierung von Flächennutzung, werden genau in diese Richtung interpretiert - hier kann die Praxiserfahrung gesammelt werden, die gute FührerInnen dann später brauchen (S. 268).●

Jörg Bergstedt

Christian Felber: 50 Vorschläge für eine gerechtere Welt, 2006, Deuticke in Wien, 335 S.

Neues Halbjahresmagazin: polar

»polar« ist ein neues Halbjahresmagazin für politische Philosophie und Kultur, als Untertitel trägt es sogar ganz pop-gemäß »Politik.Theorie.Alltag«. Das klingt interessant und ist einen Blick wert. Das 192 Seiten starke Heft ist aufwendig und ansprechend gestaltet. Im Layout erinnert es an erfolgreiche Projekte wie die von 1994 bis 1999 um einen Brückenschlag zwischen künstlerischer Szene und theorielastigem linksradikalen Aktivismus bemühte »beute« oder auch an die seit 1990 erscheinenden »Texte zur Kunst«.

Im auch online zugänglichen Leitartikel schreiben der Redaktionsleiter Peter Siller, im Brotjob Leiter der Inlandsabteilung der Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen und Arnd Pollmann, einer der Mitarbeiter: »Politisierung heißt, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine demokratische Transformation nationaler sowie internationaler Institutionen zu schaffen, die dem ökonomischen Druck standhalten, für vielfältige Interessen und Standpunkte durchlässig sind und kollektive Einflussnahme ermöglichen.« Freilich scheint ihnen der »ökonomische Druck« übermächtig und die »kollektive Einflussnahme« in fröhlicher Lethargie dahinzusiechen. Politisierung zielt, so die beiden, auf die »Stärkung von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung« – Aufgabe der Politik sei es folglich, »für gleiche reale Verwirklichungschancen zu streiten.« Politik soll wieder zur öffentlichen Auseinandersetzung werden, Theorie und Kultur sollen wieder bewusster mit der alltäglichen Praxis vermittelt werden. Ist das Projekt nun linksliberale Attitüde nach Büroschluss oder verbirgt sich dahinter ein neues politisches Netzwerk?

Die neu-mittigen NetzwerkerInnen in der SPD hatten sich 1999 mit dem Magazin »Berliner Republik« ein eigenes Debattenorgan geschaffen und damit vom SPD-Theorieorgan »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« oder auch der linken »spw« abgesetzt. Die Grünen diskutieren vielleicht in der manchmal etwas abseitigen »Kommune« und lesen sonst das »Kursbuch«. Wer weiß das schon.

Polar will nun Debatten zusammenbringen, gleichzeitig sollen die Inhalte polarisieren. Daran sind schon ganz andere gescheitert. Das Magazin ist zwar lesenswert, die Beiträge verbleiben aber – wen wunderts – brav im Rahmen der Re-Regulierung der sozialen Marktwirtschaft, einer Stärkung der von Aushöhlung durch den Neoliberalismus bedrohten politischen Institutionen und ihrer zerbröselnden Gestaltungsmacht und der Wiederherstellung funktionierender (Teil-) Öffentlichkeit. Man will durch das Einlassen auf diesen politischen Horizont uncool sein – und durch dieses Agieren gegen den entpolitisierenden Zeitgeist doch wieder Coolness durch die Hintertür gewinnen. Schlau gedacht. Die zweite Nummer erscheint zum Thema Ökonomie nächstes Frühjahr.●

Bernd Hüttner

polarkreis e.V. (Hg.): »polar Nr.1. Was fehlt. Politisierung«, Campus Verlag, Frankfurt/Main 2006, 12 EUR, www.polar-zeitschrift.de

Manifest des evolutionären Humanismus

Ein leidenschaftliches Buch – mit Herz und Verstand wird gegen religiöse Orientierungen, den Glauben an personifizierte höhere Moral polemisiert und argumentiert. Wer noch immer daran glaubt, dass die Figur eines heiligen Vaters oder irgendwelche in ihrem Ursprung ins verschleierte Außerirdische verlegte Lebensanweisungen für ein besseres Leben taugt, sollte dieses Buch lesen. Leidenschaftlich ist das Buch aber auch in einer anderen Weise: Für seinen Entwurf einer neuen höheren Moral (abgrenzend als »Ethik« verkauft), wirbt der Autor mit religiösem Vokabular – zu seinem Entwurf einer »Leitkultur« (was ist das eigentlich anderes als eine neue, modernere Religion?) sollen sich die Menschen z.B. »bekennen« (S. 196). Und das ist kein sprachlicher Ausrutscher. Irgendwie erinnert Schmidt-Salomon mich an Leute wie Luther – unzufrieden mit der aktuellen Religion, Anstifter einer neuer. Der Bruch mit dem Trick der Behauptung, es gebe Werte, die wichtiger sind als der Mensch, wird jedenfalls in dem Buch nicht vollzogen.●

Jörg Bergstedt

Schmidt-Salomon, Michael: Manifest des evolutionären Humanismus, 2. Auflage 2006, Alibri in Aschaffenburg, 196 S., 10 EUR

50 Fakten, die die Welt verändern sollten

Ein schönes Lesebuch: An 50 Geschichten über die absurde Welt zeigt die Autorin auf, dass Elend, Ungerechtigkeit und vieles mehr auf der Erde Folge von gewollter Politik sind, die nicht den Menschen hilft, sondern bizarren, bisweilen nicht einmal erkennbaren Zielen. Ganz nebenbei wird mit einer Reihe von Mythen aufgeräumt, die die aktuelle Politik allzu oft prägen: Der Sicherheitswahn, das Glücksversprechen des Neoliberalismus und einiges mehr. Lösungen werden kaum angeboten, liegen auf der üblichen Linie des Hoffens auf einen besseren Staat oder spiegeln selbst absurde Annahmen wider, z.B. auf Seite 328 die Einteilung in das gute amerikanische Volk, dass gegen den bösen Führer stehe.●

Jörg Bergstedt

Jessica Williams: 50 Fakten, die die Welt verändern sollten, 2006, Goldmann Verlag München, 447 S., 8,95 EUR

www.linke-literaturmesse.org

Öko-Landbau ohne Gentechnik

Der Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen ist ein heißes Eisen: Die europäischen Verbraucher lehnen sie mehrheitlich ab, einige Agro-Konzerne wollen sie forcieren und die Politik ringt um Kompromisse ... Wer gentechnikfrei produzieren will, ist von dieser risikobehafteten Technologie am stärksten bedroht – allen voran die Bio-Landwirtschaft. Die aktuelle Ausgabe der Fachzeitschrift *Ökologie & Landbau* greift die Diskussion um die Agro-Gentechnik und deren Auswirkungen auf.

Aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten Experten, welche Themen bei der Debatte im Mittelpunkt stehen:

● **Koexistenz – machbar oder nicht?** Viele Politiker und Experten aus Industrie- und Wissenschaftskreisen geben sich optimistisch, die Fakten sprechen jedoch dagegen. Dass Koexistenz bislang nicht funktioniert, zeigt sich z. B. in Spanien, dem einzigen EU-Land, in dem GVOs in größerem Umfang (etwa 50.000 Hektar) angebaut werden: Hier war Bio-Mais bis zu zehn Prozent mit GVOs verunreinigt. Die Landwirte mussten ihre unverkäufliche Ernte verbrennen, jahrelange züchterische Auslese war dahin.

● **Grenzwerte & Kennzeichnung** – strengere oder gleiche Vorgaben für den ökologischen Landbau? Ein strengerer Grenzwert würde dazu führen, dass die Bio-Branche mehr als andere analysieren, kontrollieren, rückrufen und Schadenersatz leisten müsste. Dies würde Bio-Produkte teurer machen und ausgerechnet die Branche treffen, die jede Verwendung von GVOs verbietet.

● **Haftung – wer, wann und wofür?** Bei der derzeit diskutierten Novelle des Gentechnikgesetzes muss das Verursacherprinzip stärker berücksichtigt werden, um die Produktion ohne Gentechnik nicht zu benachteiligen. Ebenso wichtig ist die Definition eines haftungauslösenden Schadens: Erst wenn 0,9 Prozent Kontamination überschritten sind, soll nach dem Willen der Bundesregierung ein Entschädigungsanspruch entstehen. Damit blieben aber Bauern und Lebensmittelhersteller genau in dem Bereich schutzlos, in dem am ehesten mit Kontamination zu rechnen ist.

Ökologie & Landbau liefert außerdem Hintergrundinformationen zur schleichenden Einführung der Gentechnik durch das »grüne Hintertürchen« gentechnisch veränderter Energiepflanzen, den ungenügenden Erkenntnissen zur Gesundheitswirkung von GVOs und warum die Agro-Gentechnik kein Jobmotor ist.●

diego

Ökologie & Landbau Heft 141, 4/2006
Schwerpunkt »Öko-Landbau ohne Gentechnik«
www.soel.de/publikationen/oel/oe_u_l.html

Soziales – Tipps

Leitfaden ALG II / Sozialhilfe

Diesmal wird der Umschlag ein klares, kräftiges blau haben, passend zu den coolen Zeiten, in denen wir leben. Also je nachdem wie schnell wir und die Setzerin und der Druck fertig werden, wird der Leitfaden Anfang bis Mitte November 2006 da sein.

Ich kann jetzt schon mal ankündigen, das er wieder besser sein wird als der letzte, er wird topaktuell sein mit Rechtsstand Oktober 06 und ich möchte auch ankündigen, dass wir bei der Arbeit auf eine Reihe sehr wichtige und neue Sachen gestoßen sind, so z.B. wie Lernmittel nicht auf der Betteltour nach § 23 Abs. 1 SGB II auf Darlehensbasis zu übernehmen sind, sondern zusätzlich, faktisch auf Zuschussbasis. Dieses Geheimnis und auch andere werden wir dann aber mit dem Leitfaden selbst vorstellen. Der neue Leitfaden wird auf jeden Fall umfangreicher als der alte sein und 8 EUR incl. Porto kosten.

Leitfaden ALG II vom Fachhochschulverlag

Der neue ALG II-Leitfaden vom Fachhochschulverlag ist ebenfalls draußen. Der Leitfaden ist vom Berliner Sozialrichter Udo Geiger geschrieben und hat eher schon die Qualität eines Kommentars. Der Leitfaden ist thematisch aufgebaut und es ist (fast) immer aktuellste Rechtsprechung eingearbeitet. Er hat den Rechtsstand 1.8.06, also incl. Fortentwicklungsgesetz. Neben dem, dass dieser Leitfaden die zweite Auflage alleine dieses Jahr zu verzeichnen hat, zeichnet er sich auch durch gute Verständlichkeit und Parteilichkeit aus. In Zeiten in denen parteiliche Beratung von Erwerbslosen als Beihilfe zum Sozialleistungsbetrug ministerial bewertet wird, ist diese besonders hoch zu schätzen. Der Leitfaden ist sehr zu empfehlen, leider ist nur der Preis mit 11 EUR etwas teuer.
Mehr dazu unter:
www.fhverlag.de/
index_haupt2.php?c=b&p=&UID=yU0l8u1yGo

Ein-Euro-Jobs- Handbuch

Das Handbuch ist von hochkarätigen Autoren (Stahlmann, Berlit, Bierritz-Harder und Trenk-Hintenberger-ist) herausgegeben worden, aufgrund ihrer bekannten kritischen Positionen verspricht es interessante Thesen und Informationen. Von dem einen Kapitel her, welches ich bisher selbst davon gelesen habe, kann ich das Handbuch bedenkenlos empfehlen. Wirklich kritisch an dem Buch ist der Preis von 22 EUR. Für Erwerbslose 1/3 der Summe die ihnen monatlich zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse zur Verfügung steht. Mehr dazu unter
www.ein-euro-job-handbuch.de/

Harald Thomé

Unterstützung für Vereine

Offenbar scheuen sich immer mehr Deutsche ein ehrenamtliches Vereinsmandat zu übernehmen. Darauf wies jetzt die Arbeitsgemeinschaft eingetragener Vereine (AGEV) hin. Erhebungen unter den Club-Vorständen in Deutschland hatten zuvor gezeigt, dass der größte Teil der zwei Millionen Vorstandsmitglieder kaum oder nur völlig unzureichend über die möglichen Fallstricke seiner zumeist ehrenamtlichen Tätigkeit informiert ist.

So wüssten beispielsweise nur die wenigsten Vorstandsmitglieder, dass sie unter Umständen auch mit ihrem persönlichen Vermögen für Fehler in ihrer Freizeittätigkeit haften. Die Erkenntnis, dass Vorstände nicht selten quasi »mit einem Bein im Gefängnis« stünden, hätte dazu beigetragen, dass Ehrenämter immer häufiger abgelehnt werden.

Von daher ist es umso wichtiger, dass im Verein Verantwortliche kompetente Unterstützung finden, wie sie die Software »QuickVerein Deluxe 2007« bietet. Damit erledigen sie die wichtigsten Vereinsaufgaben im Handumdrehen und vor allem rechtssicher. Angefangen bei der Verwaltung der Mitglieder, dem Einzug und der Verwaltung der Beiträge bis zum korrekten Führen der Vereinskasse.

Einfach per Mausklick produziert die Software eine komplette Einnahmen-Überschussrechnung (EÜR) für alle Vereinsbereiche. Wichtig: Mit der neuen Version von »QuickVerein Deluxe« ist die EÜR nicht mehr nur auf den so genannten ideellen Bereich begrenzt, sondern sie ist auch für die Vermögensverwaltung, den Zweckbetrieb und den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb einsetzbar.

Mit dem schnellen Programmeinstieg, der modernen Benutzeroberfläche und der flotten Bedienbarkeit richtet sich QuickVerein Deluxe 2007 darüber hinaus auch an Software-Einsteiger. Jedoch werden selbst Programmprofis an den erstmalig vorhandenen Assistenten Gefallen finden. So unterstützt ein Lastschriften-Assistent – der wohl gängigste Weg, alle Mitgliedsbeiträge pünktlich und gesammelt einzunehmen – den Anwender von der Sollstellung über die Auswertung der offenen Posten bis zum fertigen Datenträger. Ein Datensicherungsassistent führt Vereinsvorstände Schritt für Schritt durch eine Sicherung der wichtigsten Fakten aus der Mitgliederdatei und der Finanzbuchhaltung. Der Bankleitzahl- und Postleitzahl-Assistent beschleunigt die Eingabe neuer Mitglieder; und auch der erweiterte Einrichtungsassistent hilft, kostbare Zeit zu sparen. Bei Verwaltung und Ordnung der Vereinsdaten sorgt schließlich ein Selektionsassistent für logisch aufgebaute Listenverwaltung. Lexware hat bei der neuen Ausgabe von QuickVerein ebenfalls an die erweiterte Rechtssicherheit gedacht. So berufen sich Finanzbeamte auf die so genannten Grundsätze zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen (GDPdU). Auch Vereine müssen diesen Zugriff auf Nachfrage gewährleisten können. Für diese Art von Finanzprüfung wird dem Steuerprüfer ein Lesezugriff am Rechner eingeräumt, zudem lassen sich alle steuerrelevanten Daten nach Excel exportieren.●

diego

Systemvoraussetzungen:
Microsoft Windows 2000 SP 4/ XP Home oder Professional ab SP 2 (jew. deutsche Version)

11. November 2006 – 19.30 Uhr
Universität-Hamburg – Philturm Hörsaal D – Von-Melle-Park 6
ak – analyse & kritik lädt ein zur Buchvorstellung:
Israel – Deutschland – Israel
Moshe Zuckermann „Reflexionen eines Heimatlosen"
Unterstützer: fsr germanistik rlb Rosa-Luxemburg Bildungswerk www.akweb.de

graswurzel revolution
BLOSS NICHT AUFGEBEN!
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
„Die Graswurzelrevolution gilt als die langlebigste und einflussreichste anarchistische Zeitschrift der deutschen Nachkriegszeit." (Wikipedia)
Abo 30 Euro (10 Ausg.) Schnupperabo 5 Euro (3 Ausg.)
GWR-Vertrieb, Birkenbecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
abo@graswurzel.net www.graswurzel.net

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!
Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko
CAFÉ LIBERTAD KOOPERATIVE GBR
22765 Hamburg * Tel. 040 - 2090 68 93
www.cafe-libertad.de / cafe-libertad@gmx.de

Forum Recht
Die aktuelle Ausgabe mit dem Schwerpunkt
„Ausschließen durch Einschließen: Kriminalpolitik" unter
Das rechtspolitische Magazin für Uni und soziale Bewegung
www.forum-recht-online.de
Hrsg: Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen (BAKJ)

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail**: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail**: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail**: post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail**: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet**: www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail**: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail**: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail**: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **E-Mail: k.f.boehne@web.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail**: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Arianne Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail**: arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, **E-Mail**: contraste@t-online.de; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail**: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail**: peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail**: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail**: genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13, **E-Mail**: nrschindler@aol.com; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail**: leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail**: finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail**: joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35447 Reiskirchen-Saasen, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail**: piratenutopie@uni.de; **Verkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail**: Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail**: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
(Aktuelle Neuauflage)
John Henry Mackay
Der Freiheitssucher
132 Seiten, DIN A 4 , 25 Euro
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5 Euro
Voltarine de Cleyre
Anarchismus
36 Seiten, 3 Euro
www.utespero.de
www.allbro.de

Vernetzung
braucht kohle
300 x 100 € werden gebraucht!
... damit auch nach 26 Jahren eine internationalistische Politik in Sachen Globalisierungskritik, Antirassismus, Antimilitarismus, (Post-)Kolonialismus, Biopolitik, ... weiterhin Geschichte macht!
... damit einer bewegungsorientierten undogmatischen Linken weiterhin ein wichtiges Forum zur Vernetzung geboten wird!
BUKO (Bundeskoordination Internationalismus)
fon: 040 - 393 500 | mail: mail@buko.info
Bankverbindung: VzF e.V./BUKO | EDG Kiel, BLZ 210 602 37 | Kt.: 234 389 | Stichwort: buko braucht kohle
weitere infos:
www.buko-braucht-kohle.de

kämpfen und lesen
DA DIREKTE AKTION
[die andere gewerkschaftszeitung]
Probeheft gratis
c/o FAU Leipzig | Kolonnadenstr. 19 | 04109 Leipzig | da-abo@fau.org

Kopftuch-Verbot
Parallelgesellschaft
Muslim-Test
bei Einbürgerung
Diese Broschüre informiert über die wichtigsten Organisationen der Muslime in Deutschland und diskutiert die aktuellen Themen Religionsunterricht, Moscheebau, islamisches Schlachten, Kopftuch. Ausführliche Literaturhinweise!
Reinhard Pohl: Islam in Deutschland
48 Seiten, 2 Euro, ISBN 3-936419-03-5
www.brd-dritte-welt.de

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin
Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen
Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsabo ins Haus.
Kostenlose Probenummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030/443391-47

solidarität macht stark
deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto
ROTE HILFE E.V. www.rote-hilfe.de
Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37032 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

lesen und lesen lassen
Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.
Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen in unserer Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik".
Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft.
Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:
▶ www.akp-redaktion.de
Alternative Kommunalpolitik · Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de · internet: www.akp-redaktion.de
AKP

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% **Mehrwertsteuer**
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Die Tageszeitung junge Welt
Sie sind für eine starke Linke? Die gegen Kriegstreiberei, Sozialraub, Rassismus, Nazismus Position bezieht? Die radikal ist, weil sie das Übel an der Wurzel packt? Die über Eigentumsfragen und Klassenkampf nicht schweigt, weil sie Sozialismus will? Die sich über Unterschiede und Grenzen hinweg vernetzt? Die gewerkschaftliche Organisierung befördert? Für die internationale Solidarität Grundanliegen und keine Modefrage ist? Die kulturelle und politische Gegenmacht organisiert, auch international? Dann brauchen Sie auch eine andere Tageszeitung.
Gutschein für eine starke Linke
20,- *
* Das Angebot kann nur im Inland BRD und nur einmal pro Haushalt genutzt werden.
Das Testabo würde Sie im Einzelverkauf am Kiosk etwa 20 Euro kosten. Es beginnt montags und endet automatisch nach drei Wochen".
Jetzt die Tageszeitung junge Welt drei Wochen kostenlos und unverbindlich lesen.
Gutschein
Bitte schicken Sie mir die Tageszeitung junge Welt für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
Frau Herr
Name/Vorname
Telefon
Straße/Nr.
PLZ/Ort
An den Kosten beteilige ich mich mit 5,50 Euro pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe von _____ Euro).
Ich beteilige mich nicht an den Kosten.
Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:
Geldinstitut
Bankleitzahl
Kontonummer
Datum/Unterschrift
Den Coupon schicke bzw. faxe ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, Fax: (0 30) 53 63 55 44.

www.anares-buecher.de
Schluss mit der medialen Verdummung!
Das Leben beginnt, indem wir ein gutes Buch lesen - Lesetipps zu aufklärerischer & inspirierender Literatur gibt´s unter www.anares-buecher.de!
Anares
Der Mailorder für gesellschaftskritische Medien

IM E-MAIL-POSTFACH

Gedanken zum Kongress »Solidarische Ökonomie« im November in Berlin

1. Gedanke:
Der Begriff »Solidarische Ökonomie« an sich ist bereits vorhanden
Was genau soll »Solidarische Ökonomie« ausdrücken? »Wirtschaftliche Selbsthilfe« beispielsweise klingt wunderbar – würde aber auch gut mit den aktuellen neoliberalen Strömungen harmonieren. Jeder helfe sich eben selbst.

Doch das ist nicht gemeint. Vielmehr geht es um etwas, das es in ähnlicher Form schon gibt. Wir leben bereits in einer meines Erachtens prinzipiell klugen sozialen Marktwirtschaft. Diese wird allerdings aktuell ausgehöhlt durch immer kurzfristigere Zielsetzungen, immer größeren Egoismus, sowie immer stärkere Ökonomisierung und Spezialisierung (zusammengefasst: »neoliberale Globalisierungstendenzen«). Man mag mich für die prinzipielle Gleichsetzung von »solidarischer Ökonomie« und »sozialer Marktwirtschaft« geißeln, aber der Grundgedanke ist doch letztendlich derselbe. In meinen Augen wären dies jeder faire Kaufvertrag und jede sorgfältig erbrachte und seriös abgerechnete Dienstleistung. Dies wird noch immer vieltausendfach von Menschen betrieben, die gar nicht darüber nachdenken, weil es einfach ihrem Wertesystem entspricht.

Um dies zu erhalten und gesellschaftlich relevante Akzente gegen Globalisierung und Gewinnmaximierung zu setzen, bedarf es die politische Mitte anzusprechen und zu mobilisieren. Unsere soziale Marktwirtschaft gilt es zu schützen und zu verteidigen. Hierfür ist meines Erachtens die Verwendung bereits bestehender Begriffe eher angebracht. Fraglich ist, ob es demnach klug ist, mit dem Begriff »solidarische Ökonomie« eine an sich ähnliche Zielsetzung zu verfolgen. Damit werden Kräfte, die gemeinsam wirken könnten, zersplittert.

2. Gedanke:
Solidarität beruht auch auf Glauben
Ist solidarische Ökonomie nicht auch eine Glaubensfrage? Eine politische Glaubensfrage? Solidarität wurzelt ebenso in der Arbeiterbewegung wie in der christlichen Soziallehre (vgl. Meyers großes Taschenlexikon, Auflage von 1999). Kann also ein solcher Kongress ohne die Beteiligung der großen Glaubensgemeinschaften erfolgreich sein? Eine Strahlwirkung haben? Ich denke: Nein. Denn die grundlegende Frage, warum soll und will ich eigentlich solidarisch handeln, wird ausgeblendet. Der Kongress geht in seiner Fragestellung davon aus, dass es »gut« sei, solidarisch zu wirtschaften, aber dies ist eine moralische Wertung, die letztendlich doch auf Glauben beruht. Ohne Glauben ist es vielleicht sogar besser, weil erfolgreicher, rücksichtslos seine Ellebogen einzusetzen. Die grundlegende Auseinandersetzung um das Zusammenwirken von (religiösem) Glauben und (politischem) Tun fehlt dem Kongress leider.

3. Abschließende, bzw. weiterführende Gedanken:
Schließen möchte ich mit ein paar Fragen, die mir »unterwegs« – beim Nachdenken über Solidarität gekommen sind. Sie berühren »linkes« Politikverständnis, bzw. stellen es vielleicht sogar in Frage:

- ist es links oder rechts, als Familie zu leben?
- ist es links oder rechts, Kinder zu haben?
- ist es links oder rechts, ganzheitlich zu denken und sich mit anderen verbunden zu fühlen?
- ist es links oder rechts, in die Kirche zu gehen?

Augsburg, 26.9.06
Detlev Ihlenfeldt

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

KONGRESS IN BERLIN

Wie wollen wir wirtschaften?
»Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus«
Eine Reihe von Betrieben und Projekten verstehen sich als alternativ, sozial, solidarisch oder wie auch immer. Aber sie haben kein gemeinsames Verständnis von sich selbst, und keine gemeinsamen Strukturen. Politische Zielrichtungen gehen zunehmend verloren, es gibt kaum Verbindungen zu Protestbewegungen gegen neoliberale Globalisierung und Sozialabbau, oder zu Erwerbsloseninitiativen.
Der Kongress, der vom 24.-26.11.2006 in Berlin stattfindet, bietet Raum zur Darstellung dieses Wirtschaftssektors, und für die Diskussion offener und kontroverser Fragen.
Kontakt: Kongress-Vorbereitungsbüro, c/o Bewegungsakademie, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 95
info@solidarische-oekonomie.de
Web: www.solidarische-oekonomie.de

PADERBORN

Solidarische Selbsthilfe
Seminarveranstaltung des Linken Forums Paderborn
Als die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sich historisch entwickelte, organisierte sie sich auch genossenschaftlich, in solidarischen Formen der Selbsthilfe, bei der Versorgung mit Konsumgütern, im Wohnungswesen, bei der Qualifizierung und Weiterbildung. In der Alternativbewegung der 1970er Jahre/1980er Jahre wurde dieser Grundgedanke wieder aufgegriffen. Inzwischen ist durch die wirtschaftlich-sozialen Bedrängnisse der Gegenwart die Frage nach den Möglichkeiten solidarischer Selbstorganisation neu auf die Tagesordnung gesetzt – welche Ansätze, welche Chancen gibt es, in prekären Existenzverhältnissen »Non-Profit-Lösungen« zu finden? Das Thema stellt sich auch im Bildungsbereich, je mehr dort das Angebot Warencharakter erhält. Interessante Versuche genossenschaftlicher Organisation bilden sich derzeit auch bei der kommunalen Energieversorgung heraus. An vielen Stellen ruft der Turbokapitalismus lebenspraktischen Widerspruch hervor. Welche Möglichkeiten gibt es heute? Kann man mit genossenschaftlichen Ideen wirkungsvoll Alternativen zum neoliberalen Gesellschaftsmodell entwickeln? Ist es möglich, damit die »Modernisierungsverlierer« wieder zu erreichen oder sogar zu organisieren? Darüber arbeiten und diskutieren wir mit Jürgen Klute, Ev. Sozialpfarrer aus Herne und anderen PraktikerInnen aus genossenschaftlich geführten Betrieben.
Jürgen Klute, Leiter des Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Zuletzt: »Gute Arbeit verlangt ihren gerechten Lohn«. Tarifverträge für die Kirchen. VSA-Verlag Hamburg, 2006.
Termin: 25.-26.11.2006
Information & Anmeldung:
Gertrud Koch, Jahnplatz 4, D-33102 Paderborn
☎(0 52 51) 3 39 00
G.Koch@pcnotdienst.com
www.linkesforum-paderborn.de

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 15.-17.12.2006
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

BREMEN

Die Autoritäre Lohngesellschaft und ihr Menschenbild
Vortrag und Diskussion mit Robert Ulmer
Warum findet der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens in der heutigen Gesellschaft keinen massenhaften Zuspruch? Der Grund liegt in der heutigen Arbeitsgesellschaft. Der Druck sowohl auf Arbeitende als auch auf Arbeitslose wird ständig erhöht, obwohl immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Dies befördert nicht nur die Konkurrenz der Lohnabhängigen untereinander, sondern auch eine Einstellung, welche jegliche »unverdiente« Leistung und ihre EmpfängerInnen des Schmarotzertums beschimpft. Nur wer arbeitet soll auch essen, lautet die Losung der BefürworterInnen des lohnzentrierten Systems. Der Devise »nur wer arbeitet bekommt Geld« soll eine Logik der Ermöglichung gegenübergestellt werden. Alle bekommen ein Grundeinkommen, um in der Lage zu sein, tätig zu werden. In dieser Veranstaltung soll es um unsere Lohngesellschaft und ihr Menschenbild gehen und auf die emanzipativen Chancen eines Grundeinkommens eingegangen werden.
Robert Ulmer, Berlin, Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen, Initiative »Anders Arbeiten – oder gar nicht«
Termin: Donnerstag, 16.11.2006 19 Uhr, Paradox, Bernhardstrasse 12, 28203 Bremen
Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Initiative und Bremer Treffen zu Grundeinkommen, Existenzgeld, soziale Sicherheit

JUNGE LINKE

Marxismus-Leninismus an der Macht
Seminar zum ebem. real existierenden Sozialismus
Sieht mensch einmal von den kümmerlichen Überresten in China, Kuba und Nordkorea ab, so fällt unmittelbar auf: Der real existierende Sozialismus gehört der Vergangenheit an. Und da landläufig vergangene Formen gesellschaftlichen Lebens gleichzeitig ein Beleg ihres notwendigen Endes sind, ist es ein leichtes, den Kapitalismus gegen alle linke Kritik mit einem kurzen Hinweis auf die Gebeschichte zu immunisieren. Die Unterstellung, aller Kommunismus müsse immer in Überwachungsstaat, Massenvernichtung und materiellem Elend enden, liegt da auch nicht mehr fern. Damit wird die Geschichte zum politischen Totschlagargument für alle, die es nicht besser wissen (wollen).
Wer sich mit diesen Binsenweisheiten nicht zufrieden geben will oder seine eigene politische Position ständig durch diese scheinbar unwiderlegbaren Resultate des Geschichtsverlaufs angefochten sieht, sollte sich ein paar Gedanken mehr zu den historischen Formen des Kommunismus, ihren Inhalten und Bedingungen machen. Dass die Gründe seines Scheiterns bzw. der Verlauf seiner Entwicklung nicht nur in der so genannten Menschennatur zu finden sind, kann mensch – auch ohne Kommunist zu sein – zumindest vermuten.
Was waren also die Ereignisse der Oktoberrevolution in Russland? Warum gelang es Lenin und Konsorten in Russland das gesamte Land tatsächlich umzukrempeln? War dabei der Tod von Millionen bereits in ihrem Programm angelegt oder schon durch das Wesen des Kommunismus vorherbestimmt? Wie sah denn diese besondere Planwirtschaft aus, die nicht nur, aber ganz schön viel Mangel produzierte? Und in welchem Verhältnis stehen Theorie und Praxis des (ehemals) real existierenden Sozialismus zu einer heutigen Kapitalismuskritik?
Termin: 1.-3.12.2006, Berlin

Kann denn Liebe Sünde sein?
Seminar zur Kritik des Nationalismus
Das sonst als »Miesepeter«, »Reformbremse« und »ewiger Nörgler« gescholtene deutsche Staatsvolk bekam mit der diesjährigen Fußball-Weltmeisterschaft die Gelegenheit, einmal zu zeigen, was in ihm steckt. Manager, einfache Angestellte und Hartz IV-Betroffene bekunden in feucht-fröhlicher Partystimmung ihre gemeinsame Liebe zum Vaterland; ganz »unverkrampft«, wie Politiker, Presse und die geistig-moralische Elite der Nation erfreut fest- und richtigstellten.
Unabhängig von solchen kollektiven Gefühlsausbrüchen wollen wir uns ein Wochenende lang mit der Frage beschäftigen, was es mit dieser »Liebe« auf sich hat. Zunächst einmal fällt hierbei auf, dass die Begründungen für dieses Zusammenstehen ziemlich beliebig daher kommen. Eine »gemeinsame Geschichte«, »Kultur« oder gar »Natur« stehen je nach Standpunkt des Betrachters Pate für die »kollektive Identität« eines Volkes. Wem diese Begründungen unbefriedigend oder nicht zeitgemäß erscheinen, der hat immer noch die »Verfassung«, auf die er sich berufen kann.
Auch wenn die kopflastigen Zweifler der letzten Abteilung sich mitunter schweren Anfeindungen ausgesetzt sehen (so jüngst die GEW mit ihrer Kritik am Deutschlandlied), so geht es doch allen um das Eine: die Rechtfertigung eines nationalen Gemeinwesens, welches durch einen Staat gesichert und gestaltet werden soll. Diese These wollen wir gemeinsam mit Euch ergründen und diskutieren. Wenn nun aber alle dasselbe wollen, muss die Frage beantwortet werden, wie sie denn darauf kommen. Für die Antwort auf diese Frage kommt man um die Beziehungen zwischen Staat, Ökonomie und Bürger nicht herum. Warum der bürgerliche Staat die Zustimmung seiner Untertanen braucht, wie er diese (mit oder ohne WM und »Patriotismus-Debatte«) bekommt, und was von dieser Zustimmung zu halten ist, soll uns auf dem Seminar maßgeblich beschäftigen.
Mittels dieser allgemeinen Bestimmungen wollen wir dann auch die Fragen des ganz alltäglichen Nationalismus erklären: Warum gehen Arbeiter jeden Morgen in brav in die Fabrik und Studenten in die Uni? Warum schwenken die Leute einmütig die Deutschland-Fahne? Woher kommt die Ausländerfeindlichkeit? Und warum ziehen Leute für ihr Land in den Krieg? Die Frageliste ist nach unten hin offen und kann von Eurer Seite gern ergänzt werden. Überhaupt freuen wir uns über Anregungen, Kritik und Diskussionen vor, während und nach dem Seminar.
Termin: 15.-17.12.2006, Hannover

Karl Marx' Kritik gesellschaftlicher Herrschaft
Grundlagenseminar zu Karl Marx
Wer wissen will, wie globaler Kapitalismus, staatliche Politik, ökonomische Ausbeutung, bürgerliche Ideologie, soziale Gewalt und psychisches Leid zusammenhängen, wie der Zwang zu einem Leben in Konkurrenz in Nationalismus übergeht, und warum Menschen diesen unmenschlichen Verhältnissen immer wieder ihre Stimme geben, kommt an Marx nicht vorbei. Die verbreitete Strategie, seine Schriften in einen »humanistischen« und einen »dogmatisch-ökonomistischen« Anteil zu zerlegen, ersteren anzuerkennen und letzteren für »historisch gescheitert« zu erklären, vergibt von vornherein ihren wichtigsten theoretischen Ertrag: einen angemessenen Begriff gesellschaftlicher Herrschaft, der zugleich deren Kritik ist: Gegen die naive, gerade in Deutschland traditionsreiche Auffassung, dass Ausbeutung ein Problem unmäßiger Profitgier verantwortungsloser Unternehmer sei, kann Marx zeigen, wie Ausbeutung jenseits aller guten oder schlechten Absichten in der Struktur gesellschaftlicher Reproduktionsverhältnisse selbst angelegt ist.
Es ist also unsinnig, humanistisch von der »Entfremdung menschlicher Bedürfnisse« zu sprechen, ohne über deren geschichtliche Beziehung zur ökonomischen Reproduktionsordnung nachzudenken. Um ein subjektives Unbehagen in eine richtige Kritik der Gesellschaft zu übersetzen, bedarf es also angemessener Begriffe, die den ökonomischen Reproduktionsprozess (samt seiner ideologischen Vermittlungsmomente) als ganzen fassen.
Für die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die uns nach wie vor belästigt, hat Marx die wichtigsten bestimmt. In unserem Grundlagenseminar wollen wir eine breite Auswahl der Marxschen Schriften diskutieren, von den sog. »ökonomisch-philosophischen Manuskripten« des Frühwerks bis zum Hauptwerk »Das Kapital«. Dabei soll erkennbar werden, wie Marx seinen ursprünglich philosophischen Standpunkt angesichts der Übermacht des ökonomischen Prozesses abstreift und das selbstgestellte Programm einer materialistischen Kritik gesellschaftlicher Herrschaft Schritt für Schritt erfüllt.
Termin: 26.-28.1.2007, Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
www.junge-linke.de

FRAUEN

Globalisierung und Frauen
Eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung sind die bestehenden hierarchischen Geschlechterverhältnisse. Ohne die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft wäre der globalisierte, konzerngesteuerte Kapitalismus nicht denkbar. Welche Rolle Prostitution in diesem Rahmen spielt und wie in einzelnen Ländern damit umgegangen wird soll die zentrale Frage der beiden Seminartage sein.
Termin: 24.-25.11.2006
Information & Anmeldung:
Janun e.V.
klara.steinert@janun-hannover.de
www.janun-hannover.de
Ort: UJZ Korn, Kornstraße 28/30, D-30167 Hannover

JUKSS

JugendUmweltKongress
Neugierige, künstlerische, kritische, politische, philosoFische Freaks, Punks, Hippies, Ökos und Normalos kommen zum 14. JUKSS zum informieren, diskutieren, Pläne schmieden, Ideen spinnen, Aktionen rocken, akrobatisch sein und Jonglieren, stricken und Spaß haben...
Auf dem JugendUmweltKongress (JUKss) treffen sich jedes Jahr bis zu 500 junge und ältere Menschen. Einige der Themen in diesem Jahr sind: G8/ Globalisierung, Umweltschutz von unten, Direct Action, Tierrechte und Kritik an Geschlechterrollen.
Zusammen versuchen wir ein Experiment gleichberechtigten, selbstbestimmten Zusammenlebens. Der Jukss ist ein Experiment und lebt von deinen Ideen und von deiner Mitarbeit! Bring dich ein mit eigenen Workshops zu dir wichtigen Themen, zettel Diskussionen an, stell dein Projekt vor...
Termin: 23.12.06 bis 6.1.07
im Berliner Umland
Infos: www.jukss.de
info@jukss.de oder
☎(03 91) 557 07 50

IMI

»Staat im Krieg – Krieg im Staat: Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt«
Mit dem diesjährigen Kongress hat sich die Informationsstelle Militarisierung e.V. zum Ziel gesetzt, Ursachen, Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen der Expansion des Militärischen in der Außen- und Innenpolitik zu analysieren. Dabei soll aufgezeigt werden, welche Auswirkungen der zunehmend militärisch abgesicherte Ausschluss großer Teile der (Welt)Bevölkerung von politischen Entscheidungen, Rechten und gesellschaftlich produziertem Wohlstand hat. Diese Entwicklungen führen zu einem uferlosen äußeren Militarismus, ja sogar einer Wiederkehr kolonialer Ausbeutungs- und Hierarchiestrukturen. Hiermit wird die Welt in einen permanenten Ausnahme- und Kriegszustand versetzt, der wiederum die innere Verfasstheit der kriegführenden Staaten ändert.
Nachdem sich der IMI-Kongress im letzten Jahr mit der zunehmenden Unterordnung vormals rein ziviler Aspekte unter das Diktat militärisch-strategischer Interessenswahrung auseinandersetzte, möchte die IMI in diesem Jahr in diese Richtung weitergehen. Dass und wie dieser Militarismus letztlich als Bumerang in Form von Bundeswehreinsätzen im Inneren und der Einschränkung demokratischer Rechte zurückkehrt, gilt es dabei aufzuzeigen.
Termin: 18.-19.11.2006, Tübingen
Veranstaltungsort:
Alten- und Begegnungsstätte Hirsch, Hirschgasse 9

SONST NOCH

»Integrale Revolutionsweisheit«
Einladung zu einem Seminar, in dem wir uns für eine viergegliederte »anthropologische Revolution« ganzheitlich trainieren.
In diesem Seminar soll es darum gehen, das eigene »originär-revolutionäre Subjekt« neu zu entdecken und uns selbst als ganzheitliche Wesen zu trainieren, damit wir »politische Revolutions- und Befreiungsweisheit« auf eine kreative, sympathische und ansteckende Weise in die Welt bringen können, in eine Welt, in der doch zu viele Menschen unter dem Diktat »organisierter Unvernunft« und des »normalen Wahnsinns« leiden. Dieses Seminar wird aus viel »Selbstarbeit« und Training bestehen mit entsprechender Rückkoppelung.
Vorraussetzung für die Teilnahme ist, dass Sie die »Viergliederungsidee« von Johannes Heinrichs im Ansatz kennen und konstruktiv (auch kritisch) daran weiterarbeiten wollen. Siehe: www.johannesheinrichs.de und www.netz-vier.de oder fordern Sie Infomaterial an.
Ein wichtiges Merkmal dieses Seminars soll sein, dass Körper, Seele und Geist angesprochen und deren Ausdrucksmittel herausgefordert werden. Der Schwerpunkt wird aber integrale Denkarbeit sein. »Wenn du denkst, du denkst, dann denkste nur du denkst!«
Unsere Wunschvorstellung für das Seminarziel ist: »Wes das Herz voll ist, dem geht der Mund über«. Das meinen wir in dem Sinne, dass wir auch nach dem Seminar unsere politisch-befreiende Ausdruckslust in Arbeitsgruppen, Stammkneipen, Parteien, Parteibündnissen, Netzwerken, Bildungseinrichtungen, Kunstveranstaltungen, auf Marktplätzen, in den Medien, am Arbeitsplatz, in Projekten oder sonst wo weiter ausprobieren und verbessern.
Termin: 15.-17.12.2006
Ort: Ökodorf Sieben Linden, D-38486 Bandau-Poppau
Information & Anmeldung:
Sancho Dieter Federlein
☎(03 90 00) 90 79 39
sancho-d.federlein@web.de

1. Classic Jazz Workshop
Der 1. Classic Jazz Workshop vom **02.-07. Januar 2007** im hessischen Marburg ist eine Initiative der Barrelhouse Jazzband zusammen mit internationalen Gastdozenten und richtet sich an Anfänger bis Fortgeschrittene, Musiklehrer und aktive Musiker, die sich in den Stilistiken des Blues, New Orleans Jazz, Swing, Creole Jazz und Mainstream vervollkommnen möchten. Neben Instrumentalkursen und Ensembleunterricht sind auch Theoriekurse zu den Themen Harmonielehre, Gehörbildung, Rhythmik, Arrangieren, Jazzhistory und Musikbusiness für Musiker geplant. In den praktischen Übungseinheiten stehen Improvisation, Interpretation und Stilsicherheit im Vordergrund. Jazzfilme, allabendliche Sessions, ein Dozentenkonzert und ein Abschlusskonzert der Teilnehmer runden das Angebot ab. Sowohl die Theoriekurse als auch der Ensembleunterricht werden nach Anfängern und Fortgeschrittenen getrennt. Für Schüler und Studenten, sowie für komplette Bands gibt es Sonderkonditionen.
info@classicjazzworkshop.de
www.classicjazzworkshop.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg